Partizipations- und Integrationsprogramm

Abschlussbericht des Programmdialogs 2015

7

Inhaltsverzeichnis

In	halts	sverzeichnis	2
٧	orwo	rt der Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen	4
1.	. D	as Partizipations- und Integrations-programm	6
2.	Α	usgangssituation und Auftrag	7
3.	Z	usammenfassung der Ergebnisse	8
	Prog	grammidentität	8
	Pres	sse- und Öffentlichkeitsarbeit	9
	Qua	litätsmanagement	10
4.	D	er Programmdialog 2015	11
	4.1	Beteiligte und Ziele	11
	4.2	Veranstaltungen und Prozess	11
5.	. Eı	mpfehlungen zur Weiterentwicklung des Programms	16
	5.1	Programmidentität und -profilierung	17
	5.2	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	25
	5.3	Qualitätsmanagement	29
6.	. Fa	azit und Ausblick	33
	6.1	Fazit des Programmdialogs 2015	33
	6.2	Ausblick auf den Programmdialog 2016	34
7.	P	rojekte	35
	7.1	Liste der geförderten Projekte 2014/15	35
	Liste	e der geförderten Projekte 2016/17	38
	7.2	Projektpräsentationen	42
	AGI	TPOLSKA e.V Polnisch-Deutsche Initiative für Kulturkooperation	43
	AUF	BRUCH NEUKÖLLN E.V	44
	CLU	B DIALOG E.V	45
	COS	IMA E.V	46
	DON	NG HENG E.V.	46
	GES	ELLSCHAFT FÜR URBANE WIRTSCHAFT, BESCHÄFTIGUNG UND INTEGRATION GUWBI E.V	47
	HAL	JS DER KULTUREN LATEINAMERIKAS E.V	48
	HEL	LENISCHE GEMEINDE E.V	49
	INTE	ERKULTURELLE PÄDAGOGISCHE GESELLSCHAFT MITRA E.V	50
	KON	ITAKT- UND BERATUNGSSTELLE FÜR FLÜCHTLINGE UND MIGRANT_INNEN E.V. (KuB)	51
	KUR	DISCHES ZENTRUM E.V.	52
	LEB	ENSWELT E.V	53
	MIG	RATIONSRAT F V	54

	MINA – LEBEN IN VIELFALT E.V.	55
	MOVE GLOBAL E.V	56
	MULTIKULTURELLES JUGEND INTEGRATIONSZENTRUM E.V.	57
	NACHBARSCHAFTSHEIM NEUKÖLLN E.V	58
	NACHBARSCHAFTSHEIM SCHÖNEBERG E.V	59
	OROMO HORN VON AFRIKA ZENTRUM E.V. – DEUTSCH-AFRIKANISCHE BEGEGNUNGSSTÄTTE	60
	POLNISCHER SCHULVEREIN "OŚWIATA" IN BERLIN E.V.	62
	POLNISCHER SOZIALRAT E.V.	63
	REISTROMMEL E.V.	64
	STROHHALM E.V	65
	SÜDOST EUROPA KULTUR E.V.	66
	TBB – TÜRKISCHER BUND IN BERLIN-BRANDENBURG E.V.	67
	TGB – TÜRKISCHE GEMEINDE ZU BERLIN E.V.	68
	TUD E.V – TÜRKISCHE UMWELTINITIATIVE IN DEUTSCHLAND E.V.	69
	TÜRKISCHER ELTERNVEREIN IN BERLIN-BRANDENBURG E.V.	70
	VERBAND FÜR INTERKULTURELLE ARBEIT REGIONALVERBAND BERLIN / BRANDENBURG E.V	71
	VEREINIGUNG DER VIETNAMESEN IN BERLIN UND BRANDENBURG E.V	73
	VEREIN IRANISCHER FLÜCHTLINGE E.V	74
	VEREIN TÜRKISCHER UNTERNEHMER UND HANDWERKER E.V	75
i	teraturverzeichnis	76
١	NHANG	78
	Anlage 1: Internetgestützte Umfrage	78
	Anlage 2: Auszug aus dem Qualitätsdialog	90
	Anlage 3: Auszug aus der externen Evaluation	94



Vorwort der Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen

Berlin ist mehr denn je eine Einwanderungsstadt. 77 % der zugezogenen Berlinerinnen und Berliner kommen aus dem Ausland. Als Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen ist es mir ein wichtiges Anliegen, dass in dieser Stadt alle Menschen gleichberechtigt arbeiten, leben und sich entfalten können.

Ein wichtiges Instrument zur Unterstützung der ankommenden Migrantinnen und Migranten ist das Partizipations- und Integrationsprogramm. Mit diesem Programm werden Migrantenorganisationen gefördert, die sich herkunftsübergreifend für die Belange von Migrantinnen und Migranten einsetzen und Angebote zur Integration schaffen. Der Zuwachs an neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus dem Ausland beinhaltet für das Programm zwei wesentliche Herausforderungen, die gleichzeitig Chancen darstellen:

Zum einen stehen wir vor einer großen gemeinsamen Aufgabe: Die Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen. Sie benötigen Hilfe und Schutz weil sie aus Regionen kommen, in denen sie nicht mehr sicher leben können. Diese Bevölkerungsgruppe braucht unsere Unterstützung sofort und in den kommenden Jahren. Migrantenorganisationen können hier wichtige Arbeit leisten. Sie können Brücken bauen zwischen Geflüchteten und der Aufnahmegesellschaft - ihre Kompetenzen als Mittler, Übersetzer und Unterstützer sollten im Integrationsprozess stärker genutzt werden. Darüber hinaus können Migrantinnen und Migranten kulturelle Zugehörigkeiten bieten, besonders für junge Geflüchtete ohne Familien ist das sehr wichtig. Denkbar sind deshalb Patenprogramme, um ihnen ein Gefühl von Heimat zu vermitteln und ihnen Unterstützung bei der Integration zu geben.

Zum anderen ist Berlin bereits seit den siebziger Jahren eine Einwanderungsstadt. Die Vielfalt der in Berlin lebenden Migrantinnen und Migranten zeichnet diese Stadt aus. Leider wurde seitens der Politik zu spät erkannt, dass Deutschland ein Einwanderungsland und Berlin eine Einwanderungsstadt ist. Dies hat zur Folge, dass die Bemühungen um Partizipation und Integration der bereits länger hier lebenden Menschen nicht abgeschlossen sind, sondern weiter geführt werden müssen. Viele der hier lebenden Menschen partizipieren aktiv am gesellschaftlichen Leben, andere brauchen auch weiterhin unsere Unterstützung. Hierzu zählt auch in Zukunft besonders die Gruppe der älteren Migrantinnen und Migranten.

Das Partizipations- und Integrationsprogramm muss künftig diesen Spagat schaffen: Angebote für die bereits länger in Berlin lebenden und neu hinzu gezogenen Gruppen gleichermaßen zur Verfügung stellen. Glücklicherweise gibt es eine Vielzahl an Migrantenorganisationen in der Stadt, mit denen wir gemeinsam diese Aufgabe bewältigen können. In einer öffentlichen Liste meiner Verwaltung sind derzeit 171 Organisationen eingetragen.¹ Die Vielfalt unserer Stadtbevölkerung spiegelt sich auch in diesen Organisationen und in ihren Projekten wider. Das ermöglicht uns eine gezielte Projektauswahl, die auf verschiedene Bedarfe reagiert. Neue und innovative Projektvorhaben sind ebenso wichtig wie Projekte, die Kontinuität bieten und auf langjährige Erfahrungen zurückgreifen können.

¹ Eine Auswahl von Migrantenorganisationen ist darüber hinaus veröffentlicht in der Broschüre "Integration und Migration - ein Wegweiser für Berlin", abrufbar unter: https://www.berlin.de/lb/intmig/service/adressen/.

Mit der Stadt wächst auch das Programm: Die Erhöhung der Fördermittel auf 1,9 Mio. EUR im Jahr 2016 ist ein wichtiger Meilenstein für diese Herausforderungen und ermöglicht eine doppelgleisige Förderung.

Das Partizipations- und Integrationsprogramm steht für gelebte Partizipation, denn Ziele, Strukturen und Prozesse wurden bereits zwei Mal intensiv mit den geförderten Projektträgern evaluiert. Der Qualitätsdialog 2012/13 hat unter anderem dazu geführt, dass ein Punktesystem bei der Projektvergabe eingeführt wurde und somit ein wichtiger Schritt in Richtung Transparenz erfolgt ist. Viele Empfehlungen zu den Themen Qualität, Projektziele und Vernetzung wurden umgesetzt. Das hat auch der Programmdialog aus dem letzten Jahr gezeigt, dessen Ergebnisse hier nun vorliegen.

Die engagierte und ergebnisorientierte Zusammenarbeit in den letzten Monaten lässt erkennen, dass Vertreterinnen und Vertreter von Migrantenorganisationen wichtige Partner im Integrationsprozess sind und ihre Expertise noch stärker einbezogen werden kann. Neben zahlreichen Vorschlägen für die Bereiche Programmidentität, Qualitätsmanagement und Öffentlichkeitsarbeit ist ein wichtiges Ergebnis des Programmdialogs, dass sich Projektvertreterinnen und -vertreter und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Senatsverwaltung auf Augenhöhe ausgetauscht haben. Dies konnte ich beim World Café, der Abschlussveranstaltung, selbst miterleben.

Ich möchte mich herzlich für das Engagement aller Beteiligten bedanken und freue mich, dass die gute Dialogkultur mit dem Programmdialog 2016/17 fortgeführt wird.

Ihre Dilek Kolat

Das Partizipations- und Integrations programm

Das Partizipations- und Integrationsprogramm ist das zentrale Förderinstrument des Berliner Senats für die Belange von Migrantinnen und Migranten. Das Programm fördert hauptsächlich Projekte von Migranten(selbst)organisationen² über Förderzeiträume von zwei Jahren. Allgemeines "Leitziel" des Programms ist laut Förderrichtlinie (aktualisiert am 28.05.2015):

Der Berliner Senat verfolgt mit dem Partizipations- und Integrationsprogramm das Ziel, die politische Partizipation und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte unter Berücksichtigung der Vielfalt ihrer Lebenswelten zu verbessern sowie Migrantenorganisationen und ihre Netzwerke zu stärken.

Neben diesem Leitziel sollen die Projekte einem der drei folgenden Ziele dienen:

- Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund
- Stärkung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund
- Etablierung bzw. Weiterentwicklung von herkunftsübergreifenden Kooperationen

Die Förderung von Migrantenorganisationen hat in Berlin eine lange Fördertradition und reicht bis in die achtziger Jahre zurück.³ Das Fördervolumen ist dabei insgesamt angestiegen. Während im Jahr 2015 noch 1,5 Mio. EUR durch das Partizipations- und Integrationsprogramm zur Verfügung standen, werden 2016 insgesamt 36 Projekte mit 1,9 Mio. EUR gefördert. 2017 stehen für die Projekte sogar 2,0 Mio. EUR bereit. Ein weiteres Projekt erhält eine Landes-Kofinanzierung für eine Förderung aus dem EU-Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF). Die Aufstockung der Fördermittel hängt unter anderem mit dem Zuzug von geflüchteten Personen zusammen. Diese erhalten durch das Programm sowohl Angebote über die regulären Projekte als auch über Projekte, die sich ausschließlich auf den Bedarf von geflüchteten Menschen konzentrieren. Die Aufstockung der Projektmittel ist insbesondere vor diesem Hintergrund sehr erfreulich, jedoch gibt es aus Sicht der Migrantenorganisationen einen weitaus höheren Förderbedarf innerhalb der migrantischen Communities. Nur ein Drittel der eingereichten Projektanträge kann in 2016 gefördert werden, 109 Projektträger haben Anträge im Umfang von insgesamt 11,8 Mio. EUR gestellt.

Der Berliner Senat sieht Migrantenorganisationen als wichtige Partner im Integrationsprozess. Die Dialogkultur, die zwischen Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen⁴ und Migrantenorganisationen aktiv gepflegt wird, ist dafür ein gutes Beispiel. So sind einige Veränderungen im Programm auf Vereinbarungen und Empfehlungen des Qualitätsdialogs zurückzuführen. Beispielsweise wurde der Programmtitel von "Integrationsprogramm" in "Partizipations- und Integrationsprogramm" verändert. Diese Entwicklung markiert eine Kehrtwende vom traditionellen Integrationsparadigma hin zu einem Verständnis von Partizipation und Teilhabe (vgl. u.a. Foroutan 2014, S. 35). Weiterhin spricht auch die langjährige Zusammenarbeit der Senatsverwaltung mit einigen etablierten Migrantenorganisationen für diese

² Migrantenorganisationen und Migranten(selbst)organisationen werden im Folgenden als Migrantenorganisationen bezeichnet.

³ Eine Darstellung der Berliner Integrationspolitik findet sich bei Gesemann et. al (2011).

⁴ Im Folgenden: Senatsverwaltung

Kooperation auf Augenhöhe. Auf diesem Weg wurde mit der Projektförderung zumindest für einige Träger eine Strukturförderung etabliert.

Ausgangssituation und Auftrag

Das Partizipations- und Integrationsprogramm wurde 2008 bis 2010 einer externen Evaluation unterzogen (DESI 2011). Wenngleich das Evaluationsteam die Arbeit von Migrantenorganisationen als "alternativlos" (DESI 2011, S. 12) bezeichnete und grundsätzlich positiv bewertete, wurden zahlreiche Empfehlungen zur Verbesserung des Programms und der Projektarbeit aufgezeigt. Angesichts sehr kritischer Einwände von Migrantenorganisationen zu diesen Evaluationsergebnissen wurde das Programm daraufhin gemeinsam mit den geförderten Institutionen im Rahmen eines moderierten Qualitätsdialogs von September 2012 bis Januar 2013 gemeinsam evaluiert. Auf Grundlage der Ergebnisse der externen Evaluation wurden differenzierte Ziele und Handlungsfelder entwickelt, die im Abschlussbericht des Qualitätsdialogs dokumentiert sind (Beer 2013).

Der Programmdialog (Juli bis Dezember 2015) knüpfte an die in diesem Bericht formulierten Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Programms an. Das Moderationsteam von BÜRO BLAU erhielt den folgenden Auftrag:

- 1. Prüfung des Umsetzungsstands der Empfehlungen aus dem Qualitätsdialog 2012/13 ebenso wie der Interessen der verschiedenen (direkten und indirekten) Akteure des Programms,
- 2. Erarbeitung von Empfehlungen zu den Rahmenbedingungen und Förderbedarfen, Zielen, Handlungsfeldern und Qualitätsvorstellungen,
- 3. Erstellung einer Prozess- und Ergebnisdokumentation des Programmdialogs unter besonderer Hervorhebung der geförderten Projekte.

Wie bereits im Qualitätsdialog geschehen, wurden auch diesmal die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des Programms berücksichtigt. So erfuhr das aktuelle gesellschaftliche Thema zum Umgang mit geflüchteten Personen eine besondere Aufmerksamkeit in den Dialogveranstaltungen und wurde zu einem Schwerpunkt für die Projektförderung 2016/17.

3. Zusammenfassung der Ergebnisse

Der Programmdialog hat die Empfehlungen aus dem Qualitätsdialog 2012/13 aufgegriffen und weitere Vorschläge zur Ausgestaltung des Programms hervorgebracht. Diese gliedern sich in die folgenden Bereiche:

- · Programmidentität und -profilierung
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Qualitätsmanagement

Programmidentität

Für den Bereich Programmidentität und -profilierung wurden sieben Empfehlungen entwickelt. Dabei konnten wesentliche Empfehlungen des Qualitätsdialogs und der externen Evaluation aufgegriffen und weiterentwickelt werden. Dies macht deutlich, dass sie bisher nicht an Aktualität verloren haben.

Bedarfserhebung

Empfohlen wird eine Analyse der Bedarfe der in Berlin lebenden Migrantinnen und Migranten, um Projektangebote gezielter zu konzipieren und zu fördern. Auf Grundlage der erhobenen Bedarfe können anschließend Programmziele, Fördergrundsätze und Handlungsfelder angepasst werden.

Struktur des Förderprogramms

Projekte werden durch das Partizipations- und Integrationsprogramm über zwei Jahre gefördert. Eine längere Förderung ist auf Grund der Landeshaushaltsordnung (LHO) nicht möglich. Jedoch ist es in den letzten Jahren gelungen, das Programm für neue und innovative Projekte zu öffnen und gleichzeitig bestehende Angebote kontinuierlich weiterzufördern. Die Werkstatt der Kulturen wurde ausgegliedert und erhält eine eigene Strukturförderung. Diese Empfehlung des Qualitätsdialogs ist umgesetzt worden. Dem Wunsch vieler Projektvertreterinnen und -vertreter nach institutioneller Förderung wurde jedoch nicht in ausreichendem Maße entsprochen. Demzufolge besteht die Empfehlung darin, die Basisarbeit und Personalkontinuität zu sichern und Projekte in ihrer langfristigen Planung aktiv zu unterstützen.

Zielgruppen

Das Programm fördert in erster Linie Migrantenorganisationen. Diese Empfehlung aus dem Qualitätsdialog wurde vollständig umgesetzt und sollte beibehalten werden. Künftig sollten jedoch auch Tandemprojekte und Kooperationen zwischen Migrantenorganisationen und Flüchtlingsinitiativen gezielt unterstützt werden.

Programmtitel, -ausrichtung und -ziele

Die Ausrichtung des Programms hin zu Diversität und Partizipation ist zu begrüßen und weiter zu führen. Der 2013 eingeführte Programmtitel "Förderprogramm zur Stärkung von Diversität, Partizipation und Integration (Partizipations- und Integrationsprogramm)" unterstreicht diesen Paradigmenwechsel. Das übergeordnete Ziel des Programms ist seitdem, die "politische Partizipation und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte unter Berücksichtigung der Vielfalt ihrer Lebenswelten [zu] verbessern sowie Migrantenorganisationen und ihre Netzwerke [zu] stärken." (Leitziel des Programms). Über eine Bedarfsanalyse der migrantischen Communities sollten die Ziele des Programms neu aufgestellt werden und in der Förderrichtlinie 2017/18 Einzug halten.

Organisationsentwicklung

Geförderte Projekte sollten über das Programm ein Budget für Organisationsentwicklung, unter besonderer Berücksichtigung des Freiwilligenmanagements, erhalten. Abläufe können so effektiver und reibungsloser gestaltet werden. Auf diesem Weg führt Organisationsentwicklung zu Professionalisierung und reduziert im besten Fall die Abhängigkeit von (bestimmten) Fördertöpfen.

Handlungsfelder

Handlungsfelder bieten die Möglichkeit des projektübergreifenden Austausches zu gemeinsamen Themen. Auf diese Weise können Synergien erzeugt und Projektinhalte aufeinander abgestimmt werden. Die folgenden neuen Handlungsfelder werden vorgeschlagen:

Handlungsfeld 1: Soziale und psychologische Beratung sowie Empowerment von Erwachsenen

Handlungsfeld 2: Stärkung von herkunftsübergreifenden Netzwerken und Empowerment von Migrantenorganisationen

Handlungsfeld 3: Begegnung, Kultur und politische Bildung

Handlungsfeld 4: Bildung, Ausbildung, Sprache und Beruf

Handlungsfeld 5: Soziale und aufsuchende Arbeit mit jungen Migrantinnen und Migranten

Handlungsfeld 6: Wirtschaft und lokale Ökonomie

Erfahrungsaustausch und Vernetzung

Der Wunsch nach stärkerem Erfahrungsaustausch und Vernetzung wurde innerhalb des Programmdialogs deutlich. Ein thematischer Austausch kann durch die neuen Handlungsfelder unterstützt werden. Darüber hinaus sollte es regelmäßige Einladungen durch die Senatsverwaltung oder von der Senatsverwaltung beauftragte Träger geben, zum Beispiel im Rahmen einer Fortbildungsreihe zu nachgefragten Themen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Für den Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wurden vier Empfehlungen entwickelt. Diese setzen eine gestärkte Programmidentität seitens der Projektträger und der Senatsverwaltung voraus. Leider ist das Programm in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Dies kann durch gezielte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verändert werden. Gleichzeitig können diese Maßnahmen zur Stärkung der Programmidentität führen. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erfährt durch Organisationsentwicklung ebenfalls eine Qualitätssteigerung, da das nach innen (beispielsweise über ein Leitbild) geschärfte Selbstverständnis besser nach außen präsentiert werden kann.

Gemeinsame Programmwebseite

Die Hauptempfehlung für den Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit liegt in einer projektübergreifenden Webseite. Auf dieser Webseite sollten alle geförderten Projekte – strukturiert nach Handlungsfeldern – beschrieben sein. Die Programmwebseite stärkt die Programmidentität nach innen und nach außen. Sie dient als Anlaufstelle für Medien, Politik und Gesellschaft. Auf diese Weise können die Projekte ohne großen Mehraufwand eine größere Öffentlichkeit für ihre Arbeit interessieren.

Programmlogo

Ein Programmlogo wurde bereits beim Qualitätsdialog 2012/13 empfohlen. Zur Erhöhung des Wiedererkennungseffekts der Webseite oder auf Materialien der Öffentlichkeitsarbeit ist ein solches Logo sehr sinnvoll.

Instrumentenmix der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kann durch die Nutzung der folgenden Instrumente verstärkt werden: Pressemitteilungen und -einladungen, Pressegespräche und -konferenzen sowie Printmaterialien. Pressekonferenzen und Pressemitteilungen sollten auch von der Verwaltung als Instrumente der projektübergreifenden Presse- und Öffentlichkeitsarbeit stärker genutzt werden.

Qualitätsmanagement

Zielvereinbarungen und Sachberichte

Zielvereinbarungen und Sachberichte sollten vereinheitlich werden. Hierfür wurde ein Vorschlag unterbreitet (vgl. Kap 5.3.1). Eine teilstandardisierte Vorlage zur Zielvereinbarung soll Raum für die Erfassung projekteigener Ziele und entsprechender Indikatoren geben. Bei Projektabschluss sollten die erreichten Ziele in dieser Vorlage dokumentiert werden. Sie wird damit fester Bestandteil der Sachberichte und bietet den Projektträgern eine Orientierung im Projektverlauf. Die Verwaltung erhält fundierte Informationen zu den Projekterfolgen.

Transparenz und machtkritische Haltung

Das strukturelle Machtungleichgewicht zwischen Verwaltung und geförderten Migrantenorganisationen sollte so gering wie möglich gehalten und reflektiert werden. Hierfür ist ein (selbst)kritischer Umgang aller Beteiligten notwendig. Zudem können unabhängige Gremien als Kontrollinstanzen wirken. Dies kann durch Diversity Trainings oder durch die Einrichtung eines Beirats erfolgen.

Begleitung in der Projektumsetzung

Die Projekte brauchen eine stärkere inhaltliche Projektbegleitung. Aufgrund von personellen Engpässen in der Senatsverwaltung konnte dies in den letzten Jahren nur sehr unzureichend umgesetzt werden. Dies soll mit der Wiederbesetzung einer lange unbesetzten Stelle zeitnah geändert werden.

Professionalisierung und Qualifizierung

Migrantenorganisationen befinden sich in einem Prozess der Professionalisierung. Dies gilt auch für das ehrenamtliche Projektpersonal. Innerhalb des Programmdialogs wurden unterschiedliche Fortbildungsbedarfe identifiziert. Hierzu zählen u.a. Informationen zu weiteren Förderprogrammen, Fortbildungen zum Freiwilligenmanagement oder Angebote wie Supervision und Intervision.

Honorierung des Ehrenamts

Das Ehrenamt sollte stärker honoriert werden. Dies kann beispielsweise in Form von besonderen Erwähnungen auf der Programmwebseite oder zu offiziellen Anlässen geschehen. Weiterhin sind individuelle Formen wie die Bereitstellung von Gutscheinen denkbar.

4. Der Programmdialog 2015

4.1 Beteiligte und Ziele

Am Programmdialog 2015 beteiligten sich die Projektträger der Förderperioden 2014/15 und 2016/17 sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Integrationsbeauftragten. Der Prozess wurde von Johanna Eichstädt und Frank Baumann von BÜRO BLAU konzipiert, moderiert und dokumentiert.

Die von der Verwaltung vorgegebenen Ziele des Programmdialogs bildeten:

- die Stärkung der Programmidentität,
- die Förderung von Kooperationen und Vernetzung der Projektträger,
- die Prüfung des Umsetzungsstands der Empfehlungen aus dem Qualitätsdialog 2012/13 sowie
- die Erarbeitung von weiteren Empfehlungen zu den Rahmenbedingungen und Förderbedarfen, Zielen, Handlungsfeldern und Qualitätsvorstellungen.

Neben den aufgeführten Zielen wünschte sich die Verwaltung eine Stärkung der Programmidentität und einen verschlankten Dialogprozess, der weniger Veranstaltungen beinhaltete als der des Qualitätsdialogs.

Die Ziele und Motivationen der Teilnehmenden wurden in der ersten Dialogrunde abgefragt und bildeten das folgende Spektrum ab:

- Begleitung und Weiterentwicklung des Programms,
- Teilnahme am Qualitätsdialog und Interesse an der bisherigen Entwicklung,
- Vernetzung und voneinander lernen,
- aktive Mitgestaltung der Berliner Förderpolitik.

4.2 Veranstaltungen und Prozess

Innerhalb des Programmdialogs wurden die folgenden Beteiligungsformate realisiert:

05. Oktober 2015	Dialogrunde 1
20. Oktober – 20. November 2015	Internetgestützte Umfrage
12. November 2015	Dialogrunde 2
09. Dezember 2015	World Café

Zwei Dialogrunden wurden im Oktober und November mit den geförderten Projektträgern durchgeführt. Die Dialogrunden fanden in den Räumlichkeiten des Integrationsbeauftragten des Berliner Senats für Migration und Integration Andreas Germershausen statt. Zwischen diesen Dialogrunden wurde eine internetgestützte Umfrage geschaltet, an der Vertreterinnen und Vertreter von geförderten und von nicht geförderten Projekten teilnahmen. Am 9. Dezember 2015 erfolgte die Abschlussveranstaltung im Rahmen eines World Cafés. An dieser Veranstaltung nahmen neben den geförderten Projektträgern auch Vertreterinnen und Vertreter nicht geförderter Institutionen, des Abgeordnetenhauses, von Stiftungen und der Verwaltung sowie Integrationsbeauftragte der Bezirke teil. Die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, sprach ein Grußwort und ging auf die erarbeiteten Empfehlungen ein. Am Ende des World Cafés wurden konkrete Empfehlungen zu Rahmenbedingungen und Förderbedarfen, Zielen,

Handlungsfeldern und Qualitätsvorstellungen des Programms präsentiert, die dem vorliegenden Bericht zu entnehmen sind.

Ablauf Programmdialog



4.2.1 Dialogrunden

Die Dialogrunden brachten die geförderten Projekte mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung zusammen. In der ersten Dialogrunde begrüßte der Integrationsbeauftragte Andreas Germershausen die Teilnehmenden und wünschte einen erfolgreichen Prozess.





Im Zentrum der Dialogrunden standen:

- die Sammlung und Konkretisierung von Fragestellungen für die internetgestützte Umfrage, die zwischen den beiden Dialogrunden durchgeführt wurde,
- die Auseinandersetzung mit der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Qualitätsdialog sowie
- die Ausarbeitung von Empfehlungen zur künftigen Ausgestaltung und weiteren Profilierung des Partizipations- und Integrationsprogramms.

Die Zusammensetzung der Teilnehmenden variierte bei den Dialogrunden, unter anderem da der Auswahlprozess für die ab 2016 geförderten Projekte parallel zum Programmdialog verlief. Die Projektträger, die erst bei der zweiten Dialogrunde in den Programmdialog einsteigen konnten, mussten einen Informationsvorsprung sowohl zu den Regelungen und Vereinbarungen zwischen den Programmbeteiligten als auch zu den bereits vollzogenen Arbeitsschritten im Rahmen des Programmdialogs aufholen.

Die Dialogrunden dienten dem Austausch zwischen den geförderten Projektträgern und der Verwaltung. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten bereits am Qualitätsdialog aktiv mitgewirkt, andere waren neu im Programm. Die Treffen begannen mit einem Einstieg im Plenum, bei welchem Arbeitsgruppenthemen vorgestellt und Fragen beantwortet wurden. Anschließend gingen die Teilnehmenden in Arbeitsgruppen, deren Ergebnisse sie anschließend einander präsentierten.

Die erste Dialogrunde wurde von den Teilnehmenden in erster Linie zum Austausch über die Notwendigkeiten der künftigen Förderpolitik genutzt. Von der gesamtgesellschaftlichen Ebene konnten Schlüsse für das Partizipations- und Integrationsprogramm gezogen werden. Die Arbeitsgruppen tauschten sich auf Grundlage von Empfehlungen aus dem Qualitätsdialog über den aktuellen Umsetzungsstand aus. Eine ausführliche Abfrage zu diesem Umsetzungsstand erfolgte anschließend durch die internetgestützte Umfrage. Anknüpfend an diese Ergebnisse wurde die zweite Dialogrunde konzipiert.

Bei der zweiten Dialogrunde ordneten sich die Vertreterinnen und Vertreter der geförderten Projekte vorab definierten Handlungsfeldern zu (vgl. Kap. 5.1.6), um über Erfolgsfaktoren und notwendige Angebote zur Weiterqualifizierung und Professionalisierung in ihren Arbeitsfeldern zu diskutieren. Zudem wurden Hinweise zur weiteren Ausgestaltung des Programms entwickelt, die beim World Café ausführlicher diskutiert werden sollten.





4.2.2 Internetgestützte Umfrage

Die internetgestützte Umfrage wurde zwischen den Dialogrunden durchgeführt. Die Fragen zielten auf den Umsetzungsstand der im Qualitätsdialog entwickelten Empfehlungen und auf die Einschätzung der geförderten Institutionen hinsichtlich Programmkonzeption, Projektauswahl und Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung ab.

Hierbei wurde ein teilstandardisierter Fragebogen online zur Verfügung gestellt. Der Link zu dem Online-Umfragetool wurde an die Teilnehmenden des Programmdialogs mit der Bitte verschickt, ihn auch an andere Interessierte weiterzuleiten. In einem Zeitraum von vier Wochen nahmen knapp 40 Personen an der Umfrage teil. Insgesamt wurden 20 Fragen gestellt.⁵

95 % der Befragten hatten einen Antrag auf Förderung durch das Partizipations- und Integrationsprogramm ab 2016/17 gestellt. Die Entscheidung über eine Förderung stand zum Zeitpunkt der Umfrage noch aus. Knapp die Hälfte der Befragten hatte am Qualitätsdialog teilgenommen. Weiterhin gaben 14 % an, dass sie nicht selbst, jedoch eine andere Person ihrer Organisation teilgenommen hatte. Mehr als 90 % der Institutionen nahmen am Programmdialog teil.

Zum Umsetzungsstand der Empfehlungen aus dem Qualitätsdialog beurteilten die Teilnehmenden die folgenden Punkte als "eher umgesetzt"⁶:

- eine stärkere Ausrichtung auf Diversität und Partizipation,
- · mehr Zukunfts- als Herkunftsorientierung und
- eine verbesserte Qualität von Programm und Projekten.

Insgesamt positiv wurde auch die Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung bewertet. Ca. 80 % der Befragten war mit den folgenden Themen "sehr zufrieden" bis "eher zufrieden":

- · Erreichbarkeit von zuständigen Personen,
- · Beantwortung von Fragen sowie
- · freundlicher Umgang

Bei Fragen zur Antragstellung und Abrechnung fühlten sich die Befragten im Schnitt durch die Senatsverwaltung "eher unterstützt" wobei knapp 20 % angaben, bei der Antragstellung Unterstützung "nicht erhalten", aber benötigt zu haben. Mit den Projektbesuchen waren die Teilnehmenden "weniger zufrieden". Dies ist u.a. auf den langen Ausfall des zuständigen Projektmitarbeiters in der Senatsverwaltung zurückzuführen (vgl. Kap. 5.3.3).

Weniger positiv wurde weiterhin der Informationsfluss zwischen Integrationsbeauftragten und Migrantenorganisationen im Hinblick auf weitere Fördermöglichkeiten bewertet. Dabei wurde der einmal monatlich erscheinende Newsletter "Rundbrief International" von den Befragten als hilfreicher eingeschätzt als die Internetseite des Integrationsbeauftragten. Die Veranstaltungen der Senatsverwaltung hinsichtlich der Informationen zu Fördermöglichkeiten beurteilten mehr als die Hälfte der Befragten als "kaum hilfreich" für Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten.

Die weiteren Ergebnisse und Hinweise der Befragten wurden in die Empfehlungen (Kap. 5) einbezogen.

⁵ Der vollständige Fragenkatalog befindet sich im Anhang dieses Berichts.

⁶ Als Antwortoptionen waren möglich: "stark umgesetzt", "eher umgesetzt", "kaum umgesetzt", "gar nicht umgesetzt" und "kann ich nicht beurteilen".

4.2.3 World Café

Das World Café bildete die Abschlussveranstaltung des Programmdialogs. Herr Dr. Schneider, Referatsleiter für Querschnittsfragen der Integrationspolitik beim Integrationsbeauftragten, betonte den Erfolg der Förderung von Migrantenorganisationen, welcher auch durch die Umstrukturierung des Programms 2012/13 sichergestellt wurde. Er verwies auf die erfolgte Aufstockung der Programmmittel von 800.000 EUR im Jahr 2014 auf 1,9 Mio. EUR im Jahr 2016.

Anschließend wurden konkrete Empfehlungen für die weitere Ausgestaltung des Programms vorgestellt, die auf Grundlage der Dialogrunden und der internetgestützten Umfrage von BÜRO BLAU weiterentwickelt worden waren. Hierfür erfolgte eine Aufteilung der Teilnehmenden an die folgenden Thementische:

- Tisch 1: Innovative Projektfinanzierung und kontinuierliche Strukturförderung
- Tisch 2: Handlungsfelder und Vernetzung
- Tisch 3: Qualität mit Mehrwert ohne Überforderung
- Tisch 4: Das Programm im Kontext aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen
- Tisch 5: Öffentlichkeitsarbeit als wirksames Instrument nachhaltiger Projektarbeit
- Tisch 6: Qualifizierung und Professionalisierung
- Tisch 7: Transparenz und Austausch

Zur Ergebnispräsentation der Thementische war Frau Senatorin Kolat anwesend. Sie sprach ein Grußwort und ging auf die entwickelten Empfehlungen ein.



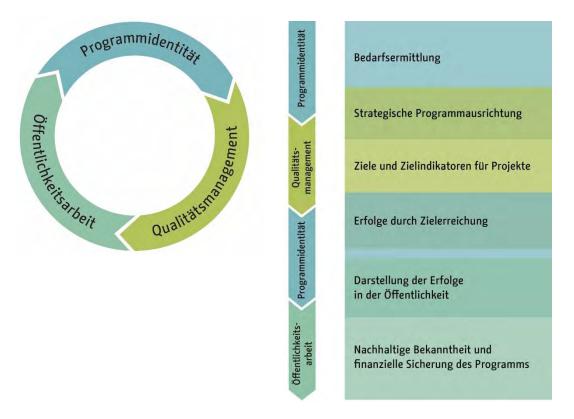


5. Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Programms

Durch den Programmdialog sind Empfehlungen in den folgenden Bereichen erarbeitet worden:

- Programmidentität und -profilierung
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie
- Qualitätsmanagement

Die Programmidentität umfasst ein gemeinsames Verständnis des Fördergebers und der Projektträger über Ziele, Inhalte und Strukturen des Programms. Gleichzeitig fördert eine definierte Programmidentität die Bereitschaft für ein verstärktes Qualitätsmanagement. Die Öffentlichkeitsarbeit wird wiederum durch qualitativ hochwertige und erfolgreiche Projekte, deren Ergebnisse an nachvollziehbaren Indikatoren ablesbar sind, überhaupt erst möglich. Die im Programmdialog diskutierten Themen und formulierten Empfehlungen lassen sich in diesen Dreiklang einordnen.



Durch eine gezielte Bedarfserhebung der migrantischen Communities kann das Programm gezielter auf tatsächliche Bedarfe reagieren. Handlungsfelder und Fördergrundsätze müssten im Anschluss an die Ergebnisse angepasst werden. Auf diese Weise erhält das Programm eine gestärkte Programmidentität und eine strategischere Programmausrichtigung. Diese Ausrichtung beinhaltet auch Ziele für Projekte kommender Förderperioden. Auf dieser Grundlage kann die Projektauswahl transparenter erfolgen. Als Teil des Qualitätsmanagement können geförderte Projekte Zielindikatoren für die erhobenen Ziele formulieren, die dann gemeinsam mit der Verwaltung zur Hälfte und zum Ende der Projektlaufzeit überprüft werden können. Durch die Definition von Zielen können auch Erfolge gemessen werden. Erfolge führen zu einer gestärkten Identifikation mit dem eigenen Projekt und dem Programm insgesamt. Diese Erfolge sollten dann in der Öffentlichkeit präsentiert werden. Dies führt zu einer nachhaltigen Bekanntheit des Programms und der Projekte und erhöht die Möglichkeiten einer langfristen finanziellen Aufstockung der Programmmittel.

5.1 Programmidentität und -profilierung

Die Programmidentität setzt sich aus den Fördergrundsätzen, Zielgruppen und Projektinhalten der geförderten Projekte zusammen. In der Politiköffentlichkeit wird die Programmidentität zum Teil mit der Ausrichtung der Projektträger auf bestimmte Zielgruppen in Verbindung gebracht (Kahlefeld 2016). Darüber hinaus ist das Programm in die Landschaft der Berliner Integrationsförderung eingebettet und wird vom Berliner Integrationsbeauftragten verwaltet. Die historische Entwicklung des Programms spielt ebenso eine Rolle wie die gesellschaftlichen Entwicklungen, insbesondere der aktuelle Zuzug von geflüchteten Menschen und anderen Personen mit Migrationshintergrund. Im Folgenden werden Empfehlungen zur Stärkung und Schärfung der Programmidentität gegeben, die im Rahmen des Programmdialogs thematisiert und zum Teil bereits während des Qualitätsdialogs (an)diskutiert wurden.

5.1.1 Bedarfserhebung und Projektauswahl

Unterschiedliche Zielgruppen haben unterschiedliche Bedarfe. Eine aktuelle Bedarfserhebung ist insbesondere vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Veränderungen, wie der starken Zuwanderung, wichtig. Hierauf verwiesen einige Vertreterinnen und Vertreter von Migrantenorganisationen im Rahmen des Programmdialogs. Durch eine ausführliche Bedarfserhebung der in Berlin lebenden Migrantinnen und Migranten können Integrationsziele formuliert werden, die eine Projektauswahl vereinfachen und nachvollziehbarer gestalten. Eine solche Bedarfsanalyse sollte unabhängig vom Programmdialog 2016 erfolgen, da sie nicht nur dem Programm, sondern allen Berliner Integrationsmaßnahmen dient. Bundespolitisch wurde die Notwendigkeit für Bestandsaufnahmen bereits im Nationalen Integrationsplan (2008) festgeschrieben. Dieser sieht vor:

"Integrationskonzepte sollten eine Situationsanalyse/Bestandsaufnahme, die Bestimmung und Definition von Integrationszielen und Leitlinien, die dafür erforderlichen Instrumente sowie Maßnahmen zur Erfolgskontrolle enthalten" (Die Bundesregierung 2008).

Dies wird auch im Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz betont:

"Alle Einrichtungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben die Aufgabe, im eigenen Zuständigkeitsbereich für gleichberechtigte Teilhabe und interkulturelle Öffnung zu sorgen. Sie berücksichtigen dabei die Vielschichtigkeit der Einwanderungsgesellschaft und richten ihre Aufgabenwahrnehmung bedarfs- und zielgruppengerecht aus" (§ 4 Abs. 1 PartIntG).

Bereits in der externen Evaluation wurde das Fehlen einer Bedarfsanalyse thematisiert:

"Es mangelt [...] an einer Analyse, die Problemlagen und Herausforderungen in Beziehung zu Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten setzt" (DESI 2011, S. 44).

Eine Empfehlung besteht dementsprechend in einer genauen Bedarfserhebung der benötigten Angebote für Berliner Migrantinnen und Migranten. Die Erhebung würde die Projektkonzeption seitens der Migrantenorganisationen erleichtern und der Senatsverwaltung konkrete Förderaufträge geben. Wenn beispielsweise für arabischsprachige Gruppen ein erhöhter Förderbedarf gesehen wird, sollte die Senatsverwaltung Projekte für diese Zielgruppe fördern. Insofern würde auch die Projektauswahl durch die Senatsverwaltung erleichtert werden und die Transparenz für Förderentscheidung erhöht. Perspektivisch würde das Programm so langfristig auf solide Füße gestellt und die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Aufstockung der Mittel ab 2018/19 erhöht werden.

Die Notwendigkeit einer Bedarfsanalyse wurde bereits 2013 in einem "Offenen Brief der Migrantenorganisationen" des Migrationsrats Berlin-Brandenburg betont.

Wichtig bei der Bestimmung der Integrationsziele ist eine partizipative Ausgestaltung, also die Einbeziehung von Migrantenorganisationen. Die erarbeiteten Integrationsziele sollten anschließend in die Förderrichtlinie des Programms einfließen.

Die Projektauswahl erfolgt bisher anhand einer Bewertungsmatrix und richtet sich nach den Grundsätzen für die Vergabe von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln des Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration. Die Projektauswahl wird von Projektvertreterinnen und vertretern jedoch als tendenziell "wenig transparent" wahrgenommen. Die internetgestützte Umfrage ergab diesbezüglich die folgende Einschätzung: 6,7 % sehr transparent, 36,7 % eher transparent, 26,7 % eher nicht transparent, 10 % gar nicht transparent, 20 % gaben an, es nicht beurteilen zu können. Von Seiten der Grünen-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wird die Projektauswahl kritisch betrachtet. Die Grünen Abgeordnete Susanna Kahlefeld forderte im Januar in einer Rede zum Partizipations- und Integrationsprogramm eine Stärkung der arabischsprachigen Beratungs- und Begleitungskapazitäten und Anlaufstellen für Menschen aus Ostafrika, Eritrea und Afghanistan (Kahlefeld 2016). Darüber hinaus kritisierte sie stark die Streichung von Integrationsmittel für die Gruppe der Roma und forderte eine Aufstockung der Integrationsmittel auf 50 Mio. EUR, mit welchem auch das Partizipations- und Integrationsprogramm ausgestattet werden könnte (Kahlefeld 2016). Da die Mittel des Programms zwar gestiegen, aber noch immer hinter den gesellschaftlichen Notwendigkeiten zurück bleiben, ist eine weitere Aufstockung der Mittel auch aus Sicht des Moderationsteams unbedingt empfehlenswert.

5.1.2 Struktur des Förderprogramms

Die Struktur des Förderprogramms wurde im Qualitätsdialog 2012/13 eingehend diskutiert. Demnach sollte das Programm in zwei Säulen unterteilt werden – Strukturförderung und Projektförderung. Im Unterschied zur Projektförderung, bei der vor allem Innovationen und Impulse für Partizipation im Fokus stehen, geht es bei der strukturellen Förderung um die Sicherung der Arbeitsbedingungen (Räume, Grundausstattung, Infrastruktur) und der Aufrechterhaltung der Dienstleistungsfunktion (Beer 2013, S. 50).

Der Vorschlag einer Unterteilung in eine projektorientierte und eine strukturelle Förderung wurde nicht umgesetzt. Es gibt keine klare Trennung von Innovations- und Strukturförderung. Zwar werden einerseits ausgewählte Projekte kontinuierlich gefördert und andererseits neue Projekte in die Förderung aufgenommen, doch basiert diese Projektauswahl nicht auf einer formalisierten Trennung zwischen Innovations- und Strukturförderung. Die Werkstatt der Kulturen wurde allerdings – wie im Qualitätsdialog vorgeschlagen – aus dem Programm herausgelöst und erhält seither eine institutionelle Förderung unabhängig von den Programmmitteln.

Der Wunsch nach institutioneller Förderung wurde beim Programmdialog 2015 von den beteiligten Projektvertreterinnen und -vertretern wieder eingebracht. Diese sehen die folgenden Vorteile in einer institutionellen Förderung:

- Sicherung der Basisarbeit,
- Sicherung der Personalkontinuität (wichtig für das Vertrauensverhältnis zur Zielgruppe),
- langfristige Planbarkeit von Projekten,
- Konzentration von Ressourcen und Kompetenzen auf die unmittelbare Arbeit mit der Zielgruppe sowie Reduzierung des administrativen Aufwands.

Eine Strukturförderung, die über zwei Jahre hinausgeht, ist nach Angaben der Verwaltung auf Grund der gesetzlichen Vorschriften der Landeshaushaltsordnung (LHO) nicht möglich. Nichtsdestotrotz sind die Bedürfnisse der Projektträger nach Sicherung der Basisarbeit, Personalkontinuität und Planbarkeit auch im Interesse der Verwaltung. Eine Möglichkeit, den

Bedürfnissen auch ohne Strukturförderung entgegen zu kommen, besteht in der Förderung von Organisationsentwicklung der Projektträger (vgl. Kap. 5.1.5).

Weiterhin wurde im Qualitätsdialog die Einrichtung einer Servicestelle empfohlen, die den geförderten Projektträgern bei Fragen im Projektverlauf und bei der Beantragung von Fördermitteln beratend zur Seite steht. Eine solche Servicestelle wurde bisher nicht eingerichtet. Es erscheint aktuell eher schwierig, eine solche Instanz zu implementieren, da ungeklärt ist, durch wen die Servicestelle geleitet werden sollte. Die bisherige Struktur von Dachverbänden scheint sich jedoch zu bewähren. Diese bieten unter anderem Unterstützung zur Antragsstellung und im Projektalltag für Migrantenorganisationen an.

5.1.3 Zielgruppen

Ein wichtiges Ziel des Qualitätsdialogs 2012/13 war die Stärkung von Migrantenorganisationen als gleichberechtigte Partner einer pluralistischen Stadtgesellschaft. Der Qualitätsbericht sieht vor, dass das Fördervolumen von Migrantenorganisationen gegenüber anderen Trägern der Integrationsförderung überwiegen soll (Beer 2013, S. 52). Diese Empfehlung kann als vollständig umgesetzt betrachtet werden, da bis auf sehr wenige Ausnahmen die Träger der 2014/15 und aktuell (2016/17) geförderten Projekte Migrantenorganisationen waren und sind (s. Liste der geförderten Projekt im Anhang). Diese Entwicklung sollte weiterhin beibehalten werden.





5.1.4 Programmtitel, -ausrichtung und -ziele

Im Abschlussbericht zum Qualitätsdialog wird ein Paradigmenwechsel "vom traditionellen Integrationsparadigma zum Leitbild Diversität und Partizipation" (Beer 2013, S. 17) beschrieben. Integration sei keine Anpassungsleistung oder gar eine Bringschuld von Menschen mit Migrationshintergrund, sondern ein gegenseitiger Prozess (ebd.). Tatsächlich gilt das Konzept der "Integration" im wissenschaftlichen Diskurs (u.a. Foroutan 2014) als überholt und wird mehr und mehr abgelöst durch ein Prinzip von Partizipation und Diversität. Folglich bestand eine Empfehlung beim Qualitätsdialog darin, das Programm in "Förderprogramm zur Stärkung von Diversität und Partizipation (Partizipationsprogramm)" umzubenennen: "Diese Formulierung vermeidet die Gegenüberstellung von Mehrheitsgesellschaft und Menschen mit Migrationshintergrund, konzentriert sich auf die wesentlichen Aspekte der Förderung und weist einen Weg in die Zukunft." (Beer 2013, S. 33).

Das Förderprogramm heißt seit 2013 "Förderprogramm zur Stärkung von Diversität, Partizipation und Integration (Partizipations- und Integrationsprogramm)". Wenngleich der Programmtitel auf den Integrationsbegriff nicht verzichtet, wurde dem Paradigmenwechsel mit der Erweiterung um Diversität und Partizipation zumindest teilweise Rechnung getragen. Die inhaltliche Neuausrichtung hat zugleich bei der Projektauswahl Einzug gehalten: Viele Projekte zielen auf Partizipation und Empowerment ihrer Zielgruppe ab. Auch die Zahl der Projekte, die sich herkunftsübergreifende Kooperationen zum Ziel gesetzt haben, hat stark zugenommen (vgl. Projektbeschreibungen und

Liste der geförderten Projekte im Anhang). Damit einher gingen eine Hinwendung zur Zukunfts- und eine Abwendung von Herkunftsorientierung.

Die bereits im Bericht des Qualitätsdialogs empfohlene Ausrichtung hin zu Partizipation und Diversität soll weiterhin erhalten werden. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollten weiterhin an Migrantenorganisationen vergeben werden. Einen Schwerpunkt sollten dabei Projekte einnehmen, die sich gleichermaßen an geflüchtete Personen und bereits länger in Berlin lebende Migrantinnen und Migranten richten bzw. beide Zielgruppen zusammen bringen, denn Migrantinnen und Migranten können noch stärker in die Integration von geflüchteten Menschen einbezogen werden. Dies könnte über Tandem- und Kooperationsprojekte von Migrantenorganisationen und Flüchtlingsinitiativen erfolgen. Senatorin Dilek Kolat ging in ihrer Abschlussrede beim World Café auf mögliche Patenschaften mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ein. Ein Mentorenprogramm für Flüchtlinge wird bereits von einem Projektträger realisiert. Gleichzeitig wurde von einigen Teilnehmenden des Programmdialogs darauf hingewiesen, dass Migrantinnen und Migranten nicht automatisch eine Sensibilität für die Flüchtlingsthematik mitbringen und auch in dieses Feld investiert werden müsse.

Die Notwendigkeit für Migrantenorganisationen im Bereich der Flüchtlingshilfe aktiv zu werden, liegt auf der Hand. Gleichzeitig bedarf es jedoch einer Untersuchung der Bedarfe der aktuell in Berlin lebenden migrantischen Communities. Für eine strategisch ausgerichtete Partizipations- und Integrationspolitik ist eine solche Bedarfsanalyse essentiell. Unter anderem sollten die Bedarfe der dritten und vierten Generation der Migrantinnen und Migranten ermittelt werden. Daran anschließend können dann Programm- und Projektziele angepasst werden (vgl. Kap. 5.1.1).

5.1.5 Organisationsentwicklung

Migrantenorganisationen besitzen mit ihrer Expertise und ihren spezifischen Angeboten und Möglichkeiten der Ansprache ihrer Zielgruppen Alleinstellungsmerkmale, über die andere Organisationen nicht verfügen (können). Entsprechend werden soziale Dienstleistungen für die stetig wachsende Zahl der Migrantinnen und Migranten zunehmend durch Kooperationen mit Migrantenorganisationen abgesichert (Sprengel 2007, S. 9). Allerdings Migrantenorganisationen, wie viele Institutionen im Non-Profit-Bereich, in hohem Maße von bürgerschaftlichem Engagement, also der Unterstützung durch Ehrenamtliche, abhängig. Dies zeigt sich nicht nur in der Basisarbeit, sondern auch auf der Führungsebene der Organisationen. Gleichzeitig müssen Migrantenorganisationen im Wettbewerb um begrenzte Fördermittel konkurrenzfähig sein. Diese Notwendigkeit wird zuweilen auch als "Professionalisierung von Migrantenorganisationen" bezeichnet.

Um wettbewerbsfähig zu sein, müssen Migrantenorganisationen ihre Projektkonzeptionen jedoch überzeugend präsentieren können und nachvollziehbare Finanz- und Maßnahmepläne vorweisen. Oft fehlt es an Ressourcen und der notwendigen Expertise, den formalen Kriterien in Antragsprozessen gerecht zu werden. Darüber hinaus sind Migrantenorganisationen Institutionen, die einem ständigen Wandel unterliegen. Dies wird unter anderem durch die Fluktuation der (ehrenamtlichen) Mitarbeitenden deutlich.

Organisationsentwicklung gestaltet diesen Wandel aktiv mit. Im besten Fall bekommen Organisationen Instrumente an die Hand, mit denen sie die Entwicklung des Trägers aktiv steuern und gleichzeitig seine Struktur berücksichtigen können. Sie reflektieren ihre bisherigen Werte und Arbeitsweisen und formulieren strategische Ziele für die Zukunft. Organisationsentwicklung kann bei der Identifizierung bzw. Ausformung von Alleinstellungsmerkmalen helfen. Hierzu zählen Themen und Inhalte der Arbeit, Zielgruppen, Qualität der fachlichen Arbeit, Reichweite der

Organisation, und Kompetenzen des Personals. Dementsprechend führt Organisationsentwicklung auch zu einer Diversifizierung der Projektangebote. Darüber hinaus werden Organisationen auf diese Weise professioneller, strategischer und stabiler. Im besten Fall reduziert sich ihre Abhängigkeit von (bestimmten) Fördermitteln.

Bei der Entwicklung von Migrantenorganisationen spielen ihre Werte und die effektive Partizipation der Beteiligten eine große Rolle. Ein Instrument von Organisationsentwicklung ist das "Freiwilligenmanagement". Die Unterstützung ehrenamtlichen Engagements muss dabei nicht über Belohnungen oder "monetäre Anreizsysteme" (Sprengel 2007, S. 3) erfolgen. "Im Fokus der Unterstützung stehen die Intensivierung des persönlichen Austauschs (Hospitation), des Austausches von Wissen und Diskursen (Wissens- und Diskursbörse)" (Sprengel 2007). Hospitationen und Wissensdiskurse können sinnvollerweise in thematischen Arbeitsgruppen stattfinden. Migrantenorganisationen sollten sich dabei gegenseitig unterstützen. Die Aufteilung in Handlungsfelder bietet hierfür eine sinnvolle Grundlage (vgl. Kap. 5.1.6).

Das Partizipations- und Integrationsprogramm sollte daher Organisationsentwicklung als eine förderfähige Aktivität vorsehen und entsprechende Mittel zur Verfügung stellen. Als Einstieg empfiehlt sich ein Fortbildungsangebot ("Wie kann Organisationsentwicklung uns helfen?") für die geförderten Organisationen.

5.1.6 Handlungsfelder

Derzeit bieten viele Projektträger ähnliche Inhalte an (s. Projektpräsentationen). In dieser Situation können Handlungsfelder zu thematischen Kooperationen führen. Durch einen stärkeren Austausch in Handlungsfeldern können die Angebote stärker als bisher koordiniert und aufeinander bezogen werden. Aktuelle, handlungsfeldspezifische Informationen können somit leichter an den richtigen Adressaten weitergeleitet werden. Handlungsfelder bieten zudem die Möglichkeit des thematischen Austausches. Auf diese Weise können Projekte die Expertise anderer Projekte nutzen und Kooperationen eingehen. Sie können sich auch hinsichtlich neuer Projektideen und notwendiger Bedarfe unterstützen. Seit der externen Evaluation (2007) hat das Programm bereits drei Phasen von Handlungsfeldern durchlaufen. Diese haben bisher jedoch nicht zum gewünschten Zusammenschluss geführt.

Phase I: Handlungsfelder 2007 - 2013

Handlungsfeld 1: Strukturbestimmende Projekte, Zusammenschlüsse und Dachverbände

- Förderung von Zusammenschlüssen professionell arbeitender Träger, die u.a. auch über die eigene Ethnie hinaus aktiv werden und / oder in die Mehrheitsgesellschaft wirken,
- Stärkung multiethnischer Projekte und Ausbau von Netzwerken.

Handlungsfeld 2: Förderung des Zugangs zu schulischer und beruflicher Ausbildung für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene

 Beratung, Kurse, Kompetenzentwicklung, Vermittlung in zielgruppenorientierte Maßnahmen.

Handlungsfeld 3: Förderung der Chancengleichheit durch niedrigschwellige Sprach- und Bildungsangebote für bestimmte Zielgruppen

- Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus ökonomisch schwachen und bildungsfernen Familien,
- Frauen, die erst nach Eintritt ihrer Kinder in den Kindergarten oder in die Schule für sich eine Möglichkeit sehen, Deutsch zu lernen, und die auf bedarfsgerechte Angebote im Wohnumfeld angewiesen sind,
- ergänzende Angebote der Sprachförderung, der Hausaufgabenbetreuung und der

Vorbereitungen für Prüfungen.

Handlungsfeld 4: Förderung der sozialen Infrastruktur, soziokulturellen Aktivitäten und von Integrationsmaßnahmen im stadträumlichen Zusammenhang

- Förderung von Anlaufstellen zur Beratung und Information für ausgewählte Migrantengruppen,
- Unterstützung der soziokulturellen Eigenorganisationen und von interkulturellen Begegnungen.

Phase II: Handlungsfelder seit 2013

Im Qualitätsdialog wurden die Handlungsfelder verändert und an ein vorgeschlagenes "Zielsystem" angepasst und folgendermaßen formuliert:

Handlungsfeld 1: Gesellschaftliche Teilhabe und Empowerment von Menschen mit Migrationshintergrund und ihren Organisationen (Selbstvertretung, Organisationsfähigkeit, Hilfe zur Selbsthilfe)

Handlungsfeld 2: Weiterentwicklung von herkunftsübergreifenden Kooperationen und Angeboten

Handlungsfeld 3: Strukturelle Verbesserung bestehender oder neuer Netzwerke und mehr politische Partizipation der Menschen mit Migrationshintergrund im Gemeinwesen

Phase III: Ziele statt Handlungsfelder seit 2015

Die drei Handlungsfelder aus dem Qualitätsdialog wurden mit entsprechenden Leitzielen in die Förderrichtlinie 2013 übernommen, in der Richtlinie 2015 fanden sie sich allerdings nicht wieder. Grund war nach Angaben der Verwaltung, dass diese Unterteilung nicht verständlich und impraktikabel gewesen sei. Viele Projektanträge hätten sich nicht den einzelnen Handlungsfeldern zugeordnet und sich nicht auf die genannten Leitziele bezogen. Aus diesem Grund hat sich die Verwaltung für die Förderperiode ab 2016 auf die folgenden drei Ziele (ohne Handlungsfelder) beschränkt:

- Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund (angelehnt an das ehemalige Handlungsfeld 1)
- Stärkung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund (angelehnt an das ehemalige Handlungsfeld 3)
- Etablierung bzw. Weiterentwicklung von herkunftsübergreifenden Kooperationen (angelehnt an das ehemalige Handlungsfeld 2)

Neben der Zuordnung zu einem der genannten Ziele sollten alle Projektanträge zu der übergeordneten Zielstellung

Stärkung der Organisationen und Netzwerke von Personen mit Migrationshintergrund – einschließlich von geflüchteten Personen

beitragen. Diese Einteilung führte nach Angaben der Verwaltung auch nicht zu dem gewünschten Ergebnis, denn in der Projektantragsphase für 2016 ordneten sich die Projektanträge entweder allen oder vorrangig dem ersten Ziel zu.

Die internetgestützte Umfrage gab Aufschluss über die Einschätzung der Programmteilnehmenden zu den Änderungen in der Förderrichtlinie: 63 % standen der Änderung neutral bis positiv gegenüber, 7 % sahen die Veränderung negativ und 15 % gaben an, sie nicht beurteilen zu können.

Dieses Ergebnis zeigt, dass die Einteilung in Leit-, Mittler und Handlungsziele sich in der Praxis als nicht sinnvoll erweist.

Phase IV Neue Handlungsfelder aus dem Programmdialog 2015

Im Rahmen des Programmdialogs wurden auf Basis der geförderten Projekte neue Handlungsfelder entwickelt, die beim World Café diskutiert und konkretisiert wurden. Die nachfolgende Aufteilung soll die Vielfalt der geförderten Projekte widerspiegeln und gleichzeitig eine leichte Zuordnung der Projektträger mit ihren Projekten ermöglichen.

Handlungsfeld 1: Soziale und psychologische Beratung sowie Empowerment von Erwachsenen

Handlungsfeld 2: Stärkung von herkunftsübergreifenden Netzwerken und Empowerment von Migrantenorganisationen

Handlungsfeld 3: Begegnung, Kultur und politische Bildung

Handlungsfeld 4: Bildung, Ausbildung, Sprache und Beruf

Handlungsfeld 5: Soziale und aufsuchende Arbeit mit jungen Migrantinnen und Migranten

Handlungsfeld 6: Wirtschaft und lokale Ökonomie

Handlungsfeld 1: Soziale und psychologische Beratung sowie Empowerment von Erwachsenen

Dieses Handlungsfeld zielt auf die gesellschaftliche Teilhabe von erwachsenen Migrantinnen und Migranten. Gefördert werden Projekte, die (benachteiligte) Zielgruppen im Alltag unterstützen. Dies sind beispielsweise Projekte, die Rechtsberatung bereitstellen, Hilfe für Menschen mit Traumatisierungen anbieten und Gruppen zu unterschiedlichen Themen zusammenbringen. Das Projektpersonal könnte sich in diesem Handlungsfeld über Probleme des Projektalltags austauschen, beispielsweise in Form einer regelmäßig stattfindenden Intervisionsgruppe.

Handlungsfeld 2: Stärkung von herkunftsübergreifenden Netzwerken und Empowerment von Migrantenorganisationen

Dieses Handlungsfeld bezieht sich auf Dachverbände und Migrantenorganisationen, die andere Migrantenorganisationen als Zielgruppe haben und jene unterstützen. Sie bieten Qualifizierungen und Netzwerktreffen an, beraten und begleiten zu unterschiedlichen Fragen im Projektalltag und zu Fördermitteln.

Handlungsfeld 3: Begegnung, Kultur und politische Bildung

Projekte in diesem Handlungsfeld bieten kulturelle Anknüpfungspunkte und Begegnungsräume. Sie laden zum Austausch ein und bilden Brücken zwischen Migrantinnen und Migranten unterschiedlicher Herkunft und der Aufnahmegesellschaft. Dies erfolgt zum Teil über kulturelle Veranstaltungen wie Filmvorführungen, musikalische Veranstaltungen und andere innovative (künstlerische) Aktivitäten. Auch partizipative und aktivierende Maßnahmen zu politischen Themen, wie Stadtentwicklung und Umwelt, zählen zu diesem Bereich. Projekte in diesem Handlungsfeld stärken das zivilgesellschaftliche Engagement.

Handlungsfeld 4: Bildung, Ausbildung, Sprache und Beruf

Zu diesem Handlungsfeld zählen Projekte, die die Integration in Schule und Ausbildung fördern, ausländische Abschlüsse prüfen und gezielte Angebote zur Kompetenzerweiterung anbieten. Hierzu zählen u.a. Nachhilfe und Sprachförderung. Auch Sport kann als sehr effektive integrierende Maßnahme Partizipation und Bildungsgerechtigkeit fördern.

Handlungsfeld 5: Soziale und aufsuchende Arbeit mit jungen Migrantinnen und Migranten

Das Handlungsfeld zielt auf Angebote, die sich an junge Zielgruppen richten. Dies können Projekte sein, die das Empowerment stärken, aber auch Angebote, die sich im Feld der Gewaltprävention bewegen. Die Projektarbeit findet vielfach aufsuchend statt. Gleichzeitig benötigen diese Projekte eine Infrastruktur, um Kindern und Jugendlichen attraktive Angebote zu machen. Projekte in diesem Handlungsfeld können Bildungsaspekte beinhalten.

Handlungsfeld 6: Wirtschaft und lokale Ökonomie

Dieses Handlungsfeld zielt auf Projektvorhaben, die sich vorwiegend mit ökonomischen Inhalten auseinandersetzen. Dies können beispielsweise Gründungsberatungen für Migrantinnen und Migranten sein oder Angebote zu Kooperationen von Unternehmen.

Diese Handlungsfelder wurden den Migrantenorganisationen vorgestellt und von ihnen diskutiert. Dabei stieß der Vorschlag generell auf Zustimmung. Einige Projektvertreterinnen und -vertreter ergänzten in der internetgestützten Umfrage, dass die Einteilung in Handlungsfelder eine hilfreiche Unterstützung für die Aufstellung thematischer und nachvollziehbarer Zielindikatoren darstelle. Auch wenn sich die Projektträger in der Aufteilung prinzipiell wiederfinden konnten, sollten die Handlungsfelder keine starren Grenzen bilden, sondern insbesondere für Querschnittsthemen flexibel gehandhabt werden. So ist beispielsweise "Inklusion" ein in allen Handlungsfeldern relevantes Thema. Auch die Gruppe der "jungen Migrantinnen und Migranten" findet sich prinzipiell in allen Handlungsfeldern wieder. Neben einem verstärkten handlungsfeldbezogenen Erfahrungsaustausch sollte es auch Gelegenheiten zur handlungsfeldübergreifenden Kommunikation geben.

5.1.7 Erfahrungsaustausch und Vernetzung

Etwa die Hälfte der befragten Organisationen wünschen sich mehr Treffen zum fachlichen und informellen Austausch mit anderen Projektträgern. Die andere Hälfte schätzt den selbstorganisierten und informellen Erfahrungsaustausch (vgl. internetgestützte Umfrage im Anhang). Dabei scheinen neu geförderte oder kleinere Projekte eher Vernetzungsangebote von der Senatsverwaltung zu befürworten, während große Träger und länger geförderte Dachverbände ein solches Angebot nicht (mehr) benötigen oder dieses selbst anbieten möchten. Ein Bedarf wurde hinsichtlich des Austausches mit Projektträgern, die nicht über das Partizipiations- und Integrationsprogramm gefördert werden, formuliert. Denn auch diese Organisationen arbeiten mit ähnlichen Zielgruppen. Auf diese Weise können Kooperationen entstehen und Erfahrungen weiter gegeben werden. Auf die Bedeutung von Kommunikation und Erfahrungsaustausch für das Förderprogramm wurde bereits im Qualitätsdialog hingewiesen.

Informelle Treffen werden bereits von Dachverbänden und Organisationen initiiert, die sich mit ihren Projekten im aktuellen Handlungsfeld 2 "Stärkung von herkunftsübergreifenden Netzwerken und Empowerment von Migrantenorganisationen" bewegen. Doch ein koordinierter Austausch und Wissenstransfer innerhalb von Handlungsfeldern böte die Möglichkeit, bedarfs- und zielgruppenspezifische Synergien zu erzeugen. So können Erfahrungen mit der Zielgruppe, die Akquisition von handlungsfeldspezifischen Fördermitteln, die Suche nach Projektpersonal oder nach Referentinnen und Referenten vereinfacht werden.

Neben der informellen Arbeit in den Handlungsfeldern könnten die Projektträger halb- bis vierteljährlich von der Senatsverwaltung eingeladen werden. Diese Treffen sollten fachliche Inputs und Möglichkeiten des informellen Austausches bieten. Die positive Dialogkultur zwischen Projektträgern und Fördergeber würde auf diese Weise gepflegt werden. Gleichzeitig dienen die Treffen der Stärkung der Programmidentität. Zu diesen Treffen könnten weitere interessierte

Akteure eingeladen werden, beispielsweise der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen, Integrationsbeauftragte der Bezirke oder nicht-migrantische Organisationen.

5.2 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Das Partizipations- und Integrationsprogramm wird in Anbetracht der aktuellen Flüchtlingssituation und den damit einhergehenden Integrationsaufgaben immer relevanter. Wichtige Projektvorhaben können über das Programm umgesetzt werden, die geflüchtete Menschen in ihrer Integration unterstützen. Es überrascht daher, dass das Programm bisher relativ wenig Bekanntheit in der Öffentlichkeit erfährt.

Nach dem Motto "Tue Gutes und rede darüber" sollten Programm- und Projekterfolge demzufolge stärker nach außen getragen werden. Hierfür müsste die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit deutlich ausgebaut werden. Voraussetzung einer effektiven Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist jedoch eine klare Programmidentität (Corporate Identity⁸), die von der Senatsverwaltung und den geförderten Projektträgern gleichermaßen getragen wird. Insofern gehen die Themenbereiche Programmidentität und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Hand in Hand. Die Programmidentität sollte in Form eines gemeinsamen Erscheinungsbildes (Corporate Design) nach außen kommuniziert werden. Das Corporate Design sollte sich dabei an dem Erscheinungsbild der berlin.de-Seite orientieren.⁹

Eine projektübergreifende, gemeinsame Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bietet weitere Vorteile: Viele Projektträger können sich bisher keine umfassende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit leisten. Ihre Leistungen erfahren oft nicht die nötige Aufmerksamkeit. Doch über eine gemeinsame Internetseite könnten Erfolge und Projektvorhaben eine größere Reichweite erzielen. Darüber hinaus begünstigen sichtbare Programm- und Projekterfolge die Akzeptanz des Programms in der Öffentlichkeit und erhöhen die Wahrscheinlichkeit einer langfristigen Sicherung und Aufstockung der Fördermittel. Zudem bringt eine strategische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Expertise von Migrantinnen und Migranten in aktuelle gesellschaftspolitische Debatten und Diskurse ein.

Eine programmbezogene Webseite ergänzt, ersetzt jedoch nicht die projekteigene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Träger. Da die meisten Zielgruppen nur durch Ausdauer und Authentizität zu erreichen sind, fällt es manchen Projektträgern jedoch schwer, für sich zu werben und ein Image in der Öffentlichkeit zu kreieren. Die Arbeit "an der Basis" steht im Vordergrund, für die Etablierung eines Images nach außen fehlt es meist an Ressourcen und zum Teil an der notwendigen Überzeugung. Gerade für gemeinnützige Organisationen ist es daher besonders wichtig, ein Image zu etablieren, das mit den eigenen Werten und der eigenen Identität im Einklang steht. Denn in der Konkurrenz um knappe Fördermittel etablieren sich diejenigen Träger am besten, die sich ein öffentlichkeitswirksames Image aufgebaut haben, das professionell und authentisch ist. Für die projekteigene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sollten sich Projekte daher mit ihren Alleinstellungsmerkmalen nach außen präsentieren. Ihre eigene Corporate Identity spielt hierbei eine wichtige Rolle. Diese können sie durch gezielte Organisationsentwicklung (vgl. Kap. 5.1.5) entwickeln und stärken. Auch die Erstellung eines Leitbildes der Organisation kann hierfür ein notwendiger Schritt sein.

⁸ Im Unternehmenskontext wird Corporate Identity bezeichnet als Summe aller Merkmale, die ein Unternehmen auszeichnet und von anderen unterscheidet.

⁹ Die Richtlinien des Corporate Design Berlins finden sich unter https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/service/corporate-design/artikel.1238.php.

Die folgenden Maßnahmen der "Öffentlichkeitsarbeit als wirksames Instrument nachhaltiger Projektarbeit" (Arbeitsgruppenthema) wurden beim World Café des Programmdialogs gemeinsam mit der Senatsverwaltung und den geförderten Projektträgern entwickelt.

5.2.1 Gemeinsame Programmwebseite

Die Bedeutung von Öffentlichkeitsarbeit wurde bereits in der externen Evaluation betont und im Qualitätsdialog aufgegriffen. Demnach gehört die eigene und regelmäßig aktualisierte Webseite zu den "Mindestanforderungen einer öffentlichen Projektförderung" (DESI 2011, S. 14).

Ein gemeinsamer Internetauftritt, auf dem alle geförderten Projekte mit eigenen Unterseiten vertreten sind, stärkt die Programmidentität, führt zu mehr Transparenz und trägt Projektinhalte bzw. -erfolge in die Öffentlichkeit. Die Informationen werden gebündelt, können strukturiert aufbereitet werden und dienen als Anlaufstelle für Politik, Medien und Gesellschaft. Diese Webseite ermöglicht den Projekten einen leichteren Informationsaustausch und bietet gleichzeitig relevante Nachrichten für die Zielgruppen. Auf diese Weise können nicht nur das Programm bzw. die geförderten Projekte beworben werden, sondern der Diskurs zum Thema Partizipation und Integration von den Akteuren selbst mitbestimmt werden. Als Domain würde sich www.partint.de oder www.partizipation-integration-berlin.de eignen.

Der Vorschlag einer gemeinsamen Internetseite wurde beim World Café durch die Vertreterinnen und Vertreter der geförderten Projekte stark befürwortet. Für die Einrichtung der Webseite waren den Teilnehmenden die folgenden Punkte wichtig:

Bedienbarkeit und Pflege

Die Einrichtung der Webseite sollte als externer Auftrag mit einem Teil der Mittel des Programmdialogs 2016 vergeben werden. Nach der Einrichtung sollte sie von allen geförderten Projektträgern gepflegt werden. Hierfür ist es wichtig, ein leicht bedienbares Inhaltsverwaltungssystem ("Content Management System") zu wählen. Projektträger brauchen für die Bedienung des Systems eine Einführung. Die Pflege der Projektseiten sollte in regelmäßigen Abständen erfolgen. Eine halbjährliche Aktualisierung der Projektseiten könnte als Vorgabe in die Zielvereinbarungen (vgl. Kap. 5.3.1) aufgenommen werden. Auch die Senatsverwaltung sollte die Seite für Informationen über das Programm nutzen. Sie könnte beispielsweise Förderrichtlinien und Fortbildungen auf diese Weise veröffentlichen.

Kalenderfunktion

Eine Kalenderfunktion sollte über anstehende Veranstaltungen der Projektträger informieren. Diese werden hierdurch besser untereinander informiert. Interessierte können sich schnell einen Überblick über alle anstehenden Veranstaltungen verschaffen. Auch Veranstaltungen der Senatsverwaltung sowie Feste und Feiertage unterschiedlicher Kulturen (Interkultureller Kalender) könnten hier erfasst werden. Wichtig ist eine einfache und technisch reibungslose Bedienbarkeit.

Datenbank

Über eine Datenbank könnte ein Referentinnen- und Referenten-Pool erstellt werden, auf welchen die Projektträger bei Bedarf zugreifen können (Intranet). Fachliches Wissen wird auf diese Weise einfach und transparent zur Verfügung gestellt (vgl. Wissenstransfer als Mittel in der Organisationsentwicklung, Kap. 5.1.7). Projektträger unterstützen sich auf diese Weise gegenseitig, einem Konkurrenzdenken wird so vorgebeugt. Die Datenbank sollte nach unterschiedlichen Themen gefiltert werden können.

Mehrsprachigkeit, leichte Sprache und Barrierefreiheit

Die Webseite sollte auf Deutsch und Englisch sowie nach Möglichkeit in weiteren Sprachen (z.B. Türkisch, Arabisch, Russisch) verfügbar sein. Eventuell finden sich aus dem Kreis der Migrantenorganisationen Übersetzerinnen und Übersetzer für diese Aufgabe. Die Seite sollte im Übrigen in leichter Sprache verfügbar sein. Darüber hinaus sollte die Seite barrierefrei eingerichtet werden, um allen Menschen die Erfassung der Inhalte uneingeschränkt zu ermöglichen. Hierzu zählen unter anderem leichte Lesbarkeit und Bedienbarkeit. Die gesamte Webseite sollte überdies inhaltlich inklusiv gestaltet werden, sodass alle Personengruppen in Text- und Bildmaterial angesprochen werden und nicht durch beispielsweise Auslassungen eine Diskriminierung erfahren.

5.2.2 Programmlogo

Ein Programmlogo schafft einen hohen Identifikations- und Wiedererkennungseffekt und ist wichtiger Bestandteil des Corporate Designs. Es bildet das gemeinsame Dach für Projektträger und Verwaltung und sollte sowohl auf der Programmwebseite, auf den Projektwebseiten als auch auf allen Materialien der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Verwendung finden. Ideen für ein Logo könnten mit den Vertreterinnen und Vertreter der Projekte und der Senatsverwaltung gemeinsam entwickelt und anschließend graphisch umgesetzt werden. Die Gestaltung eines Logos wurde bereits beim Qualitätsdialogs empfohlen (Beer 2013, S. 59), bisher jedoch nicht umgesetzt.

5.2.3 Instrumentenmix der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Eine strategische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit geht mit unterschiedlichen Maßnahmen zur Steigerung der Bekanntheit einher. Diese Maßnahmen sollten generell seitens der Projektträger und der Senatsverwaltung verstärkt werden. Im Folgenden werden Vorschläge für die Nutzung ausgewählter Instrumente gemacht. Weitere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen wie Newsletter, Beiträge in (regionalen) Zeitungen und Fachzeitschriften, Nutzung von Social Media-Kanälen, öffentliche Vorträge etc. sind hiervon nicht ausgeschlossen.

Pressekonferenzen und -gespräche

Die Senatsverwaltung sollte einmal im Jahr über die geförderten Projekte berichten und die Bedeutung der Projektarbeit in den gesellschaftspolitischen Kontext einordnen. Im Rahmen von Pressegesprächen sollte thematisiert werden, was die Projekte für die Partizipation und Integration von Geflüchteten leisten und welche Fragen derzeit aus Sicht der Migrantenorganisationen dringlich sind. Die Senatsverwaltung sollte eine gemeinsame Pressekonferenz nach Ablauf jedes Programmjahres in Erwägung ziehen, bei der besondere Projekterfolge präsentiert werden. Denkbar ist auch die Auszeichnung von besonders engagierten Ehrenamtlichen (vgl. Kap. 5.3.5).

Pressemitteilungen

Alle Projektträger sollten regelmäßig Pressemitteilung zu Projekterfolgen veröffentlichen. Im Interessenbekundungsverfahren skizzieren sie, welche Öffentlichkeitsarbeit sie betreiben werden und geben im Zwischen- und Endbericht hierüber Auskunft. Auch die Senatsverwaltung sollte Pressemitteilungen zu Beginn, zur Halbzeit und zum Ende einer Förderperiode herausgeben.

Darüber hinaus sollte die Senatsverwaltung die Presse sowie Vertreterinnen und Vertreter anderer Senatsverwaltungen zu Veranstaltungen gezielt einladen.

Presseeinladungen

Zu öffentlichen Veranstaltungen der Projektträger sollte die Presse eingeladen werden. Auf diese Weise erhalten die konkreten Projektmaßnahmen eine aktuelle Berichterstattung, die den beteiligten Zielgruppen, dem gesamten Programm und anderen Projekten zu Gute kommt. Die Presseeinladungen sollten insbesondere auch die Redakteure der Berliner Anzeigenblätter "Berliner Woche" oder "Berliner Abendblatt" einbeziehen, die relativ häufig über lokale Aktivitäten in der Stadt berichten.

5.3 Qualitätsmanagement

Im Folgenden werden Empfehlungen zum Qualitätsmanagement des Partizipations- und Integrationsprogramms gegeben. Dabei geht es nicht um normierte Prozess- oder Qualitätsmanagementsysteme, sondern um einzelne Verbesserungsvorschläge zur Erhöhung und Sicherung der Qualität von Programm und Projekten. Dabei bezeichnet Qualitätsmanagement (QM) in diesem Zusammenhang jene Maßnahmen, die der Verbesserung der Prozessqualität und der Leistungen von Programm und Projekten dienen.

Qualitätsmanagement ist eng mit dem dargestellten Schwerpunkt Programmidentität und insbesondere mit dem Unterpunkt "Organisationsentwicklung" verzahnt: Im Rahmen von Organisationsentwicklung werden strategische Ziele zur Entwicklung der Organisation aufgestellt, von denen Teilziele für einzelne Projekte abgeleitet und im Rahmen des Qualitätsmanagements überprüft werden. Übertragen auf das Qualitätsmanagement des Programms bedeutet dies eine Festlegung von konkreten und messbaren Zielen zu Projektbeginn sowie eine Überprüfung des Umsetzungsstandes dieser Ziele nach Projektphasen - beispielsweise zur Hälfte und zum Ende der Projektlaufzeit.

Das Qualitätsmanagement des Partizipations- und Integrationsprogramms muss dabei von zwei Seiten ansetzen: Die Senatsseite sollte vor Beginn der Ausschreibung Schwerpunkte für die Förderung setzen. Projektträger sollten ihre Ziele im Rahmen von Zielvereinbarungen festlegen. Sie reflektieren und dokumentieren die erzielten Ergebnisse in Zwischenstands- und Endberichten. Bei Abweichungen von den gesteckten Zielen sollten in konstruktiven Gesprächen zwischen Auftraggeber und Projektträger Ursachen besprochen und Lösungen gefunden werden. Die Anpassung von Zielen und Zielindikatoren sind bei Veränderungen von Zielgruppen eventuell notwendig und unterliegen einem kontinuierlichen Wandel – wie Qualitätsmanagement und Organisationsentwicklung im Allgemeinen. Innerhalb der Handlungsfelder könnten Beratungen zur Aufstellung und Realisierung von Zielen erfolgen.

Grundsätzlich ist Qualitätsmanagement eine Gratwanderung: Einerseits sollte die Individualität der einzelnen Projektträger gewahrt bleiben, damit Zielvereinbarungen und Sachberichte zu keiner (weiteren) administrativen Hürde werden. Andererseits ist die Erfassung von Zielen und Indikatoren richtungsweisend für die inhaltliche Arbeit und bietet die Möglichkeit zur Reflektion und Orientierung im Projektalltag. Insgesamt bringt diese intersubjektive Nachvollziehbarkeit mehr Transparenz in Projektauswahl und Projektverläufe. Gleichzeitig kann die Senatsverwaltung auf dieser Grundlage Projekterfolge erfassen und kommunizieren. Letztlich dient dies auch der langfristigen Sicherung bzw. finanziellen Aufstockung des Programms.

5.3.1 Zielvereinbarungen und Sachberichte

Zwischen Verwaltung und Projektträgern werden bereits zu Beginn der Projektlaufzeit Zielvereinbarungen geschlossen. Bisher werden diese im gemeinsamen Gespräch ohne Nutzung einer einheitlichen Vorlage entwickelt. Dies führt zum einen dazu, dass Zielvereinbarungen sehr unterschiedlich verfasst werden, zum anderen nehmen viele Projektträger in ihren Sachberichten zum Projektende nur sehr eingeschränkt Stellung zu den gesetzten Zielen. Die Erfassung ist ohne Überprüfung jedoch hinfällig und stellt eine administrative Aufgabe dar, deren Sinn fragwürdig ist.

Eine teilstandardisierte Zielvereinbarung bietet Möglichkeiten für quantitative und qualitative Zielindikatoren. Der folgende Vorschlag wurde mit den beteiligten Projekten beim World Café diskutiert und weiterentwickelt. Dieser könnte eine Testphase durchlaufen, nach welcher er bewertet und verbessert wird:

Einige Träger wiesen auf die Qualitätssicherung durch Wirkungsorientierung hin, welche insbesondere im Bereich der sozialen Arbeit und der internationalen Entwicklungszusammenarbeit an Bedeutung gewonnen hat (Phineo AG et. al. 2013). Demnach ist es nicht nur wichtig, Handlungen nach Zielen auszurichten, sondern aus wirkungsvollen Handlungen auch Ziele ableiten zu können. Ziel und Handlung müssen also in einem dynamischen Verhältnis zueinander stehen. Diesem Ansatz würde über die Möglichkeit der Zielmodifikation entsprochen werden. Ein wirkungsorientierter Evaluationsansatz bietet zudem die Möglichkeit, aus Abweichungen zu lernen und Konsequenzen für weitere Zielvereinbarungen zu ziehen. Auf diese Weise können neue Indikatoren entwickelt werden, die für künftige Zielvereinbarungen herangezogen werden können.

5.3.2 Transparenz und machtkritischer Umgang

Zwischen Fördermittelgeber und Fördermittelempfänger existiert per se ein strukturelles Machtungleichgewicht. Dieses Ungleichgewicht kann nicht aufgehoben, aber kritisch reflektiert werden. Einige der Teilnehmenden thematisierten diesen Aspekt beim Programmdialog und tauschten sich hierzu mit der Verwaltung beim World Café aus. Die Bereitschaft der Mitarbeitenden der Verwaltung für einen offenen Dialog ist positiv festzuhalten. Es wurde Transparenz geschaffen und auf ein ehrliches Miteinander Wert gelegt. Folgende Empfehlungen wurden entwickelt:

Diversity Training

Diversity Trainings bilden die Möglichkeit – über kulturelle Zuschreibungen hinweg – soziale Zugehörigkeiten zu reflektieren und diese kritisch zu hinterfragen. Die Diversity Dimensionen bilden unterschiedliche Zugehörigkeiten ab, der ein Mensch durch Geburt, äußere Bedingungen oder persönlicher Entscheidung angehören kann. Hierzu zählen Alter, ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht, sexuelle Identität und Orientierung, Religion und Weltanschauung sowie physische Verfassung. Insbesondere in der Arbeit mit Migrantinnen, Migranten und geflüchteten Menschen ist es daher wichtig, eine Konzentration auf die Eigenschaften Migration oder Flucht zu vermeiden und zu erkennen, dass Vorurteile immer mit einer Reduzierung der Person einhergehen. Stattdessen sollte der Blick auf die vielfältigen Zugehörigkeiten einer Person geöffnet werden.

Diese Kompetenz ist sowohl für Projektpersonal als auch für Mitarbeitende der Verwaltung gleichermaßen wichtig. Die Arbeit mit heterogenen Zielgruppen erfordert eine Reflektion der eigenen Identität(en) und Denkmuster. Konsequenterweise sollten Diversity Trainings deshalb mit Mitarbeitenden der Verwaltung und Mitarbeitenden der Projekte gemeinsam durchgeführt werden. Auf diese Weise kann ein gemeinsames Lernen stattfinden und die Dialogkultur vertieft werden.

Die Akzeptanz von Vielfalt sollte nicht zu einer Festschreibung von Differenzen und sozialen Ungleichheiten führen, sondern diese kritisch hinterfragen. Insofern haben Diversity Trainings auch einen machtkritischen Anspruch. Der Vorschlag zu den Diversity Trainings wird von der Verwaltung generell begrüßt.

Beirat

Die bereits während des Qualitätsdialogs diskutierte Idee des Beirats wurde aufgegriffen und als Instrument einer transparenten Projektauswahl gesehen. Eine Orientierung an anderen Beiräten (Bsp. Kulturbeirat) erscheint zunächst sinnvoll. Gleichzeitig stellt sich die Frage, welche Personen in einem solchen Beirat sitzen sollten, damit Interessenkonflikte verhindert werden. Über Einrichtung und Zusammensetzung eines Beirats sollte beim kommenden Programmdialog entschieden werden. Gut denkbar ist eine Einbeziehung des bereits bestehenden Landesbeirats für Integration und Migration bei der Projektauswahl.

5.3.3 Begleitung der Projektumsetzung

Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Projektträgern und Senatsverwaltung ist ein vertrauensvoller Austausch zwischen den beteiligten Personen essentiell. Allerdings konnten die Projektträger von der Verwaltung in der vergangenen Förderperiode 2014/15 nur unzureichend begleitet werden da der für Projektbesuche zuständige Mitarbeiter beim Integrationsbeauftragten über mehrere Jahre ersatzlos ausgefallen ist. Die Verwaltung bedauerte dies während des Programmdialogs mehrfach. Inzwischen kann die Stelle neu besetzt werden. Der für die Stellenbesetzung zuständige Verwaltungsmitarbeiter wies bei einer Dialogrunde ausdrücklich darauf hin, dass er Vorschläge und Bewerbungen von Personen aus dem Kreise der Projektträger begrüßen würde. Für die mit der Stelle verbundenen Tätigkeiten wäre eine Person, die Erfahrungen mit der Projektarbeit "an der Basis" hat, sehr wertvoll. Von Projektbesuchen und Gesprächen zur Projektarbeit profitieren insbesondere die Träger, die erst vor kurzem in das Programm aufgenommen worden sind. Sie können (noch) nicht auf die Erfahrungen zurückgreifen, die die lang geförderten Organisationen besitzen und brauchen daher mehr Unterstützung.

Auch in den Phasen der Antragstellung und bei Projektabrechnungen benötigen neue Träger mehr Beratung. An dieser Stelle muss die gute und zuverlässige Arbeit der Sachbearbeitenden beim Integrationsbeauftragten gelobt werden. Diese stehen den Projektträgern bei allen Fragen zur Verfügung und sind die erste Anlaufstelle für Vertreterinnen und Vertreter von Migrantenorganisationen. Aufgrund von Personalengpässen sind sie jedoch häufig überlastet. Es empfiehlt sich daher, diesen Engpässen durch Einstellung von zusätzlichem Personal vorzubeugen. Auf diese Weise können Unzufriedenheiten seitens der Projektträger vermieden werden (vgl. Kap. 4.2.2). Die Anwesenheit der Verwaltungsmitarbeitenden beim World Café wurde als sehr positiv wahrgenommen. Gleichzeitig ließ ihre Rückmeldung erkennen, dass ein direkter Austausch für sie ebenfalls sehr gewinnbringend und hilfreich war.

5.3.4 Professionalisierung und Qualifizierung

Die Professionalisierung der Projektträger wurde bereits in vorangegangenen Kapiteln thematisiert. Sie zeigt sich in einem klaren Projektprofil mit Alleinstellungsmerkmalen, fachlichem Know-How und der notwendigen förderrechtlichen Expertise. Über Maßnahmen der Organisationsentwicklung können diese Kompetenzen gestärkt werden (vgl. Kap. 5.1.5). Weitere Qualifizierungen sollten dort ansetzen, wo Projektträger Fähigkeiten benötigen oder weiter ausbauen wollen.

In der Debatte um Professionalisierung und Qualifizierung von Projektträgern geht es oft um Haupt- und Ehrenamt. Häufig sind ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso gut qualifiziert wie hauptamtliches Projektpersonal. Entscheidend ist die Einbeziehung der aktiven Personen bei Fortbildungsangeboten.

Ein Schulungsbedarf wurde für die folgenden Bereiche genannt:

- 1. Überblick über Förderprogramme und -institutionen
- 2. Antragstellung / Fördermittelakquise
- 3. Grundlagen des Fundraising für gemeinnützige Organisationen
- 4. Organisationsentwicklung in kleinen gemeinnützigen Organisationen
- 5. Grundlagen des Freiwilligenmanagements
- 6. Methoden des Selbst- und Zeitmanagements
- 7. Konfliktmanagement
- 8. Supervision und Fallberatung
- 9. Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit für Projektträger
- 10. Nutzung des CMS-Systems für die Programmwebseite (s. Kap. 4.2.4).

Das Fortbildungsangebot kann von einem Projektträger oder von einem externen Anbieter realisiert werden. Wünschenswert ist eine Finanzierung durch den Berliner Integrationsbeauftragten und die Umsetzung von mindestens zwei Angeboten pro Jahr für alle Projektträger. Auf das Fortbildungsangebot sollte auf der Programmwebseite und im Newsletter "Berlin International" hingewiesen werden.

5.3.5 Honorierung des Ehrenamts

Beim World Café wurden Aufgaben und Honorierungen von Haupt- und Ehrenamtlichen kontrovers diskutiert. Einerseits sollte Projektarbeit nicht allein über das unbezahlte Ehrenamt realisiert werden, andererseits leisten ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtige unterstützende Arbeit. Es geht nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein Zusammenwirken, das von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als passend und fair empfunden wird. Die meisten Projekte kommen nicht ohne ehrenamtliche Unterstützung aus (vgl. Kap. 5.1.5). Ehrenamtliches Projektpersonal sollte mehr als bisher honoriert werden. Darüber hinaus ist es wichtig, Ehrenamtliche als feste Teammitglieder anzuerkennen. Gefühle von Zugehörigkeit und Selbstwirksamkeit honorieren den Einsatz oft stärker als Geld.

Hierfür wurden kreative Ideen entwickelt wie z. B. Gutscheine und Auszeichnungen durch die Senatsverwaltung. Ein Dank an alle Ehrenamtlichen sollte auf der künftigen Internetseite des Programms platziert werden. Während des World Cafés haben Ehrenamtliche betont, dass eine Honorierung für sie nicht finanzieller Natur sein müsse. Individuelle und innovative Lösungen könnten dagegen eher zu einer Dankeskultur beitragen. Möglich sind z. B. Theatergutscheine, Sportangebote oder Sachgeschenke. Für die Wertschätzung des Ehrenamts sollte sich auch die Senatsverwaltung verantwortlich fühlen. Die könnte eventuell über Kooperationen mit Firmen geschehen.

Denkbar ist auch die Auszeichnung von Ehrenamtlichen in Form bereits bestehender Preisverleihungen. Beispielsweise könnten besonders engagierte Ehrenamtliche bei der Verleihung der "Berliner Tulpe" ausgezeichnet werden. Auch die Auszeichnung über die "Berliner Ehrennadel für besonderes soziales Engagement" ist denkbar. Die Verwaltung könnte alle Migrantenorganisationen auf die Möglichkeit dieser Auszeichnung hinweisen.

6. Fazit und Ausblick

6.1 Fazit des Programmdialogs 2015

Der Programmdialog für das Partizipations- und Integrationsprogramm knüpfte an die Ergebnisse des Qualitätsdialogs an. Die deutlichsten Erfolge des Qualitätsdialogs sind rückblickend betrachtet die strategische Neuausrichtung des Programms und der Beginn einer tragfähigen Dialogkultur zwischen Projektträgern und Mitarbeitenden der Senatsverwaltung. Er schuf Transparenz für politische Entscheidungsträger und die (Fach-)Öffentlichkeit und hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Mittel für das Programm deutlich aufgestockt wurden.

Der Programmdialog 2015 hat unter anderen Vorzeichen und mit anderen Zielen stattgefunden. Eine grundsätzliche Evaluation des Programms war nicht mehr notwendig. Vielmehr sollte der Umsetzungsstand der Empfehlungen aus dem Qualitätsdialog geprüft und Empfehlungen für die kommende Förderperioden entwickelt werden. So konnte aufgezeigt werden, dass die Berücksichtigung von Diversität und Partizipation, die Arbeit an den Zielen des Programms und die Konzentration auf Migrantenorganisationen als geförderte Projektträger realisiert worden sind. Durch die Aufstockung der Mittel können sowohl bewährte Projekte als auch neue und innovative Vorhaben finanziert werden. Die Förderung von Projekten, die andere Migrantenorganisationen in ihrer Arbeit unterstützen, führt zu der notwendigen Vernetzung und Unterstützung. Andere Empfehlungen des Qualitätsdialogs wurden nicht umgesetzt, zum Teil haben sie aber nicht an Bedeutung verloren. Das gilt u.a. für die Zielvereinbarungen und regelmäßige Vernetzungstreffen. Auch die Projektauswahl kann transparenter gestaltet werden. Die Einrichtung eines Beirats wäre hierfür ein sinnvolles Instrument, Zusammensetzung und Funktion müssen noch erarbeitet werden.

Der Programmdialog hat darüber hinaus Empfehlungen hervorgebracht, die sich in die Themenfelder Programmidentität, Öffentlichkeitsarbeit und Qualitätsmanagement einordnen lassen. Eine Bedarfserhebung für die in Berlin lebenden Migrantinnen und Migranten und der geflüchteten Menschen würde dem Programm helfen, sich fortwährend zu entwickeln. Hieraus kann die Senatsverwaltung eine Gesamtstrategie für das Programm und die geförderten Projekte entwickeln, um auf diese Bedarfe gezielt zu reagieren. Die konkreten und messbaren Ziele der Projektträger sollten in Zielvereinbarungen festgehalten werden, zu welchen einmal im Jahr im Rahmen eines Zwischenverwendungsnachweises Stellung bezogen wird. Erfolge der einzelnen Projekte sollten auf der projektübergreifenden Webseite präsentiert und von der Senatsverwaltung im Rahmen von Pressegesprächen und Pressemitteilungen als Nachweis für die Wirksamkeit der Projekte kommuniziert werden. Ein Diversity-Training mit Vertreterinnen und Vertretern von Verwaltung und Migrantenorganisationen könnte von der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) durchgeführt werden.

Mit vielen neuen Trägern und Personen wurde die Weiterentwicklung des Programms diskutiert. Dabei wurden die aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen von Berliner Migrantinnen und Migranten sowie geflüchteten Personen berücksichtigt. Immer wieder wurde deutlich, dass Migrantinnen und Migranten stärker in die Regelstrukturen und die jeweiligen fachspezischen Diskurse einbezogen werden müssen. Im Rahmen einer Studie zum Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland fordern die Autoren "die Beteiligung der Betroffenen und besonders von Migrantenorganisationen [...] am gesamten Politikprozess" (DESI, 2012, S. 36). Dieses Postulat ist nach wie vor aktuell.

6.2 Ausblick auf den Programmdialog 2016

Der Programmdialog soll 2016 und 2017 fortgeführt werden. Hierbei wird es darum gehen, die vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen. In den Bereichen "Öffentlichkeitsarbeit" und "Programmidentität" geht es insbesondere um die Konzeption der programmeigenen Webseite und dem Aufsetzen eines bedienungsfreundlichen Content Management Systems. Zur Würdigung der Erfolge im Programmjahr 2016 sollten spätestens Anfang 2017 besonders erfolgreiche Projektaktivitäten bei einer Pressekonferenz präsentiert werden.

Für das Qualitätsmanagement wird die Anpassung der Zielvereinbarungen und Sachberichte vorrangig sein. Die vorgeschlagene Zielvereinbarung sollte gemeinsam mit der Verwaltung und den beteiligten Projekten diskutiert und weiterentwickelt werden. Die Berichterstattung kann nach dem ersten Projektjahr in den Zwischenverwendungsnachweisen erfolgen, in denen die Projektträger Stellung zu den formulierten Zielen und Zielindikatoren beziehen.

Zur Programmidentität zählen die informellen und fachlichen Treffen und Fortbildungen. Für die Weiterführung des Programmdialogs sind Veranstaltungen mit externen Referentinnen und Referenten angedacht. Denkbar sind Fortbildungen zur erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit oder zur Beantragung von weiteren Fördermitteln im Bereich Flucht und Asyl (z. B. Fördermittel des BAMF, Mittel der Europäischen Union etc.). Gleichzeitig soll es bei Netzwerktreffen und Fortbildungen genügend Raum für den informellen Austausch geben. Ein Austausch zwischen Vertreterinnen und Vertretern des Partizipations- und Integrationsprogramm und dem Berliner Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen ist ebenfalls denkbar.

Der Programmdialog 2016/17 kann darüber hinaus dazu beitragen, das *Mehr*, das Migrantenorganisationen täglich leisten, stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen und ihre Arbeit stärker wertzuschätzen.

7. Projekte

7.1 Liste der geförderten Projekte 2014/15

Lfd-Nr.	Träger / Projekte	Ansätze 2014
1	agitPolska e.V Polnisch-Deutsche Initiative für Kulturkooperation Projekt: "Partizipieren und Praktizieren"	15.000€
2	Aufbruch Neukölln e.V. Projekt: Perlenkette	40.000€
3	Club Dialog e.V. Projekt: SFIP-Servicezentrum zu Förderung der Integration und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und Migrantenorganisationen	78.199€
4	Cosima e.V. Projekt: KuBiTe – Kultur, Bildung, Teilhabe	10.000€
5	Dong Heng - Interkultureller Förderverein für Hospizdienste e.V. Projekt: Informationsdienst Altenhilfe für asiatische Migrant_innen	40.000 €
6	Gesellschaft für urbane Wirtschaft, Beschäftigung und Integration - GUWBI e.V. Projekt: Netzwerk ethnische Ökonomie einjährig	64.520 €
7	Haus der Kulturen Lateinamerikas e.V. Projekt: Casa Latinoamericana in Berlin - Ein Servicecenter für Lateinamerikanerinnen und andere spanisch sprechende Gruppen	44.275€
8	Hellenische Gemeinde zu Berlin e.V. Projekt: Partizipation durch Empowerment und herkunftsübergreifende Zusammenarbeit im Griechischen Kulturzentrum	39.860 €
9	Interkulturelle Pädagogische Gesellschaft Mitra e.V. Projekt: BEFaN - mit und füreinander (Bildung - Eltern - Familie - Nachbarschaft)	62.100 €
10	Kurdisches Zentrum e.V. Projekt: Kultur- Gruppenarbeit und Beratung von KurdInnen und MigrantInnen in Berlin	36.660 €

Lfd-Nr.	Träger / Projekte	Ansätze 2014
11	LebensWelt gGmbH - Interkulturelle Jugendhilfe Projekt: Begegnungs- Beratungs- und Nähcafé für afrikanische Frauen	17.948 €
12	Migrationsrat Berlin-Brandenburg g.e.V. Projekt: Migrationsrat Berlin - Brandenburg	70.000€
13	MINA-Leben in Vielfalt e.V. Projekt: Starke Väter - Starke Familien	50.000€
14	MoveGLOBAL e.V Projekt: Starkes Netzwerk- starke Vereine: So vernetzt kann Berlin sein einjährig	50.000€
15	Multikulturelles Jugend Integrationszentrum e.V. Projekt: Seminare und Workshops gegen Jugendkriminalität	19.618 €
16	Nachbarschaftsheim Neukölln e.V. Projekt: Mit VEREINten Kräften: Migr. Vereine als Orte der Demokratie	30.000€
17	Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V. Projekt: Al Nadi- Treffpunkt und Beratungsstelle für arabische Frauen	57.418 €
18	Oromo Horn von Afrika Zentrum e.V Deutsch-Afrikanische Begegnungsstätte Projekt: Entwicklung einer herkunftslandübergreifenden Kooperation	50.000€
19	Polnischer Schulverein "Oswiata" in Berlin e.V. Projekt: Coaching und Nachhilfe sofort- Programm für jugendliche Neuberlinerinnen aus Polen im Alter von 12-16	7.156 €
20	Polnischer Sozialrat e.V. Projekt: Interkulturelle Anlauf- und Beratungsstelle für Migranten	35.000 €
21	Reistrommel e.V. Projekt: Gleiche Augenhöhe	30.000€
22	Strohhalm e.V. (HEROES) Projekt: HEROES"- gegen Unterdrückung im Namen der Ehre. Für Gleichberechtigung	100.000€

Lfd-Nr.	Träger / Projekte	Ansätze 2014
23	Südost Europa Kultur e.V. Projekt: Südost Zentrum/ Bildungs-Beratung - und Kompetenzzentrum für Flüchtlinge und Migrant/innen aus Südosteuropa	100.000€
24	TBB - Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V. Projekt: KoPa - Berliner Zentrum für Kooperation und Partizipation	100.000€
27	TGB e.V. Türkische Gemeinde zu Berlin e.V. Projekt: Kompetenzstärkung von Migranten in juristischen & bürokratischen Angelegenheiten und Pflege von Netzwerkstrukturen der Migrantenvereine	41.730 €
25	TUD e.V - Türkische Umweltinitiative in Deutschland e.V. Projekt: Umwelt und Migration kennen keine Grenzen - Es kommt immer auf den richtigen Umgang an	20.000€
26	TUH e.V Verein türkischer Unternehmer und Handwerker e.V. Projekt: EXisMi= Netzwerk ethnischer Ökonomie einjährig	30.000€
28	Türkischer Elternverein in Berlin - Brandenburg e.V. Projekt:Veli Aktif" Türkische Eltern gehen in die Schule/ Treff, Beratungs- und Kommunikationszentrum für türkische Eltern und Schüler/innen	80.000 €
29	Verband für interkulturelle Arbeit (VIA) - Regionalverband Berlin /Brandenburg e.V. Projekt: VIA- Servicestelle Interkulturelle Projekt Arbeit und Empowerment von MSO	97.087 €
30	Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e. V. Projekt: Beratung und Betreuung in Berlin lebender Iraner und Afghanen	64.800€
31	Vereinigung der Vietnamesen in Berlin & Brandenburg e.V. Projekt: Förderung der Integration und Partizipation der vietnamesischen Mitbürger in Berlin	32.050€
	Gesamt:	1.513.423 €

Liste der geförderten Projekte 2016/17

Lfd-Nr.	Träger / Projekte	Ansätze 2016	Ansätze 2017
1	Al-Dar e.V. Projekt: Mustaqbaluna - unsere Zukunft	55.684 €	55.684 €
2	Aufbruch Neukölln e.V. Projekt: Perlenkette 2	40.000€	40.000€
3	Bund für Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland eV (BDB e.V.) Projekt: Diaspora Mittendrin: Empowerment durch mobile Beratungsstellen und andere bedarfsorientierte Bildungsangebote	56.000 €	56.000 €
4	Club Dialog e.V. Projekt: Servicestelle zur Förderung der Integration und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund, Asylsuchende und Migrantenorganisationen (SFIP)	80.000€	80.000€
5	Each One Teach One (EOTO) e.V. Projekt: Each One Teach One - Ubuntu!	50.000€	50.000€
6	Forum Brasil e.V. Projekt: Afropolitan Berlin: Empowerment junger Menschen afrikanischer Abstammung	50.000€	50.000€
7	Gesellschaft für Urbane Wirtschaft, Beschäftigung und Integration e.V. (Guwbi e.V.) Projekt: Netzwerk ethnische Ökonomie (NEÖK)	65.000 €	65.000€
8	Haus der Kulturen Lateinamerikas e.V. Projekt: Casa Latinoamericana in Berlin - ein Servicecenter für LateinamerikanerInnen u.a. Gruppen	47.270 €	47.270€
9	Hellenische Gemeinde zu Berlin e.V. Projekt: Partizipation durch Empowerment und herkunftsübergreifende Zusammenarbeit im Griechischen Kulturzentrum	40.000 €	40.000€
10	Inssan e.V. Projekt: Mentorinnen für Flüchtlinge	42.129€	42.129€
11	Joliba e.V. Projekt: Com Chor Projekt	13.875 €	13.875 €

Lfd-Nr.	Träger / Projekte	Ansätze 2016	Ansätze 2017
12	Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. (KuB) Projekt: Erstorientierung und Beratung für geflüchtete Personen in Berlin	49.230 €	49.230 €
13	Kurdisches Zentrum e.V. Projekt: Kultur- und Gruppenarbeit und Beratung von KurdInnen und MigrantInnen in Berlin	37.350 €	37.350€
14	Kurdistan Kultur- und Hilfsverein (KKH e.V.) Projekt: Neue Heimat Berlin	45.669€	45.669€
15	La Red - Vernetzung und Integration e.V. Projekt: Wir in Berlin - gekommen um zu bleiben	40.000 €	40.000€
16	Landesjugendring Berlin e.V. Projekt: Jugendmigrationsbeirat Berlin	75.052 €	75.785 €
17	Migrationsrat Berlin Brandenburg e.V. Projekt: Geschäftsstelle und Härtefallberatung des Migrationsrats Berlin Brandenburg	75.600 €	75.600 €
18	MINA - Leben in Vielfalt e.V. Projekt: Starke Väter - Starke Familien	50.000€	50.000€
19	Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. Projekt: Treffpunkt und Beratungsstelle für arabische Frauen	57.418 €	57.418 €
20	Networt African Rural and Urban Development e.V. (NARUD) Projekt: Stark durch Gemeinschaft - Afrikanische Community Vorbilder und Netzwerke	50.161 €	50.161 €
21	Oromo Horn von Afrika Zentrum - Deutsch-Afrikanische Begegnungsstätte e.V. Projekt: Weiterentwicklung einer herkunftslandübergreifenden Kooperation	80.000€	80.000 €
22	Polnischer Schulverein "Oswiata" in Berlin e.V. Projekt: Coaching und Nachhilfe Sofort für jugendliche NeuberlinerInnen aus Polen	12.000 €	12.000 €
23	Polnischer Sozialrat e.V. Projekt: Interkulturelle Anlauf- und Beratungsstelle für Migranten (schwerpunktmäßig aus der EU)	40.000€	40.000€

Lfd-Nr.	Träger / Projekte	Ansätze 2016	Ansätze 2017
24	Progressive Volkseinheit der Türkei in Berlin e.V. Projekt: Sag uns deine Meinung. Befragung zur Stadtentwicklung in Migranten-Communities	36.445 €	36.445 €
25	Reistrommel e.V. Projekt: Gleiche Augenhöhe selbstbestimmtes Leben und Teilhabe vietnamesischer MigrantInnen in Berlin	55.800 €	55.800€
26	renk e.V. Projekt: Postmigrantische Geschichte von der Liebe - Wild wedding	18.360 €	
27	Strohhalm e.V. Projekt: HEROES - Gegen Unterdrückung im Namen der Ehre. Für Gleichberechtigung	100.000€	100.000€
28	südost Europa Kultur e.V. Projekt: südost Zentrum - Bildungs-, Beratungs- und Kompetenzzentrum für Flüchtlinge und Migrantlnnen aus Südosteuropa	100.000€	100.000€
29	Türkische Gemeinde zu Berlin e.V. Projekt: Kompetenzstärkung von Migranten in juristischen und bürokratischen Angelegenheiten und Pflege von Netzwerkstrukturen der Migrantenvereine	42.000 €	42.000€
30	Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V. Projekt: Berliner Zentrum für Kooperation und Partizipation (KoPa)	100.000€	100.000€
31	Türkischer Elternverein in Berlin und Brandenburg e.V. Projekt: Veli Aktif - Türkische Eltern gehen in die Schule / Beratungs- und Kommunikationszentrum	80.000 €	80.000€
32	Verein der Eltern aus Kurdistan in Berlin e.V. Yekmal Projekt: Miteinander für die Zukunft - Mehrsprachige Bildung im Stadtteil	57.521€	57.521€
33	Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V. Projekt: Beratung und Betreuung in Berlin lebender Iraner und Afghanen	73.200 €	73.200 €
34	Vereinigung der Vietnamesen in Berlin & Brandenburg e.V. Projekt: Selbsthilfezentrum für vietnamesische Migrant_innen in Berlin	32.050 €	32.050€

Lfd-Nr.	Träger / Projekte	Ansätze 2016	Ansätze 2017
35	XENION Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e.V. Projekt: Therapien und Mentoren für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge (Mentorenprogramm)	40.000€	40.000€
	Gesamt:	1.887.814 €	1.870.187€

Ferner bleibt folgendes Projekt im Dialog des Partizipations- und	(97.325 €)	(97.325 €)
Integrationsprogramms:		
Verband für interkulturelle Arbeit - VIA - Regionalverband Berlin/		
Brandenburg e.V.		
Projekt: VIA-Servicestelle Empowerment von MSO		

7.2 Projektpräsentationen

AGITPOLSKA e.V. - Polnisch-Deutsche Initiative für Kulturkooperation

Projekt: Partizipieren und Praktizieren

Träger- und Projektbeschreibung

ist ein gemeinnütziger Verein, der sich zum Ziel gesetzt hat, polnische Kultur in Deutschland und deutsche Kultur in Polen zu präsentieren. Unser Vorhaben ist es, jungen und talentierten Künstlern aus Polen und Deutschland eine Plattform zu bieten. Der direkte Austausch von Kunst und Kultur zwischen Polen und Deutschland soll nicht nur beide Kulturen näher bringen, sondern auch kritische



Dialoge anregen. agitPolska will den interkulturellen Austausch, will zeigen, diskutieren, anregen, verbinden. Gegründet 2005 von Magdalena Ziomek-Frackowiak in Bremen, hat agitpolska seinen Sitz in Berlin. Quer durch Polen und Deutschland arbeitet der Verein mit vielen zivilgesellschaftlichen und institutionellen Partnern zusammen: Berlin oder Bremen, Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern, Stettin, Warschau oder Danzig – überall dort, wo es kreative Energie und Kooperationswillen gibt, polnische wie deutsche Kunst und Kulturprojekte und auf die Beine zu stellen.

Im Rahmen des Projekts hat Ende 2014 die Abschlusskonferenz mit dem Titel "Partizipieren und Praktizieren – work in progress" stattgefunden. Das Projekt wurde zur Stärkung der bestehenden Zusammenarbeit von Migrantenorganisationen mit polnischem Hintergrund initiiert. Neben der Konferenz wurden im Gesamtprojekt vorangehend Workshops und Coachings realisiert. Dadurch sollte die Wissensvermittlung über Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, Arbeitsmethoden, Initiierung neuer Projekte für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Werkstatt; Monitoring der entstandenen Projekte und Sicherung der Nachhaltigkeit erreicht werden. Hierfür wurden verschiedenste Kooperationen eingegangen.

Zielgruppen

Polnische Migrantenorganisationen und weitere Multiplikatoren.

Förderung

2014/2015: 15.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

agitPolska e.V.

c/o Magdalene Ziomek-Frackowiak

Böcklingstr. 10, 10245 Berlin

T 030 2433 6740, E-Mail: kontakt@agitpolska.de

www.agit-polska.de/wp/

Ansprechpartnerin: Magdalene Ziomek-Frackowiak

AUFBRUCH NEUKÖLLN E.V.

Projekt: Perlenkette

Träger- und Projektbeschreibung

Der Verein ist der Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte verpflichtet und leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den Kulturen in den Bereichen Bildung und Erziehung sowie Gewaltprävention. Die Aktivitäten finden dabei in kleinen Gruppen statt oder als Versammlungen in Schulen und Kitas. Im Vordergrund steht die Kommunikation auf Augenhöhe mit dem Ziel, Menschen, die in anderen Systemen aufgewachsen sind, die Regeln des hiesigen Systems zu vermitteln. Die Kunst der Kommunikation liegt darin, nicht zu belehren, sondern einzubeziehen und zu aktivieren. Hierbei spielt auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und Herkunft eine wichtige Rolle.





Das Projekt Perlenkette bekam seinen Namen, weil die verschiedenen Einzelaktionen zusammen eine Kette bilden. Innerhalb des Projekts gab es große und kleine, wiederkehrende und einmalige Aktionen und Veranstaltungen. Dabei war es wichtig, eine an den Bedarfen der Teilnehmenden orientierte Angebotsvielfalt zu bieten. In verschiedenen Gruppen (z.B. türkische Vätergruppe und multiethnische Männergruppe, Frauen- und Müttergruppen) sowie bei Veranstaltungen an Schulen und in Kitas wurde wichtige Bildungs- und Aufklärungsarbeit geleistet. Die Bildungs- und Erziehungsarbeit, v.a. auch die Arbeit mit Eltern, die bisher auf Grund von kulturellen und sprachlichen Hürden nicht erreicht wurden, wird zukünftig intensiviert und ausgebaut. Nur durch kontinuierliche aufsuchende Angebote und direkte Ansprache sind diese Menschen in den Bildungskreislauf einzubeziehen - zum Wohle ihrer Kinder und zur Kompetenzsteigerung in der Erziehungsarbeit. Hier kommt es auf Kommunikation an, die zeitintensiv ist und von der Schule nicht geleistet werden kann. Hier will der Verein ansetzen und die Schulen in ihrer Arbeit unterstützen.

Zielgruppen

Migrantinnen und Migranten, Schulen, Eltern.

Förderung

2014/2015: 40.000 € pro Jahr 2016/2017: 40.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Aufbruch Neukölln e.V..
Uthmannstraße 19, 12043 Berlin
T 030 – 68874815, E-Mail: info@aufbruch-neukoelln.de
www.aufbruch-neukoelln.de
Ansprechpartnerin: Frau Sayima Kutluer

CLUB DIALOG E.V.

Projekt: SFIP-Servicezentrum zur Förderung der Integration und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und Migrantenorganisationen

Träger- und Projektbeschreibung

Das Projekt SFIP vom Club Dialog e.V. ist eine "Servicestelle zur Förderung der Integration und Partizipation" von Menschen mit Migrationshintergrund, Asylsuchenden und Migrantenorganisationen. Das übergeordnete Projektziel ist die Förderung der sozialen Integration und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere russischsprachige Migrantinnen und Migranten sowie



Asylsuchende aus kaukasischen Teil-Republiken und Ländern Mittelasiens. Weitere Ziele sind die Vertiefung der sozialen Integration, die Aktivierung und Förderung der Kommunikation unter Migrantinnen und Migranten und das Empowerment von Migranten(selbst)organisationen. Das Projekt ist aus einem Vorläuferprojekt entstanden, das seit vielen Jahren vom Club Dialog umgesetzt wurde. Im Rahmen beider Projekte wurden mehrere tausend Personen beraten (ca. 1000 pro Jahr), dutzende Veranstaltungen, Seminare, Diskussionsrunden und Ausstellungen realisiert (ca. 60 pro Jahr), und mehrere internationale Kooperationen aufgebaut.

Im Jahr 2015 wurde das Netzwerk "Freiwilligendienste interkulturell" gegründet. Das Netzwerk besteht aus den Organisationen: Club Dialog, dem Verein für Interkulturelle Arbeit (VIA) und dem Türkischen Bund Berlin-Brandenburg (TBB). Das Netzwerk wird über den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) als "Interkulturelles Kompetenzzentrum für Migrant*innenorganisationen in Berlin" (IKMO) gefördert und erhält eine Kofinanzierung durch das Partizipations- und Integrationsprogramm. In den nächsten Jahren ist die Gründung eines neuen Netzwerkes zum Thema "Fit im Alter interkulturell" geplant – eine Vereinigung der Initiativen älterer Migrantinnen und Migranten. Der Internetauftritt soll zweisprachig sein.

Zielgruppen

Erwachsene Migrantinnen und Migranten (schwerpunktmäßig russischsprachig), die bislang durch die bundes-, landes- und kommunal geförderten Integrationsmaßnahmen nicht oder nur unzureichend erreicht wurden und weiterhin Integrationsdefizite aufweisen. Außerdem gibt es Angebote für Neuzuwanderer aus osteuropäischen Ländern (Schwerpunkt Baltikum, Ukraine, Polen), Geflüchtete und Asylsuchende (schwerpunktmäßig aus dem Kaukasus und der Ukraine), Migrantenorganisationen und -initiativen sowie Netzwerke von Migrantenorganisationen.

Förderung

2014/2015: 78.199 € pro Jahr 2016/2017: 80.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Club Dialog e.V. Friedrichstraße 176-179, 10117 Berlin T 030 - 20 448 59, E-Mail: info@club-dialog.de www.club-dialog.de Ansprechpartnerin: Dr. Natalia Roesler

COSIMA E.V.

Projekt: KuBiTe – Kultur, Bildung, Teilhabe

Der Verein ist nicht mehr tätig.

Förderung 2014: 10.000 € Jahr

DONG HENG E.V.

Projekt: Informationsdienst Altenhilfe für asiatische Migrant_innen

Der Verein ist nicht mehr tätig.

Förderung 2014: 40.000 € Jahr

GESELLSCHAFT FÜR URBANE WIRTSCHAFT, BESCHÄFTIGUNG UND INTEGRATION GUWBI E.V.

Projekt: Netzwerk ethnische Ökonomie

Träger- und Projektbeschreibung

Das Ziel des Projektes ist Verbesserung von Rahmenbedingungen und Partizipationsmöglichkeiten Migrantinnen und Migranten durch das Einbinden ökonomischen in die Strukturen der Stadt und das Ebnen der Wege zu den Ressourcen. Somit ist das Projekt Teil der Willkommenskultur Berlins und hat eine Brückenfunktion zwischen der Zielgruppe wirtschaftlichen Akteuren. Das Projekt



hat dabei folgende Teilziele: Erleichterung der Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit, die Führung eines Kleinstbetriebes von Selbständigen mit Migrationshintergrund und die Unterstützung beim Zugang zu öffentlich geförderten Ressourcen und Fachstellen. Zudem werden Positionspapiere zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Zielgruppe verfasst und auf relevanten Plattformen zur Diskussion gestellt.

Die Anerkennung des gesellschaftlichen und ökonomischen Mehrwerts von Selbständigen mit Migrationshintergrund ist bei deutschen Behörden und Institutionen zwar vorhanden, jedoch wird die Zielgruppe nicht in ihren spezifischen Belangen unterstützt. Beispielsweise kann der Aufenthaltsstatus ein Grund für die Ablehnung von finanziellen Förderungen sein oder Personen mit Sprachdefiziten wird eine selbständige Erwerbstätigkeit nicht zugetraut. Solche Einstellungen bilden Hürden für Ratsuchende. Deshalb sensibilisiert das Projekt zuständige Stellen für die Belange der Zielgruppe. Durch Beratungen werden angehende Existenzgründerinnen und -gründer zum Thema Gründung und Führung eines Unternehmens informiert und gegebenenfalls mit den zuständigen und fachkundigen Stellen vernetzt.

Der Vorschlag von GUWBI e.V. zur Einrichtung einer Lotsenstelle für Existenzgründerinnen und Existenzgründer mit Migrationshintergrund, wurde von Senatsverwaltungen angenommen und kann im Jahr 2017 realisiert werden. Außerdem werden die Angebote des Projektes in das geplante "Willkommenszentrum" der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen integriert.

Zielgruppen

Existenzgründerinnen und -gründer sowie Kleinstgewerbetreibende mit Migrationshintergrund.

Förderung

2014: 64.520 € (einjährig) 2016/2017: 65.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Guwbi e.V.
Potsdamer Str. 69, 10785 Berlin
T 030 – 488 174 88, E-Mail: info@guwbi.de
www.guwbi.de
Ansprechpartner: Ahmet Ersöz

HAUS DER KULTUREN LATEINAMERIKAS E.V.

Projekt: Casa Latinoamericana in Berlin - ein Servicecenter für LateinamerikanerInnen und andere Gruppen

Träger- und Projektbeschreibung

Im Projekt Casa Latinoamericana wird ein Raum geschaffen, in dem lateinamerikanische Kultur erlebt und gepflegt werden kann. Das Projekt leistet einen Beitrag zum Selbstvertrauen der beteiligten Personen und schafft somit Akzeptanz und Interesse für lateinamerikanische Kulturen in der deutschen Gesellschaft. Zentrales Projektziel ist die Teilnahme der Zielgruppe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben. Darüber hinaus setzt sich das



Projekt für den Abbau von Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit und für die Stärkung der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten ein. Das Projekt vernetzt unterschiedliche Akteure miteinander und unterstützt bei der Arbeitsmarktintegration. Ein weiterer Service liegt in der sozialen Beratung, Begleitung und Vernetzung zu anderen spanischsprechenden Gruppen.

Casa Latinoamericana setzt sich darüber hinaus ein für das Thema "Globales Lernen in Kindergärten und Schulen". Das Konzept verfolgt die Idee, auf neue attraktive Weise, Verständnis und Toleranz gegenüber anderen Kulturen zu fördern. Dabei soll die gegenseitige Abhängigkeit aller Länder bei der Bewältigung sozialer, ökologischer und ökonomischer Probleme verdeutlicht werden.

Aktuell bietet Casa Latinoamericana eine erste Anlaufstelle für EU-Bürgerinnen und Bürger mit lateinamerikanischem Migrationshintergrund, die von ihren Firmen auf der Suche nach Kooperationen nach Berlin entsendet werden.

Zielgruppen

Vereine, lateinamerikanische Gruppen und weitere aktive Organisationen in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Tempelhof und Steglitz-Zehlendorf, Familien und Einzelpersonen.

Förderung

2014/2015: 44.275 € pro Jahr 2016/2017: 47.270 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Haus der Kulturen Lateinamerikas e.V.
Pfalzburger Str. 42, 10717 Berlin
T 030 – 39 404 78 0, E-Mail: berlin@casalatinoamericana.de
www.casalatinoamericana.de
Ansprechpartnerin: Dr. Dolly Conto Obregon

HELLENISCHE GEMEINDE E.V.

Projekt: Partizipation durch Empowerment und herkunftsübergreifende Zusammenarbeit im Griechischen Kulturzentrum

Träger- und Projektbeschreibung

Die Hellenische Gemeinde ist der größte der griechischen Vereine in Berlin und hat zum Ziel, Toleranz statt Rassismus zu schaffen und Partizipation und Integration der Personen griechischer Herkunft in die Aufnahmegesellschaft zu fördern. Seit 22 Jahren bildet das Griechische Kulturzentrum (GKZ) einen Treffpunkt für griechische Migrantinnen und Migranten und fördert den interkulturellen Dialog in Berlin. Das GKZ dient dabei auch als



internationales Zentrum für alle Berlinerinnen und Berliner deutscher oder anderer Herkunft. Ebenfalls fungiert das GKZ mit seinen vielfältigen Angeboten als die einzige Anlaufstelle für Personen griechischer Herkunft. Ältere Migrantinnen und Migranten sowie die der zweiten und dritten Generation benötigen nach wie vor Unterstützung auf dem Weg der Eingliederung. Gleichzeitig haben Arbeitslosigkeit, sozialer Abbau und Sparpolitik in Griechenland zu einer neuen Migrationswelle geführt. Das Zentrum erhält täglich viele Anfragen von Migrantinnen und Migranten, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, oft weder Unterkunft noch Arbeit haben und dringend Unterstützung brauchen. Das GKZ verfolgt hierbei einen Empowerment-Ansatz und bietet zielgerichtete Betreuung und Bildungsangebote an. Die drei Hauptanliegen des Projekts sind Empowerment von neuen Migrantinnen und Migranten, Förderung der Partizipation älterer Migrantinnen und Migranten und interkulturelle Zusammenarbeit und Vernetzung.

Zielgruppen

Berliner Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrer Herkunft. Gezielte Unterstützung von griechischen Migrantinnen und Migranten.

Förderung

2014/2015: 39.860 € pro Jahr 2016/2017: 40.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Hellenische Gemeinde zu Berlin Mittelstr. 33, 12167 Berlin T 030 – 79 295 87, E-Mail: info@gr-gemeinde.de www.gr-gemeinde.de

Ansprechpartnerinnen: Maria Oikonomidou, Fotiadis Kiriakos

INTERKULTURELLE PÄDAGOGISCHE GESELLSCHAFT MITRA E.V.

Projekt: BEFAN - MIT & FÜREINANDER (BILDUNG - ELTERN - FAMILIE - NACHBARSCHAFT)

Träger- und Projektbeschreibung

Das Projekt BEFAN – mit & füreinander (Bildung, Eltern, Familie, Nachbarschaft) hat als Zielgruppe Migrantenorganisationen, die im Bereich der Bildung und Erziehung tätig sind; Organisationen, die im Bereich der Integrationsarbeit mit dem Schwerpunkt Bildung und Familienarbeit tätig sind sowie Familien, Eltern, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Ziele des Projekts sind:

- Gegenseitiger Austausch und Nutzung von Erfahrungen und modellhaften Verfahren im Bereich der frühkindlichen Bildung und Erziehung
- Berlinweites Bildungsnetzwerk von Migrant*innenorganisation für frühkindliche Bildung und Erziehung im interkulturellen Kontext

Die Zielerreichung erfolgt über die Umsetzung von Workshops und fachlichem Austausch, pädagogischen Hospitationen und der Dokumentation der Ergebnisse.



Der fachliche und vor allem der praxisnahe Austausch im Rahmen der Workshops und der fachlichen Gremien war ein großer Erfolg. Die Ergebnisse flossen direkt in die praktische Umsetzung bei den Aktivitäten der Träger mit ein, vor allem im Bereich Kita. Modellhafte Herangehensweisen und Verfahren wurden dokumentiert und für die praktische Arbeit aufbereitet. Das nun bestehende Netzwerk bietet eine gute Grundlage, um mit den gewonnenen Erfahrungen weiter zu arbeiten und die Zusammenarbeit perspektivisch fortzusetzen.

Zielgruppen

Migrantenorganisationen, die im Bereich der Bildung und Erziehung tätig sind; Organisationen, die im Bereich der Integrationsarbeit mit dem Schwerpunkt Bildung und Familienarbeit tätig sind sowie Familien, Eltern, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Förderung

2014/2015: 62.100 € pro Jahr 2016/2017: 62.100 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Interkulturelle pädagogische Gesellschaft MITRA e.V. Friedrichstr. 176-179, 10117 Berlin

T 030 - 20 452 12 3, E-Mail: info@mitra-ev.de

www.mitra-ev.de

Ansprechpartnerin: Günay Darici

KONTAKT- UND BERATUNGSSTELLE FÜR FLÜCHTLINGE UND MIGRANT_INNEN E.V. (KuB)

Projekt: Erstorientierung und Beratung für geflüchtete Personen in Berlin

Träger- und Projektbeschreibung

Die Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. in Berlin-Kreuzberg, gegründet im Jahr 1983, ist ein gemeinnützig anerkannter Verein mit der Aufgabe, Geflüchteten, Migrantinnen und Migranten aus aller Welt Beratung und Hilfestellung in sozial- und aufenthaltsrechtlichen, psychosozialen und anderen existentiellen Fragen zu geben. Die Vereinsmitglieder vertreten den Standpunkt, dass allen Menschen ein sicherer Aufenthaltsstatus sowie politische, soziale und ökonomische Gleichberechtigung zustehen.

Das Projekt bietet einen Verbund integrierter Maßnahmen, der die Erstorientierung von Menschen mit Fluchthintergrund in Berlin ermöglicht. Damit werden diese Menschen in ihrer rechtlichen und psychosozialen Situation unterstützt und die Bedingungen für eine nachhaltige Partizipation geschaffen. Die Erstorientierung erfolgt über rechtliche und psychosoziale Beratung und Begleitung sowie über eine bedarfsentsprechende Vermittlung an geeignete weiterführende Beratungs- und Betreuungsangebote des Projektträgers oder dessen Netzwerk. Dafür baut der Träger seine Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen im Lebensfeld der Zielgruppe aus und sorgt für die Qualifizierung von ehrenamtlicher Begleitung. Im Rahmen des Projekts wird u.a. eine Smartphone-App konzipiert, die Geflüchteten eine erste Orientierung in Berlin bietet. Das Projekt zielt dabei auf die Eigenständigkeit von Menschen mit Fluchtgeschichte.

Den steigenden Zahlen von Asylsuchenden stehen in Berlin fehlende personelle Ressourcen gegenüber. Umso wichtiger ist die nachhaltige Sicherung der vermittelten Kompetenzen. Die Verstetigung des Projekts erfolgt dementsprechend über den Aufbau eines Netzwerks, über das ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch stattfinden kann. Zudem erfolgt Kompetenztransfer zwischen den projektbezogenen beteiligten Akteuren der Berliner Beratungslandschaft. Menschen mit Fluchtgeschichte werden häufig als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aktiv. Der Verein bemüht sich um eine Folgefinanzierung.

Zielgruppen

Geflüchtete Personen.

Förderung

2016/2017: 49.230 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.

Oranienstr. 159, 10969 Berlin

T 030 -61 49 400, E-Mail: kontakt@kub-berlin.org

www.kub-berlin.org

Ansprechpartnerin: Sarah Abel Ansprechpartner: Stephen Sulimma

KURDISCHES ZENTRUM E.V.

Projekt: Kultur- und Gruppenarbeit, sowie Beratung von KurdInnen und MigrantInnen in Berlin

Träger- und Projektbeschreibung

Das Kurdische Zentrum e.V. wurde 1984 als Selbstorganisation gegründet. Seit den 1990er Jahren fördert die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen das Projekt "Kultur- und Gruppenarbeit sowie Beratung von KurdInnen und MigrantInnen in Berlin". Ursprünglich von Arbeitsmigrantinnen und -migranten überwiegend aus der Türkei nachgefragt, nutzen mittlerweile auch Kreuzberger Kiezbewohnerinnen und -bewohner, Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II und vor allem neu eingereiste geflüchtete Personen die Angebote des Projektträgers. Einen Schwerpunkt der Arbeit bildet die Beratung von Geflüchteten aus Kriegsgebieten, wie dem Irak und Syrien, aber auch aus Osteuropa und Afrika. Nachgereiste Angehörige erhalten eine erste Orientierung und praktische Hilfe bei der Suche nach einer Wohnung, einem Sprachkurs oder einer Arbeit. Weitere Gruppenangebote von der Hausaufgabengruppe für Kinder über die Handtrommelgruppe speziell für Frauen bis hin zu Infoveranstaltungen und Lesungen ergänzen das Programm. Sozial- und Aufenthaltsberatungen bieten den Ratsuchenden praktische Hilfe bei der Bewältigung ihres Alltages und eine Erstorientierung in Berlin. Kurse und Informationsveranstaltungen Handlungsfähigkeit und Selbständigkeit der Einzelnen. Dabei bringt das Projekt unterschiedliche Menschen in einen Austausch miteinander. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jugendgruppen begleiten neueingereiste Flüchtlinge ehrenamtlich zu Behörden. Dies bietet die Möglichkeit zum interkulturellen Austausch und zur Klärung von Konflikten vor Ort. Ein Beispiel ist die Kooperation von kurdischen und türkischen Organisationen zur Konflikt- und Gewaltprävention.



Das Projekt verfügt über jahrzehntelange Erfahrung bei der praktischen Unterstützung von diversen Zielgruppen. Insbesondere Frauen profitieren von den Angeboten des Projektes. Durch die Vermittlung von Integrationskursen gewinnen sie an Selbstbewusstsein und wehren sich gegen familiäre Gewalt.

Mehrere Jugendliche fanden mit Hilfe des Projekts Ausbildungsplätze. Geflüchtete Personen konnten sich nach der Anerkennung in ihren erlernten Berufen weiterbilden.

Zielgruppen

Geflüchtete Personen, Migrantinnen und Migranten, insbesondere Jugendliche und Frauen.

Förderung

2014/2015: 36.660 € pro Jahr 2016/2017: 37.350 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Kurdisches Zentrum e.V.

Dresdener Str. 8, 10999 Berlin
T 030 – 61 590 92, E-Mail: Kurdisches.Zentrum@gmx.net
www.kurdisches-zentrum.de
Ansprechpartner: Riza Baran und Ibrahim Okuduci

LEBENSWELT E.V.

Projekt: Begegnungs- Beratungs- und Nähcafé für afrikanische Frauen

Träger- und Projektbeschreibung

Der gemeinnützige, interkulturelle Träger LebensWelt wurde 1999 gegründet und ist hauptsächlich in der ambulanten Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe in Berlin tätig. LebensWelt bietet sozialpädagogische Unterstützung und Betreuung für Kinder, Jugendliche und ihre Familien -Schwerpunkt Migrationshintergrund Bewältigung auf - zur Krisen, Angebot Erziehungsschwierigkeiten sowie von Alltagsproblemen. Das umfasst sozialpädagogische Familienhilfe, begleiteten Umgang, intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung, soziale Gruppenarbeit, interkulturelle Straffälligenhilfe, Schulsozialarbeit, Integrationskurse, Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, betreutes Wohnen, Kindertageseinrichtungen und eine Jugendfreizeiteinrichtung.

Das Begegnungs- Beratungs- und Nähcafé für Frauen afrikanischer Herkunft und ihre Kinder nahm im Januar 2014 seine Arbeit auf. Die Zielgruppe "afrikanische Frauen mit ihren Kindern" bestand in der Anfangsphase aus englischsprechenden Frauen aus Nigeria, die teils über andere europäische Staaten nach Berlin gekommen waren. Mit der Zeit kamen Mütter aus Ghana, Kamerun und Kenia hinzu. Generell waren im Näh- und Begegnungscafé jedoch größtenteils Frauen aus Ländern Westafrikas. Die Beratung wird auch von Frauen aus dem Sudan und dem Tschad besucht. Die meisten Frauen sind gleichzeitig auch Nutzerinnen des Begegnungs- und Nähcafés. Die Kombination des Projektes bestehend aus Nähgruppe, Begegnungscafé, Sozialberatung und Kinderbetreuung hat sich als sehr sinnvoll erwiesen. Das gemeinsame Nähen mit der nigerianischen Designerin und Nählehrerin, das Café als Ort zum Treffen, Austausch und sich Kennenlernen für Mütter und ihre Kinder aus afrikanischen Ländern, die in der Gegend um den Schäfersee ihr neues Zuhause gefunden haben, sowie die Beratung zu familiären und bürokratischen Fragen bieten den Frauen ein breites Spektrum an Unterstützung und Hilfe zur Selbsthilfe.

Zielgruppen

Afrikanische Frauen und ihre Kinder.

Förderung

2014/2015: 17.948 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Lebenswelt e.V.

Obentrautstr. 72, 10963 Berlin

T 030 61 62 56 01, E-Mail info@lebenswelt-berlin.de

MIGRATIONSRAT E.V.

Projekt: Migrationsrat Berlin - Brandenburg e.V

Träger- und Projektbeschreibung

Der Migrationsrat Berlin - Brandenburg e.V. ist eine Dachorganisation unterschiedlichster Migrant_innenselbstorganisationen. Mit über 70 Mitgliedern vereint der Migrationsrat über 20 unterschiedliche migrationspolitische Communities, die unter dem Motto "Kein Wir ohne Uns" herkunfts- und sprachübergreifend gemeinsam agieren, um sich für die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung und Teilhabe von Migrant_innen unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit, Herkunft, Hautfarbe, Religion, einer Behinderung, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung einzusetzen. Des Weiteren ist der MRBB Teil der Härtefallkommission Berlin. Zu den Aufgaben der Mitglieder der HFK gehört es, die Antragssteller_innen, die sich an sie wenden, im Vorfeld der HFK-Sitzungen, die einmal pro Monat stattfinden, zu beraten, ihre Fälle zu prüfen und falls die Kriterien für einen möglichen humanitären Aufenthalt vorliegen - einen Antrag auf humanitären Aufenthalt bei der Geschäftsstelle der HFK zu stellen.

Die Arbeit des Migrationsrats besteht weiterhin darin, die Belange der migrantischen Communities zu vertreten durch politische Beteiligung und Mitwirkung in migrations- und integrationspolitische Entscheidungsprozessen, politische Interessenvertretung der Migrant_innen und People of Color, parteiliche Beratungsarbeit in Solidarität und zugunsten der Beratenden. Darüber hinaus betreibt der MRBB Netzwerkarbeit und -pflege um kampagnenbezogene Akteur_innen zu gewinnen. Demokratieförderung und Selbstbefähigung stehen bei den Aktivitäten im Fokus. Dabei verfolgt das der Verein die folgenden Ziele:

- Politische Partizipation und gesellschaftliche Inklusion von Migrant_innenselbstorganisationen;
- Rassismuskritische und interkulturell kompetente Öffentlichkeit herstellen
- Entwicklung und Unterstützung rassismuskritischer Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit
- Projektideen und innovativer Ansätze innerhalb der Migrations- und Partizipationspolitik
- · Politische Bildung und Wissensbildung.

Zielgruppen

Migrant_innen und People of Color der Mitgliedsvereine, Migrant_innen und People of Color in Berlin (und bundesweit), die darüber hinaus aktiv sind in Bürger_innenorganisationen, Bündnissen, Initiativen, Gewerkschaften, Parteien, Wissenschaft und Forschung; Menschen mit Duldungen, Grenzübertrittsbescheinigungen, in drohender Abschiebegefahr oder in Abschiebegewahrsam in Berlin (Härtefallberatung).

Förderung

2014/2015: 70.000 € pro Jahr 2016/2017: 75.600 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.
Oranienstr. 34, 10999 Berlin
T: 030 61 65 87 55, E-Mail: info@mrbb.de
Ansprechpartnerin: Tugba Tanyilmaz
www.mrbb.de

MINA - LEBEN IN VIELFALT E.V.

Projekt: Starke Väter – Starke Familien

Träger- und Projektbeschreibung

Das Projekt ist eingebettet in die Beratungs- und Kontaktstelle des Vereins MINA - Leben in Vielfalt. Der Verein richtet sich an Familien mit Migrationshintergrund, insbesondere türkischund arabischsprachige Familien, die Kinder mit Behinderungen haben. Beratungen und Begleitungen werden in drei Sprachen angeboten. Ausgangslage des Projekts ist die Überforderung vieler Väter im Umgang mit ihren



behinderten Kindern. Sie überlassen die Pflege oft den Müttern und ziehen sich zurück. Oftmals fühlen sich die Mütter mit Sorgen und Problemen, die das Thema mit sich bringt, allein gelassen. Religiöse Überzeugungen wie die Gottesstrafe hindern sie zum Teil daran, sich Unterstützung zu holen und aktiv um Hilfe zu bitten.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projekts aktivieren und motivieren die Väter, sich bei der Pflege und Erziehung ihrer Kindern einzubringen. Sie begleiten diese bei sprachlichen Barrieren zu den Regeleinrichtungen und bauen so Brücken zwischen Familien und Einrichtungen, Werkstätten und Schulen. Darüber hinaus gibt es eine regelmäßig stattfindende Sprechstunde, die von den Vätern gut angenommen wird. Muttersprachliche Selbsthilfegruppen bieten den Vätern einen geschützten Rahmen, über ihre Sorgen und Gefühle zu sprechen und sich gegenseitig zu stärken. Weiterhin werden innerhalb des Projekts Aktivitäten, wie Straßenfeste, Geburtstagsfeiern und gemeinsame Ausflüge durchgeführt. Die Teilnahme an den Selbsthilfegruppen und an den Aktivitäten war zu Beginn mit großen Überwindungen und Hemmungen verbunden. Doch durch die kontinuierliche Arbeit mit der Zielgruppe konnte das nötige Vertrauen aufgebaut werden. Ein weiterer Projekterfolg besteht darin, mit den Moscheevereinen über das Thema Behinderung zu sprechen und somit ein Tabu zu brechen.

Perspektivisch wird weiterhin aufsuchend gearbeitet und die Selbsthilfegruppen werden weiter ausgebaut und gefestigt. Die Zusammenarbeit mit den Regeldiensten und den Schulen und Werkstätten, zwecks Eingliederung der Kinder und Jugendlichen im Schul- und Arbeitsleben, werden erweitert. Die Mütter bestätigen die positive Entwicklung der Vaterrolle Zuhause und in der Öffentlichkeit.

Zielgruppen

Familien und Väter mit Migrationshintergrund, insbesondere türkisch- und arabischsprachige Familien mit Kinder mit Behinderungen.

Förderung

2014/2015: 50.000 € pro Jahr 2016/2017: 50.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

MINA - Leben in Vielfalt e.V. Friedrichstr. 1, 10969 Berlin

T 030 - 25 796 95 9, E-Mail: info@mina-berlin.de, www.mina-berlin.de

Ansprechpartnerin: Yildiz Akgün

MOVE GLOBAL E.V.

Projekt: Starkes Netzwerk - starke Vereine: So vernetzt kann Berlin sein

Träger- und Projektbeschreibung

Träger des Projektes "Starkes Netzwerk - starke Vereine: So vernetzt kann Berlin sein" war moveGLOBAL e.V. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss von mittlerweile 30 migrantischen Nichtregierungsorganisationen aus Lateinamerika, Afrika und Asien. MoveGLOBAL wurde als Netzwerk zur Selbstqualifikation, Fortbildung und wechselseitigen Unterstützung gegründet. Die Zuwanderung der letzten 20 Jahre hat zu einer neuen Vielfalt der Migrantenorganisationen geführt. Die Formen der Organisationen sind sehr divers, sie unterscheiden sich u.a. hinsichtlich ihrer Größe und finanziellen Ausstattung. Das Projekt fand bezirksübergreifend statt und erreichte die Migrantenorganisationen, Institutionen und Multiplikatoren, der Integrationsarbeit. Mit dem Projekt wurde auf die Erkenntnis reagiert, dass eine stärkere Vernetzung und eine Stärkung der Vernetzung der Migrantenorganisationen untereinander nötig sind, damit diese eine stärkere zivilgesellschaftliche Rolle einnehmen können. Folglich richten sich die Angebote des Projekts hauptsächlich an migrantische Organisationen, aber auch an weitere Multiplikatoren und Akteure (z.B. Verwaltung, öffentliche Einrichtungen, Institutionen, Träger und Verbände). Diese waren teilweise sehr unzureichend mit Migrantenorganisationen vernetzt. Einige hatten den Weg der interkulturellen Öffnung noch nicht eingeschlagen, sodass immer noch Vorurteile und Vorbehalte bestanden.

Innerhalb des Projekts wurden über 50 Vereine erreicht, von denen 30 dauerhaft begleitet wurden. Zudem wurden sechs ganztägige Fortbildungen mit über 180 Teilnehmenden durchgeführt. Es entstand eine Kooperation zwischen der Yunus Emre Moschee und der Albert Gutzmann Grundschule. Ein Landesnetzwerk Afrikanischer mit Vereine insgesamt acht Gründungsorganisationen wurde initiiert. Außerdem wurde neues Wissen vermittelt, Kompetenzen erweitert, Partizipation gestärkt und ein Beitrag zur effektiveren Ressourcen-Kompetenzbündelung geleistet. Darüber hinaus fanden kontinuierliche Netzwerktreffen mit anderen Vereinen und Verbänden sowie persönliche Termine mit relevanten Verwaltungen, Institutionen und Trägern zur Integrations- und Partizipationsarbeit statt. Im ersten Projektjahr 2014 konnte das Interesse von vier Multiplikatoren aus der Diaspora zur Mitarbeit in den kommunalen Gremien geweckt werden. Im zweiten Projektjahr richtete sich der Fokus auf die Sensibilisierung von Verwaltung und Entscheidungsträgern zu dieser Problematik. Die Mitarbeit von Migrantenorganisationen in Gremien ist aus Sicht des moveGLOBAL-Verbandes für alle ein Zugewinn.

Zielgruppen

Migrantenorganisationen, Multiplikatoren, Verwaltung, öffentliche Einrichtungen, Institutionen, Träger, Verbände und weitere Akteure.

Förderung

2014/2015: 50.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

 $move {\sf GLOBAL}\ e. {\sf V}.$

Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

T 030 - 12 026 34 8, E-Mail: lucia-muriel@moveglobal.de

www.moveglobal.de

Ansprechpartnerin: Lucia Muriel

MULTIKULTURELLES JUGEND INTEGRATIONSZENTRUM E.V.

Projekt: Seminare und Workshops gegen Jugendkriminalität

Träger- und Projektbeschreibung

Der Verein ist politisch, weltanschaulich und religiös neutral, bietet verschiedenen Kulturen, Meinungen und Lebensentwürfen Raum und duldet keinerlei Diskriminierung und Gewalt. Dabei verfolgt der Verein die Ziele:

- Konfliktlösung im gemeinsamen Dialog
- Kulturelle Offenheit und gegenseitiges Kennenlernen
- Überwindung "unsichtbarer" sozialer und kultureller Grenzen in Deutschland

Das Projektangebot "Seminare und Workshops gegen Jugendkriminalität" richtete sich an straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende sowie gefährdete und andere an dieser Thematik interessierte Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Migrationshintergrund. Ein Drittel der Teilnehmenden waren weiblich. Ziele waren die Stärkung des Selbstvertrauens, der Abbau von Aggressionen, die Stärkung von Disziplin, Zielstrebigkeit und Teamfähigkeit, der gewaltfreie Umgang mit Problemsituationen und das Erlernen alternativer Lösungsstrategien. Das Projekt sollte dazu beitragen, die Jugendkriminalität im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zu reduzieren. Seminare und Workshops fanden wöchentlich statt und setzten eine verbindliche Teilnahme voraus. Zu den Methoden zählten u.a. Rollenspiele, Diskussionen, Gruppenarbeit, Input und das Produzieren von Filmen.

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund, Eltern und Alleinerziehende, Erwachsene in unterschiedlichsten Lebenssituationen.

Förderung

2014/2015: 19.618 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Multikulturelles Jugend Integrationszentrum e.V. Kaiser-Friedrich-Str. 34, 10627 Berlin T: 030 857 407 35, E-Mail: info@mji-berlin.de www.mji-berlin.de

NACHBARSCHAFTSHEIM NEUKÖLLN E.V.

Projekt: Mit VEREINten Kräften

Träger- und Projektbeschreibung

Das Projekt "Mit VEREINten Kräften" bot Beratung und Qualifizierung für migrantische Vereine und Initiativen (MO) in Berlin zu Themen des Vereins-Knowhows und der politischen Teilhabe. Ziel war es, migrantische Vereine und Initiativen bei ihrer Professionalisierung zu unterstützen und sie darin zu bestärken, an kommunalen Entscheidungsprozessen aktiv mitzuwirken. Weiterhin standen der Erfahrungsaustausch über Vereinswissen und politische



Partizipation sowie eine interkulturelle Vernetzung über mehrere Vereine hinweg im Fokus.

Zur Umsetzung des Projektziels war es wichtig, Mitglieder migrantischer Vereine zu vereinsbezogenen Themen zu qualifizieren. Das Projekt richtete sich berlinweit an migrantische Vereine und Initiativen. Hierzu zählen eingetragene und in Gründung befindliche Vereine, Initiativen und (in)formelle Netzwerke mit geringeren Ressourcen und Vereins-Knowhow. Auch Multiplikatoren, Verwaltung, öffentliche Einrichtungen, Institutionen, Träger, Verbände und sonstige Akteure waren Zielgruppen des Projekts. Durch das Projekt wurden ca. 300 Ehrenamtliche in über 30 Migrantenorganisationen berlinweit unterstützt und qualifiziert.

Folgende Aktivitäten wurden im Rahmen des Projekts durchgeführt:

- kontinuierliche und prozessbegleitende Beratungen und Workshops für die Zielgruppen (Gruppen und Einzelpersonen) zu Fragen des Vereins-Knowhows und der Interessenvertretung: Vereinsgründung, Fundraising, Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und weitere Themen,
- Unterstützung bei der Organisationsentwicklung: Schärfung des Vereinsprofils, u.a. durch Zielklärung, Stärkenanalyse, Mitgliederansprache und -arbeit,
- Erstellung und Weitergabe von Handreichungen zu den genannten Themen.

Das Beteiligungsbüro "Mitreden in Neukölln" – eine Einrichtung des Nachbarschaftsheims Neukölln e.V. – begleitet, berät und qualifiziert seit 2010 Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte in ihrem gesellschaftlichen Engagement.

Zielgruppen

Migrantische Vereine (MO), Multiplikatoren, Verwaltung, öffentliche Einrichtungen, Institutionen, Träger, Verbände und sonstige Akteure.

Förderung

2014/2015: 30.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Nachbarschaftsheim Neukölln e.V. Glasower Str. 67, 12051 Berlin 030 – 28 478 493, E-Mail: a.wallentin@nbh-neukoelln.de www.nbh-neukoelln.de Ansprechpartnerin: Annette Wallentin

NACHBARSCHAFTSHEIM SCHÖNEBERG E.V.

Projekt: Al Nadi - Treffpunkt und Beratungsstelle für arabische Frauen

Träger- und Projektbeschreibung

Al Nadi ist seit 35 Jahren eine zentrale Erstanlauf- und Beratungsstelle für arabische Frauen in Berlin. Die Frauen kommen aus verschiedenen arabischen Ländern mit unterschiedlicher sozialer, ethnischer und religiöser Herkunft und sind zwischen 20 und 60 Jahre alt. Es handelt sich sowohl um geflüchtete Frauen als auch um nachgezogene Ehefrauen.



Die wesentlichen Inhalte des Projekts bestehen in Bildung (unterschiedliche Kursangebote, v.a. Deutschkurse) und Beratung (Orientierungs- und Integrationsberatung in der Muttersprache). Beratungen werden zu familien-, aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragen angeboten. Hierfür wird bei Bedarf rechtliche und therapeutische Expertise herangezogen. Auf diese Weise kann gezielt bei unterschiedlichen Problemstellungen (u.a. häusliche Gewalt, Trennung, Scheidung) unterstützt werden. Zudem bietet das Projekt Inhalte zur interkulturellen Vermittlung zwischen arabischer Klientel und Regeldiensten.

Das Projekt verfolgt die folgenden Ziele: Stärkung des Selbstbewusstseins und Erhöhung der gesellschaftlichen Teilhabe arabischer Frauen in Berlin. Dies wird durch die Vermittlung von Sprachkenntnissen und den Austausch untereinander erreicht. Weiterhin führen gezielte Beratungen und Informationen über hiesige gesellschaftliche Strukturen, bürokratische Abläufe und die Rechtslage zur Zielerreichung. Ein weiteres Ziel ist die Erhöhung der interkulturellen Kompetenz von Mitarbeitenden der Regeldienste. Dies wird durch Zusammenarbeit im Einzelfall und durch externe Fachberatung erreicht.

Ein Projekterfolg besteht besonders darin, wenn begleitete Frauen nach einer Zeit keine Unterstützung mehr benötigen. Mit Hilfe der Unterstützung sind sie zu selbstbewussten Frauen geworden, die ihren Kindern starke Mütter und Vorbilder sein können.

Zielgruppen

Frauen aus arabischsprachigen Ländern.

Förderung

2014/2015: 57.418 € pro Jahr 2016/2017: 57.418 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. Holsteinische Straße 30, 12161 Berlin T 030 - 85 995 11 2, E-Mail: mail@nbhs.de www.nbhs.de Ansprechpartnerin: Hannah Drexel

OROMO HORN VON AFRIKA ZENTRUM E.V. – DEUTSCH-AFRIKANISCHE BEGEGNUNGSSTÄTTE

Projekt: Weiterentwicklung einer herkunftslandübergreifenden Kooperation

Träger- und Projektbeschreibung

Die Aufgaben und Ziele des Vereins sind:

- Förderung der kulturellen Identität und Integration von ethnischen Gruppen, insbesondere solcher aus der Region vom Horn von Afrika,
- Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen.
- Leistung und Vermittlung von Hilfe für Flüchtlinge und notleidende Migrantinnen und Migranten,
- Förderung der Hilfe für Migrantinnen und Migranten und deren Integration,
- Hilfe zur Selbsthilfe,
- Förderung der Völkerverständigung.

Im Rahmen des Projekts "Weiterentwicklung einer herkunftslandübergreifenden Kooperation" werden Beratungen für Migrantinnen und Migranten sowie geflüchtete Personen angeboten. Jährlich werden mehrere hundert Beratungen durchgeführt. Die kontinuierliche Begleitung von Einzelpersonen steht dabei im Fokus des Projekts. Beratungen zu den Themen Flucht und Asyl werden schwerpunktmäßig für Personen vom afrikanischen Kontinent angeboten. Geflüchtete werden weiterhin zu Behörden begleitet, bei Antragstellungen unterstützt und in Integrations- und Sprachkurse vermittelt. Ein individueller Ansatz ist dabei allein aufgrund der unterschiedlichen Bildungsabschlüsse wichtig.

Seminare zur Selbsthilfe unterstützen Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten unterschiedlichen Lebenssituationen. Das Projekt realisiert außerdem Bildungs-Beratungsangebote für Personen aus allen Communities zu den Themen Asylund Recht Aufenthaltsrecht, Arbeitserlaubnisrecht, auf Bildung sowie Bleiberecht. Projektmaßnahme ist die Unterstützung von geflüchteten Personen bei der Wahrnehmung ihrer Interessen in Berliner Flüchtlingsunterkünften. Weiterhin werden Bewerbungstrainings für Jugendliche angeboten, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern. Auch die Anerkennung, Nutzung und Gewinnung von notwendigen Qualifikationen für Geflüchtete ist Gegenstand des Projekts. Ein wesentliches Instrument zur Verbreitung der Projektinhalte ist die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, u.a. durch die Verbreitung von Flyern und Infomaterialien zur Erstberatung von Geflüchteten, zu Fragen des Asyl- und Aufenthaltsrecht und zu Sozial- und Gesundheitsfragen.

Zielgruppen

Asylbewerberinnen und -bewerber und Personen mit Bleiberecht, Vertreterinnen und Vertreter der Flüchtlings- und Migranten-Communities in Berlin, besonders Geflüchtete aus Syrien und dem Kosovo sowie Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten vom Horn von Afrika und anderen afrikanischen Herkunftsländern.

Förderung

2014/2015: 50.000 € pro Jahr 2016/2017: 80.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Oromo Horn von Afrika Zentrum e.V. - Deutsch-Afrikanische Begegnungsstätte Prinzenallee 81, 13357 Berlin T 030 – 49 41 036, E-Mail: oromocenter@oromo-deutsch.de www.oromo-deutsch.de Ansprechpartnerin: Aster Gemeda

POLNISCHER SCHULVEREIN "OŚWIATA" IN BERLIN E.V.

Projekt: Coaching und Nachhilfe sofort - Programm für jugendliche Neuberlinerinnen aus Polen im Alter von 12-16

Träger- und Projektbeschreibung

Das Hauptanliegen des Polnischen Schulvereins "Owiata" besteht im Unterrichten der polnischen Sprache von Kindern und Jugendlichen in Berlin. Durch den Unterricht der polnischen Sprache sowie zahlreiche Bildungs- und Kulturveranstaltungen pflegt der Verein die Kultur und die Traditionen des Herkunftslandes.



Das Projekt "Coaching und Nachhilfe sofort – Programm für Jugendliche NeuberlinerInnen aus Polen im Alter von 12-16" ist eine Fortsetzung des gleichnamigen Projekts aus dem Jahr 2014.

Ziel ist es, die Integration der jugendlichen Neuankömmlinge zu unterstützen und zu verhindern, dass sie aufgrund ihrer geringen oder (noch) nicht vorhandenen Deutschkenntnisse aus dem Schulsystem fallen. Das Angebot richtet sich besonders an

potenzielle Schulabbrecher mit Integrationsschwierigkeiten und Schülerinnen und Schüler mit geringem familiären Unterstützungspotential, deren Schulabschluss gefährdet ist. Die wesentlichen Ziele unseres Projekts sind die Verbesserung der schulischen Leistungen und Förderung der Motivation für regelmäßigen Schulbesuch, um den Jugendlichen zu einem qualifizierten Schulabschluss zu verhelfen. Allgemeines Ziel ist die Erhöhung der Lebensgestaltungskompetenz der Schülerinnen und Schüler.

Um diese Ziele zu erreichen wurde der persönlichen Förderbedarf der Jugendlichen über individuelle Gespräche und Einstufungstests ermittelt und durch monatliches Feedback kontinuierlich den Bedürfnissen der Teilnehmer angepasst. Das Coaching fand zweimal wöchentlich statt. Dienstags und donnerstags je zwei Stunden wurden die Jugendlichen in Deutsch, Mathematik, naturwissenschaftlichen Fächern und Englisch unterrichtet. Die Schüler machten rasche Fortschritte, da sie durch gezieltes Fördern das spezifische Fachvokabular schnell erlernen und damit auf ihr bereits vorhandenes Wissen zugreifen konnten. Dies verkürzte den Verbleib in den Förderklassen und erleichterte die Aufnahme in die Regelklassen. Die Lernerfolge stärkten das Selbstwertgefühl, die Schüler integrierten sich schneller in die Klassengemeinschaft. Perspektivisch wurde ein erfolgreicher Schulabschluss gefördert und die Ausbildungschancen verbessert.

Zielgruppen

Polnische potenzielle Schulabbrecher mit Integrationsschwierigkeiten und Schülerinnen und Schüler mit geringen familiären Unterstützungspotential, deren Schulabschluss gefährdet ist.

Förderung

2014/2015: 7.156 € pro Jahr 2016/2017: 12.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Polnischer Schulverein "Oświata" in Berln e.V. Lichtenrader Str. 42, 12049 Berlin

Tel.: 017698272644, E-Mail: oswiataberlin@web.de

Ansprechpartnerin: Barbara Rejak

POLNISCHER SOZIALRAT E.V.

Projekt: Interkulturelle Anlauf- und Beratungsstelle für MigrantInnen

Träger- und Projektbeschreibung

Der Polnische Sozialrat existiert in Berlin seit 1982 und ist ein gemeinnütziger Verein, der die Interessen der Migrantinnen und Migranten aus Polen vertritt. Der gegenwärtige Schwerpunkt der Arbeit des Vereins ist die breit gefächerte Beratung in Sozial- und Rechtsfragen für hilfsbedürftige Migrantinnen und Migranten, aber auch das Sammeln von Informationen über den Zustand der Migrationsproblematik in Deutschland. Der Polnische Sozialrat führt jährlich ca. 5.000 Beratungen durch. Der Verein nimmt damit eine Brückenfunktion zwischen Hilfebedürftigen und Aufnahmegesellschaft, hiesiger Politik, Wissenschaft und Medien ein.



Der Polnische Sozialrat hat das Projekt "Interkulturelle Anlauf- und Beratungsstelle für MigrantInnen" ins Lebens gerufen. Das Projekt verfolgt das Ziel, die gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten zu verbessern und die politische Partizipation durch Aufklärung, Beratung und Bildung zu stärken. Dafür werden bedarfsorientierte Seminare, Workshops, moderierte Gruppentreffen und Schulungen angeboten. Gleichzeitig nutzt der

Verein das gewonnene Wissen über die Situation von Neuzuwanderern in Deutschland dazu, die breite Öffentlichkeit zu sensibilisieren und dadurch die Entwicklung von Konzepten zur Integration zu fördern. Die Hauptzielgruppe bilden EU-Zuwandererinnen und -zuwanderer, die überwiegend aus Polen stammen.

Die Projektmitarbeitenden setzen sich für die Zielgruppen auch in Krisenzeiten ein. Hierfür werden psychologische Beratungen angeboten. Ebenso unterstützt das Projekt bei Rechtsfragen und bietet entsprechende Beratungen an. Integration erfolgt auch über Sprache. Deshalb werden innerhalb des Projekts Deutschkurse realisiert.

Zielgruppen

EU-Zuwandererinnen und -zuwanderer, die überwiegend aus Polen stammen.

Förderung

2014/2015: 35.000 € pro Jahr 2016/2017: 40.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Polnischer Sozialrat e.V. Oranienstr. 34, 10999 Berlin T 030 – 61 517 17, E-Mail: polskarada@polskarada.de www.polskarada.de

Ansprechpartnerin und Ansprechpartner: Marta Neüff und Pawel Glapinski

REISTROMMEL E.V.

Projekt: Gleiche Augenhöhe

Träger- und Projektbeschreibung

Projekt beschäftigt sich der Erleichterung von Orientierung in der Altenhilfe, Verbesserung der Zugänge zu Regeldiensten und öffentlichen Einrichtungen der Altenhilfe sowie Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Zielgruppe des Projekts sind ältere und alternde Migrantinnen und Migranten mit vietnamesischem Migrationshintergrund sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen der Altenhilfe.



Leitziel dieses Projekts ist die Stärkung der Selbsthilfe von älteren vietnamesischen Migrantinnen und Migranten. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden Informationen entsprechend der kulturellen Bedürfnisse zusammengestellt und verbreitet. Weiterhin werden Ratsuchende an entsprechende Fachdienste weitergeleitet sowie erste Kontaktaufnahmen begleitet und unterstützt. Durch Einrichtung einer muttersprachlich begleiteten Beratung in den Pflegestützpunkten Marzahn und Lichtenberg werden individuelle Zugangschancen durch Informationen sowie Beratung und Aufklärung innerhalb dieser Sprechstunde erhöht. Weiterhin werden Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Form von Gruppenveranstaltungen, Gesprächskreisen und Informationsveranstaltungen geschult, um Informationen und Erfahrungen in die vietnamesische Gruppe zu transferieren.

Die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können mit dem erworbenen Wissen Informationsveranstaltungen für die vietnamesische Community zu diversen relevanten Themen rund ums Altern durchführen. Zudem werden Besuchsdienste zu erkrankten Vietnamesen und Vietnamesinnen und deren Familien organisiert und durchgeführt. Das Königin-Elisabeth-Krankenhaus hat einen Schwerpunkt auf die Belange der vietnamesischen Community gelegt. Dadurch konnten u.a. Fachdienste zu verschiedenen Themen implementiert werden.

Zielgruppe

Ältere und alternde Migrantinnen und Migranten mit vietnamesischem Migrationshintergrund sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen der Altenhilfe.

Förderung

2014/2015: 30.000 € pro Jahr 2016/2017: 55.800 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Reistrommel e.V.

Coswiger Straße 5, 12681 Berlin

T 030 – 21 75 85 48/49, E-Mail: info@reistrommel-ev.de

www.reistrommel-ev.de

Ansprechpartnerin: Tamara Hentschel

STROHHALM E.V.

Projekt: HEROES - Gegen Unterdrückung im Namen der Ehre. Für Gleichberechtigung

Träger- und Projektbeschreibung

Heroes ist ein Präventionsprojekt, das sich mit seinem Kernthema "Gegen Unterdrückung im Namen der Ehre" gegen grundlegende Aspekte von Gewalt richtet. Dabei konzentriert sich das Projekt auf einige Risikofaktoren. Die Riskofaktoren, gegen die Heroes wirkt, sind Gewalt in der Familie, auf Angst basierender Respekt gegenüber älteren und/oder männlichen Personen, Kontrolle und damit verbunden die Unterdrückung von (vor allem weiblicher) Sexualität sowie überzogene Geschlechterrollen. Diese Risikofaktoren begünstigen die Entwicklungen undemokratischer Haltungen, Gewaltbereitschaft und radikaler Positionen. Im Fokus der Arbeit mit jungen Migranten steht die Problematisierung der Männerrolle im Kontext der Ehrenunterdrückung von Mädchen und Frauen.

Nachhaltigkeit erreicht das Projekt durch eine langfristige und aktive Einbindung der jugendlichen Akteurinnen und Akteure. Diese nehmen an Peer-Workshops und anderen Projektformaten teil. Die Einbeziehung erwachsender Multiplikatorinnen und Multiplikatoren trägt zur allgemeinen Sensibilisierung für die Projektinhalte bei. Darüber hinaus tragen diese zu einem immer größer werdenden institutionellen Unterstützungsrahmen für die Auseinandersetzung Jugendlicher mit den genannten Themen bei.

Zielgruppe

Speziell männliche aber auch allgemein alle jungen und erwachsenen Migrantinnen und Migranten.

Förderung

2014/2015: 100.000 € pro Jahr 2016/2017: 100.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Strohhalm e.V.
Luckauer Str. 2
10969 Berlin
T 030 - 61 418 29, E-Mail: info@strohhalm-ev.de
www.strohhalm-ev.de
Ansprechpartnerin: Martina Krägeloh
E-Mail: info@heroes-net.de
www.heroes-net.de

SÜDOST EUROPA KULTUR E.V.

Projekt: Bildungs-, Beschäftigungs- und Kompetenzzentrum für Flüchtlinge und MigrantInnen aus Südosteuropa

Träger- und Projektbeschreibung

Europa Kultur e.V. verbindet psychosoziale Arbeit, kulturelle Aktivitäten und gesellschaftliches Engagement zu Gesamtkonzept. Der Verein steht für Integration durch Beratung, Betreuung, Bildung Beschäftigung und setzt sich für die Förderung Völkerverständigung, Frieden Demokratie ein. Die Vereinsarbeit wendet sich dabei explizit gegen Nationalismus, Rassismus und Diskriminierung jeglicher Art.



Das Projekt "Bildungs-, Beschäftigungs- und Kompetenzzentrum für Flüchtlinge und MigrantInnen aus Südosteuropa" richtet sich an folgende Zielgruppen:

- traumatisierte Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten aus Ex-Jugoslawien (mehrheitlich muslimische Bosnierinnen und Bosnier, Roma und Kosovo-Albanerinnen und -Albaner),
- Berlinerinnen und Berliner mit und ohne Migrationshintergrund, für die der Verein ein wichtiger Ort geworden ist, sich mit Menschen unterschiedlicher kultureller und nationaler Herkunft auszutauschen.
- Regeldienste, die bezüglich der Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten aus Südosteuropa sensibilisiert und weitergebildet werden sollen.

Das Ziel des Projekts ist die verbesserte Partizipation von Migrantinnen und Migranten an Bildung und Beschäftigung sowie deren verlässliche Unterstützung bei der Alltagsbewältigung. Dabei werden vielfältige Aktivitäten koordiniert und entwickelt, durch welche die zweitgrößte Zuwanderergruppe in Berlin, die der Ex-Jugoslawen, sowie die stetig wachsende Gruppe der Zuwandererinnen und Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien – insbesondere Roma – repräsentiert werden. Die Angebote werden den Bedürfnissen, sowohl der Zielgruppen als auch der Gesellschaft fortlaufend angepasst. Interkulturelle Begegnungen und kultureller Austausch finden durch eine Vielzahl an Veranstaltungen statt. Diese werden in den Räumen des Vereins, im interkulturellen Garten Rosenduft als auch an anderen Orten durchgeführt.

Zielgruppe

Traumatisierte Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten aus Ex-Jugoslawien, Berlinerinnen und Berliner mit und ohne Migrationshintergrund sowie Regeldienste.

Förderung

2014/2015: 100.000 € pro Jahr 2016/2017: 100.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

südost Europa Kultur e.V. Großbeerenstr. 88, 10963 Berlin

T 030 - 25 377 99 0, E-Mail: info@suedost-ev.de

www.suedost-ev.de

Ansprechpartner: Michael Kraft

TBB - TÜRKISCHER BUND IN BERLIN-BRANDENBURG E.V.

Projekt: KoPa - Berliner Zentrum für Kooperation und Partizipation

Träger- und Projektbeschreibung

KoPa ist das "Berliner Zentrum für Kooperation und Partizipation" des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg e.V. (TBB). KoPa umfasst individuelle Beratung und Qualifizierung. Organisations(entwicklungs)beratung sowie Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin. Zu den Menschen mit herkunftsübergreifender Zielgruppen gehören Zuwanderungsgeschichte in Berlin, Migrantenorganisationen und ihre ehrenamtlichen und hauptamtlichen Vertreterinnen und Vertreter, Akteure von partizipationsrelevanten Organisationen der Zivilgesellschaft und Behörden. Das Projekt verfolgt die folgenden Ziele:

- Menschen mit Zuwanderungsgeschichte können an der Stadtgesellschaft gleichberechtigt teilnehmen. Die dafür notwendige Orientierung durch Beratung ist gewährleistet,
- Menschen mit Zuwanderungsgeschichte engagieren sich ehrenamtlich im kommunalen Kontext. Das bürgerschaftliche Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erfährt dieselbe Anerkennung wie die bekannten Formen bürgerschaftlichen Engagements,
- Berliner Migrantenorganisationen und ihre ehrenamtlichen und hauptamtlichen Vertreterinnen und Vertreter kennen ihre Möglichkeiten an kommunalen Entscheidungsprozessen zu partizipieren und setzen aus eigener Initiative Maßnahmen und Projekte um,
- auf Seiten der Institutionen der Mehrheitsgesellschaft und auf Seiten der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wächst die Bereitschaft mehr Partizipation herzustellen und ein Bewusstsein für den jeweils notwendigen eigenen Beitrag hierfür zu schaffen.

Der TBB hat sich durch seine langjährige Beratungspraxis in der Öffentlichkeit und insbesondere in migrantischen Communities ein hohes Maß an Vertrauen und Bekanntheit erarbeitet. Parallel dazu konnte die Zusammenarbeit mit Einrichtungen des Senats, insbesondere mit der Berliner Ausländerbehörde im zurückliegenden Jahr deutlich ausgebaut und intensiviert werden. Dieses findet nicht zuletzt Ausdruck in der Etablierung einer offenen und kostenlosen Beratungszeit des TBB in der ABH. Die Themen Teilhabe(-gerechtigkeit) und Interkulturelle Öffnung der Verwaltungsstrukturen werden regelmäßig in unterschiedliche Gremien hineingetragen.

Zielgruppe

Menschen mit herkunftsübergreifender Zuwanderungsgeschichte in Berlin, Migrantenorganisationen (herkunftsübergreifend) und ihre ehrenamtlichen und hauptamtlichen Vertreterinnen und Vertreter, Akteurinnen und Akteure von partizipationsrelevanten Organisationen der Zivilgesellschaft und Behörden.

Förderung

2014/2015: 100.000 € pro Jahr 2016/2017: 100.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V. (TBB) Oranienstraße 53, 10969 Berlin T 030 – 62 326 24, E-Mail: info@tbb-berlin.de www.tbb-berlin.de

Ansprechpartner: Fuat Şengül

TGB - TÜRKISCHE GEMEINDE ZU BERLIN E.V.

Projekt: Kompetenzstärkung von Migranten in juristischen & bürokratischen Angelegenheiten und Pflege von Netzwerkstrukturen der Migrantenvereine

Träger- und Projektbeschreibung

Die Türkische Gemeinde zu Berlin (TGB) wurde 1983 als Dachverband türkischer Vereine gegründet und umfasst 76 Mitgliedsvereinen. Diese repräsentieren rund 100.000 türkische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die Türkische Gemeinde zu Berlin ist eine Begegnungsstelle der verschiedenen Kulturen. Die TGB wird oft von Studenten und Schülern aus dem In- und Ausland besucht. Anfang der Oktoberwoche



besuchte uns eine große Anzahl US-Journalisten mit einem Dolmetscher. Bei ihrem Besuch fand der Austausch in der Gemeinde statt.

Die TGB berät Migrantinnen und Migranten in unterschiedlichen Belangen. Beraterinnen und Berater helfen den Bürgern beim Ausfüllen von Anträgen für das Job-Center, beim Rentenantrag und beim Antrag für Krankenkassen. Sie erfassen Schriftsätze (Kündigungen, Widersprüche, Stellungnahmen) und führen Telefonate im Auftrag der Bürger (bei Problemen mit dem Vermieter, Stromversorger, Telefonanbieter, etc). Freitags findet in der Zeit von 14.00 – 16.00 Uhr zusätzlich eine Beratung in Sachen Steuerrecht statt. Die Beratungen werden täglich von durchschnittlich 75 Migranten mit überwiegend türkischem Migrationshintergrund besucht. Zu den Rechtsberatungen kommen im Durchschnitt 15 Personen, 50% Migranten 50% Migrantinnen.

Monatlich findet ein Diskussionsabend statt, indem das politische und soziale Wirken der Migranten erörtert wird. In den Abenden werden die Rechte und Pflichten von Empfängern von Transferleistungen und Rentenansprüche besprochen. Ferner informiert die TGB die Bürger über das Wahlrecht. Der Abend wird von 50-60 Personen besucht, überwiegend ältere Migranten (35% Frauen 65% Männer). Veranstaltungen zum Thema Bildung, politische Partizipation, Diskriminierung wegen Religionszugehörigkeit, etc wurden im Türkischen Haus an der Urania abgehalten.

Zielgruppen

Migrantinnen und Migrante und Migrantenorganisationen.

Förderung

2014/2015: 41.730 € pro Jahr 2016/2017: 42.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Türkische Gemeinde zu Berlin e.V. Skalitzer Straße 134, 10997 Berlin

T 030 61 559 67, E-Mail: info@tgb-berlin.de

www.tgb-berlin.de

Ansprechpartner: Yüksel Aslan

TUD E.V - TÜRKISCHE UMWELTINITIATIVE IN DEUTSCHLAND E.V.

Projekt: Umwelt und Migration kennen keine Grenzen - Es kommt immer auf den richtigen Umgang an

Träger- und Projektbeschreibung

Das Projekt "Umwelt und Migration kennen keine Grenzen - Es kommt immer auf den richtigen Umgang an" hat als Zielgruppe insbesondere zurückgezogen lebende muslimische Frauen mit Migrationshintergrund. Das Projekt soll durch umweltfamilienbezogenen Themen sozialen Zusammenhalt und die aktive Partizipation am gesellschaftlichen Leben fördern und zu einem Abbau Integrationshemmnissen insbesondere im sozialen Bereich beitragen. Dabei verfolgt das Projekt die übergeordneten Ziele:



- Förderung der interkulturellen Öffnung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Abbau von Diskriminierung im Alltag und damit eine Verbesserung der Chancengleichheit,
- gegenseitige Anerkennung und Respekt von kulturellen Unterschieden als Bereicherung der soziokulturellen Identität,
- Hilfe zur Selbsthilfe.

Für die Zielerreichung wurden Befragungen durchgeführt, ausgewertet und ergebnisbasierende Maßnahmen und Aktionen entwickelt und realisiert. Die Ansprache der Migrantinnen für die Zielerreichung wurde über Migrantenorganisationen und lokale Akteure erreicht. Aufgrund der zurückgezogenen Lebensweise einiger Migrantinnen ist die direkte Ansprache dieser Zielgruppe schwer. Doch durch kontinuierliche die zielgruppenspezifische Ansprache konnten die Migrantinnen zur Mitwirkung motiviert werden. Sie nahmen an den geplanten Maßnahmen und Aktionen zahlreich und mit Freude teil. Die Moschee-Gemeinschaften spielten dabei eine wesentliche Rolle. Die Zusammenarbeit der TUD mit den Migrantenorganisationen und Kooperationspartnern erwies sich als sehr wirksam. Während dieser Arbeit zeigte sich, dass durch derartige Projekte Migrantinnen motiviert werden können am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Zielgruppe

Muslimische Frauen mit Migrationshintergrund.

Förderung

2014/2015: 20.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

TUD - Türkische Umweltinitiative in Deutschland e.V.

Hagenring 30, 38106 Braunschweig

T 0531 - 39 159 60 und 030 - 56 822 75 3, E-Mail: m.bahadir@tu-bs.de, aslansport@aol.com

www.oekochemie.tu-bs.de/TUD3a.htm

Ansprechpartnerin: Ilknur Gümüs

Ansprechpartner: Prof. Dr. mult. Dr. h.c. Müfit Bahadir und S. Aslan

TÜRKISCHER ELTERNVEREIN IN BERLIN-BRANDENBURG E.V.

Projekt: Veli Aktif - Türkische Eltern gehen in die Schule/ Beratungs- und Kommunikationszentrum

Träger- und Projektbeschreibung

Der Türkische Elternverein in Berlin und Brandenburg e.V. engagiert sich seit knapp 30 Jahren, um durch seine vielfältigen Aktivitäten und Angebote zur Lösung der Erziehungsund Bildungsprobleme der Kinder türkischer Herkunft beizutragen. Die Zahl der



jungen Menschen mit Migrationshintergrund wächst stetig. Dies stellt wachsende Anforderungen an die Bildungspolitik und an die unterschiedlichen gesellschaftlichen Institutionen, insbesondere im Erziehungs- und Bildungsbereich. Die andauernde Migration macht das Ziel "Integration durch Bildung" dringlicher und aktueller denn je. Für Migrantenorganisationen und Elternschaft, die im Bildungsbereich mitwirken, gibt es keine institutionellen Anlaufstellen bzw. Strukturen, die wertvolle ehrenamtliche Elternarbeit professionalisieren und verstetigen. Hier setzt das Projekt "Veli-Aktif" an.

Das Projekt bietet berlinweit interkulturelle Bildungsberatung und Informationsveranstaltungen für die Zielgruppen Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Pädagoginnen und Pädagogen sowie alle im Bildungs- und Erziehungsbereich Tätigen an. Das Projekt nutzt Eltern als eine bedeutende Ressource für Schulen. Ziel des Projekts ist es, eine stärkere Präsenz von Eltern mit Migrationshintergrund in der Schule herzustellen und damit ein gemeinsames Verständnis über individuelle Lernprozess zu erhalten. Die Beratungsangebote und Elternveranstaltungen erhöhen die Bildungskompetenz der Eltern und verbessern somit die Chancen und Perspektiven der Kinder auf schulische Erfolge. Weiterhin werden Nachhilfe und Förderkurse angeboten. Trotz knapper personeller Ausstattung des Projektes ist die Einbindung zahlreicher Eltern mit Migrationshintergrund gut gelungen. Künftig strebt der Türkische Elternverein an, mit mehr Personal berlinweit weitere Eltern aktivieren zu können.

Zielgruppen

Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Akteure aus den Bereichen Bildung und Erziehung.

Förderung

2014/2015: 80.000 € pro Jahr 2016/2017: 80.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Türkischer Elternverein in Berlin - Brandenburg e.V. Oranienstr. 34, 10999 Berlin T 030 - 614 32 99, E-Mail: info@tevbb.de www.tevbb.de

Ansprechpartner: Turgut Hüner

VERBAND FÜR INTERKULTURELLE ARBEIT REGIONALVERBAND BERLIN / BRANDENBURG E.V.

Projekt: Servicestelle Interkulturelle Projektarbeit und Empowerment von Migrant*innenorganisationen

Träger- und Projektbeschreibung

Der Verband für interkulturelle Arbeit (VIA), Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V. versteht sich als Dachverband, Netzwerk und Projektträger einer auf das Miteinander von Menschen verschiedener ethnischer und nationaler Herkunft ausgerichteten Arbeit.

Das Projekt befasst sich mit dem Empowerment von Migranten(selbst)organisationen (MSO) durch Qualifizierung und Coaching. Im Fokus steht zudem die Vernetzung und Projektentwicklung vor allem im regionalen Wirkungskontext von MSO untereinander sowie Fachdiensten und Fachverwaltungen der Integrationsarbeit. Außerdem wurden im Rahmen des Projekts Veranstaltungen in partizipationspolitischen und interkulturellen Themenfeldern organisiert.

Im Rahmen des Projekts wurde eine Management-Servicestelle für MSO und in Gründung begriffene Organisationen und Initiativen aus migrantischen Communities etabliert. Die Beratung erfolgte insbesondere zu den Themen: Vereinsmanagement, Projektmanagement, Finanz- und Personalbuchhaltung. Übergeordnete Projektziele sind:

- Professionalisierung und Empowerment von MSO durch Beratung, Information und Qualifizierung, mithilfe von individueller und Gruppenberatung, Einzelcoachings für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Vorständen mehrerer MSO, Organisation verschiedene Qualifizierungsangebote,
- Auf- und Ausbau von regionalen und themenspezifischen Netzwerken der Integrationsarbeit unter wesentlicher Einbeziehung von MSO und Initiierung von Multiplikatorenrunden von Fachexpertinnen und-experten aus Verwaltungen und MS,
- Stärkung der politischen Partizipation von MSO in bezirklichen und berlinweiten Fachgremien und Beiräten der Integrationspolitik,
- Coaching und Begleitung von spezifischen Netzwerken und Kooperationsprojekten von MSO.

Die im Rahmen von Fachtagen generierten Arbeitsergebnisse werden zusammengetragen, dokumentiert und veröffentlicht. Außerdem erfolgt eine spezifische Weiterentwicklung der Fachnetzwerke im Zusammenwirken mit kontinuierlich fortgesetzter Qualifizierung der MSO. Auch die Kooperationen mit bezirklichen Verwaltungen sowie die Plattform "Kein Wir ohne uns" wurden fortgeführt. Ein weiterer Erfolg des Projekts ist der VIA-Atlas als Karte der Partizipationsarbeit im Land Berlin unter: http://www.kiezatlas.de/browse/via-atlas. Kooperation bestehen mit mehreren MSO und migrantischen Dachverbänden im Rahmen der Fachnetzwerke sowie mit Fachverwaltungen. Darüber hinaus besteht eine Kooperation und Vernetzung im Rahmen des VIA Regional als Dachverband (u.a. 25 MSO).

Der Verband erhält seit 2016 mit dem über den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) geförderten Projekts "Interkulturelles Kompetenzzentrum für Migrant*innenorganisationen in Berlin" eine Kofinanzierung durch das Partizipations- und Integrationsprogramm. Das Projekt wird in Kooperation mit dem Club Dialog e.V. und dem Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg e.V. durchgeführt.

Zielgruppen

Migranten(selbst)organisationen in Berlin.

Förderung

2014/2015: 97.087,50 € pro Jahr 2016/2017: 97.325,06 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Verband für interkulturelle Arbeit (VIA) Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.

Petersburger Str. 92, 10247 Berlin

T 030 - 29 007 15 5, E-Mail: info@via-in-berlin.de

www.via-in-berlin.de

Ansprechpartner: Holger Förster

VEREINIGUNG DER VIETNAMESEN IN BERLIN UND BRANDENBURG E.V.

Projekt: Förderung der Integration und Partizipation der vietnamesischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Berlin

Träger- und Projektbeschreibung

Die Vereinigung der Vietnamesen in Berlin und Brandenburg e.V. wurde 1992 gegründet. Im Rahmen des Projekts "Förderung der Integration und Partizipation der vietnamesischen Mitbürger in Berlin" werden Vietnamesinnen und Vietnamesen beraten und begleitet. Zielgruppe des Projekts sind insbesondere Senioren, alleinerziehende Frauen und Familien in schwierigen Situationen. Prinzipiell sollen die



Projektmaßnahmen Hilfestellung im Alltag bieten. Dies wird u.a. durch die Durchführung von Fachvorträgen, Informationsveranstaltungen und Qualifizierungsmaßnahmen realisiert. Die Qualifizierungsmaßnahmen beinhalten u.a. die Verbesserung der Sprachkenntnisse, Kommunikationstraining zum Umgang mit Behörden und Unternehmen und die Grundlagen des Rechtsystems und Landeskunde Deutschlands. Auch die Aktivierung vietnamesischer Mitbürgerinnen und Mitbürger für sportliche Aktivitäten ist Ansatzpunkt der Projektarbeit.

Im Rahmen des Projekts werden zudem Existenzgründerinnen und -gründer vietnamesischer Herkunft unterstützt. Existenzgründerseminare werden dabei in enger Kooperation mit deutschen Partnern angeboten. Der Verein setzt grundsätzlich auf enge Beziehungen zu Kooperationspartnern. So werden auch Kooperationsbeziehungen zu Partnern in Vietnam gepflegt.

Förderung

2014/2015: 32.050 € pro Jahr 2016/2017: 32.050 € pro Jahr

Zielgruppen

Vietnamesische Neuzugewanderte.

Träger und Kontakt

Vereinigung der Vietnamesen in Berlin und Brandenburg e. V. Sewanstr. 43, 10319 Berlin T 030 – 2390 8800, E-Mail: n.viet-berlin@gmx.de

www.casalatinoamericana.de Ansprechpartner: Tang Chu Tien

VEREIN IRANISCHER FLÜCHTLINGE E.V.

Projekt: Beratung und Betreuung in Berlin lebender Iraner und Afghanen

Träger- und Projektbeschreibung

Der Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V. ist eine Beratungs- und Betreuungsstelle für in Berlin lebende Iranerinnen, Iraner, Afghaninnen und Afghanen. Zur Zielgruppe gehören insbesondere die Neuankömmlinge dieser Zielgruppen.



Aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen in Afghanistan und im Iran in Folge von politischen Verfolgungen, sind viele der in Berlin Ankommenden psychisch stark belastet oder gar schwer traumatisiert. Damit beanspruchen sie eine sehr intensive und weitreichende Beratung und Betreuung. Dem Verein begegnen darüber hinaus viele Personen,

die den deutschen Behörden mit großer Skepsis und ohne Vertrauen gegenüberstehen. In den Herkunftsländern haben viele das Konzept von staatlichen Behörden nur in Verbindung mit Korruption und Klassifizierung erlebt. Aufgrund dieser prägenden Erlebnisse mangelt es häufig an dem Bewusstsein, sich mit den vorhandenen Behörden und Institutionen vertraut zu machen, sich einzubringen und mit anderen in Kontakt zu treten. Weitere Gründe für dieses Fernbleiben sind vorhandene Sprachbarrieren und eine nicht ausreichende Informationslage über persönliche Rechte und das deutsche Rechtssystem. Aus den genannten Gründen hat sich das Projekt die folgenden Ziele gesetzt:

- die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Strukturen, Institutionen, Pflichten und Werten in der Bundesrepublik vertraut zu machen,
- den Umgang mit Behörden und Institutionen zu trainieren,
- den Umgang der Eltern mit ihren Kindern, insbesondere Töchtern zu thematisieren und für dieses Thema zu sensibilisieren,
- die Eltern auf ihre Rolle als Eltern im Schulleben ihrer Kinder aufmerksam zu machen,
- die Rolle der Frau in meist traditionellen Familienverhältnissen zu hinterfragen und neu zu definieren, u.a. die Rechte der Frauen in der Familie zu betonen und diese aus der Isolation herausholen um sie in die Gesellschaft zu integrieren,
- zu einer besseren Verständigung zwischen den Zielgruppen des Projekts in Berlin beizutragen.

Förderung

2014/2015: 64.800 € pro Jahr 2016/2017: 73.200 € pro Jahr

Zielgruppen

Alle in Berlin lebende Iranerinnen und Iraner, Afghaninnen und Afghanen.

Träger und Kontakt

Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V.

Reuter Str. 52, 12047 Berlin

T 030 - 62 981 530 31, E-Mail: vereiniranischerfluechtlinge@gmx.de

www.iprberlin.com

Ansprechpartner: Hamid Nowzari

VEREIN TÜRKISCHER UNTERNEHMER UND HANDWERKER E.V.

Projekt: EXisMi= Netzwerk ethnischer Ökonomie einjährig

Träger- und Projektbeschreibung

TUH - Verein Türkischer Unternehmer und Handwerker e.V. Berlin wurde im November 2005 durch den Zusammenschluss von türkischstämmigen kleinen und mittleren Unternehmern und Handwerkern in Berlin gegründet. Der Verein hat seinen Sitz im Herzen von Neukölln zwischen dem Rollberg und der Flughafenstraße - zwei bekannten QM-Gebieten. Er bietet eine Vielzahl von Unterstützungsmöglichkeiten nicht nur für die Vereinsmitglieder an. Der Verein hat sich zum Ziel gestellt, das Miteinander der Kulturen in Berlin zu fördern und Migrantlnnen, insbesondere türkische Migranten, bei ihren Integrationsbemühungen aktiv zu unterstützen. Verschiedene Projekte bieten für fast alle Altersgruppen und verschiedene Interessengebiete Betätigungsmöglichkeiten um ihre Ziele zu erreichen. Beratungsangebote runden das Profil ab.

Ziel des Projektes "ExisMi – Netzwerk ethnischer Ökonomie" war es, gründungswillige Personen mit Migrationshintergrund aus unterschiedlichsten Kulturen u.a. in ihrer Muttersprache zu informieren, beraten, begleiten und zu coachen, damit sie als Existenzgründer_innen und Unternehmer_innen ihren Lebensunterhalt selbständig bestreiten können. Sie sollten u.a. in Workshops und "Gründertreffen" informiert werden, welche gesetzlichen Regelungen unumgänglich für eine nachhaltige Selbstständigkeit sind und damit auch die Wichtigkeit branchenspezifischer Regelungen anerkennen. Dies erfolgte durch Informations- und Aufklärungsarbeit (Voraussetzungen der Gründung, Fördermöglichkeiten, Marktchancen etc.), durch Aufzeigen von speziell benötigtem Fachwissen (bspw. kaufmännisch und buchhalterisch), der Stärkung der Gründerpersönlichkeit (bspw. Selbstmarketing, Verkaufstechniken) und durch Erweiterung von Deutschkenntnissen (bspw. Befähigung zum Ausfüllen von Anträgen, Verstehen der Sprache in behördlichem Briefverkehr etc.). Das Projekt stand allen gründungsinteressierten Personen aus Berlin offen. Die Anlaufpunkte für eine Orientierungsberatung waren zentral in den Bezirken Neukölln und Kreuzberg eingerichtet.

Zielgruppe

Existensgründerinnen und -gründer mit Migrationshintergrund.

Förderung

2014: 30.000 € pro Jahr

Träger und Kontakt

Türkische Unternehmer und Handwerker e.V. Berlin

Adresse: Rollbergstr. 70, 12053 Berlin

T 030 62 72 12 31, E-Mail: info@tuh-berlin.de

www.tuh-berlin.de/

Ansprechpartner: Hüseyin Yılmaz (Vorstandsvorsitzender)

Literaturverzeichnis

Beer, I. (2013). Abschlussbericht zum Qualitätsdialog. Ausgangssituation. Ergebnisse. Empfehlungen. Berlin: Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, Abteilung III.

Die Bundesregierung. (2008). Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege - Neue Chancen. Berlin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Foroutan, N. (2014). Beyond Integration? Postmigrantische Perspektiven in Deutschland. Dokumentation der Tagung "Migrations- und Integrationspolitik heute" (S. 35-46). Berlin: Rat für Migration e.V.

Förster, H. (2012). Neuausrichtung der Integrationsförderung des Berliner Senats mit Projekten und Trägern der Integrationsarbeit. Abgerufen am 14.03.2016 von via-in-berlin.de: http://www.via-in-berlin.de/wp-content/uploads/2013/02/VIA-MV-2012-Ref-F%C3%B6rster-Qualidialog.pdf

Gesemann, F., Aumüller, J., & Roth, R. (2011). Abschlussbericht zur Evaluation der Berliner Förderung von Integrationsprojekten. Auswertung und Evaluation der Vergabe von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration. Berlin: DESI.

Gesemann, F., Roth, R., & Aumüller, J. (2012). Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Studie erstelle für Bundesministerium für Verkehr, Bau und Entwicklung und Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Berlin: Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI).

Kahlefeld, S. (18. Januar 2016). Meine Rede zum Partizipations- und Integrationsprogramm des Doppelhaushalts 2016/17. Abgerufen am 18. März 2016 von http://susanna-kahlefeld.de: http://susanna-kahlefeld.de/nt/article/meine-rede-zum-partizipations-und-integrationsprogramm-des-doppelhaushaltes-201617.html

Migrationsrat Berlin-Brandenburg. (August 2013). Offener Brief Berliner Migrant*innenorganisationen. Kein Wir ohne Uns! Abgerufen am 18. März 2016 von http://www.migrationsrat.de: http://www.migrationsrat.de/index.php?option=com_content&view=article&id=255:offener-brief-berliner-migrantinnenorganisationen&catid=4:pressemitteilungen<emid=4

PartIntG. (2010). Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration in Berlin. Gesetz und Verordnungsblatt für Berlin vom 28. Dezember 2010.

Phineo AG, Institut für den öffentlichen Sektor e.V., KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. (2013). Wirkungsorientierte Steuerung in Non-Profit-Organisationen. Berlin: Phineo AG.

Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen. (2014). Integration und Migration - ein Wegweiser für Berlin. Berlin: Die Beauftragte des Senats für Integration und Migration.

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. (2007). Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken. Das Berliner Integrationskonzept. Berlin: Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration.

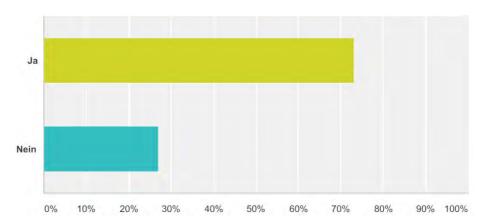
Sprengel, R. (2007). Bürgerschaftliches Engagement und Organisationsentwicklung der Verbände. Gutachten erstellt für den Arbeitskreis "Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat" der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

Windisch, R., Jebauer-Nirschl, L., Ebel, J., Diallo, R. (2010). Kapazitäten von Migrantenorganisationen aufbauen. Weiterbildungsveranstaltungen in Organisations- und Projektmanagement konzipieren. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Eschborn: Im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

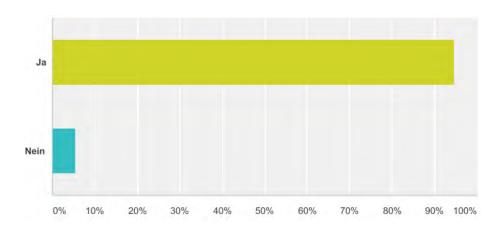
ANHANG

Anlage 1: Internetgestützte Umfrage

Erhalten Sie aktuell eine Förderung durch das Partizipations- und Integrationsprogramm für Ihr Projekt? (Beantwortet: 37 / Übersprungen: 1)

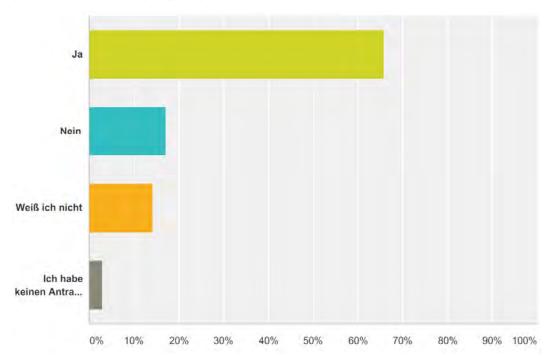


Haben Sie einen Antrag auf Förderung durch das Partizipations- und Integrationsprogramm für 2016/2017gestellt? (Beantwortet: 37 / Übersprungen: 1)



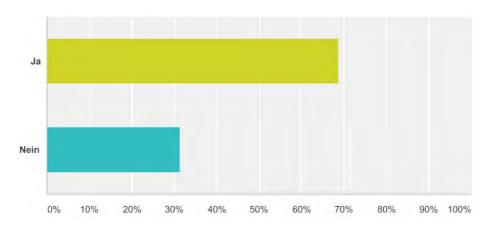
Werden Sie eine Förderung durch das Programm ab 2016 erhalten?

(Beantwortet: 35 / Übersprungen: 3)

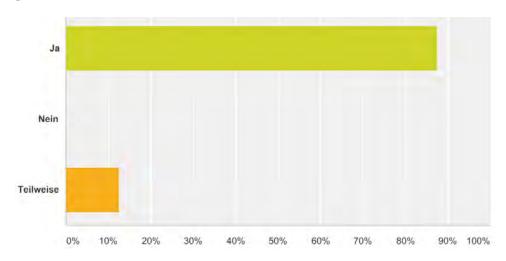


Wurde jemals eines Ihrer Projekte über das Programm gefördert?

(Beantwortet: 32 / Übersprungen: 6)



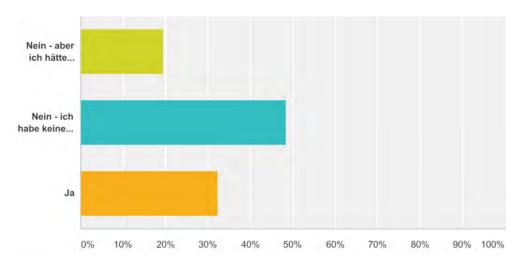
Sind Ihnen die Anforderungen des Fördermittelgebers an Ihr Projekt klar geworden? (Beantwortet: 32 / Übersprungen: 6)



Hatten oder haben Sie Unterstützung bei Fragen im Antragsprozess?

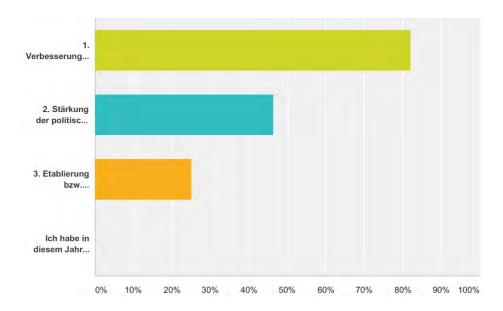
(Beantwortet: 31 / Übersprungen: 7)

Antwortoptionen: Nein - aber ich hätte welche benötigt / Nein - ich habe keine Unterstützung benötigt / Ja

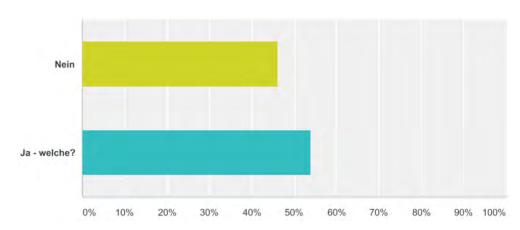


Das Partizipations- und Integrationsprogramm soll zur Erreichung von drei Zielen beitragen. Welches Ziel verfolgt Ihr Projekt? Bitte geben Sie hier die Ziele an, die Sie auch im Antrag angegeben haben - Mehrfachnennungen sind möglich (Beantwortet: 31 / Übersprungen: 7)

Antwortoptionen: 1. Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund / 2. Stärkung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund / 3. Etablierung bzw. Weiterentwicklung von herkunftsübergreifenden Kooperationen / Ich habe in diesem Jahr keinen Antrag gestellt



Wünschen Sie sich von der Senatsverwaltung mehr Angebote zur Vernetzung mit anderen Organisationen? (Beantwortet: 26 / Übersprungen: 12)



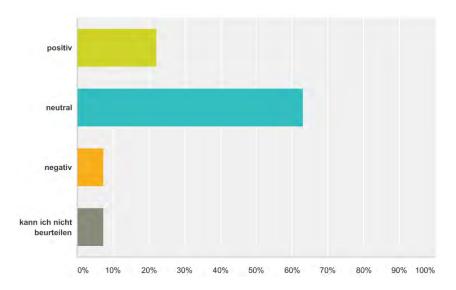
Nr.	Ja - welche?
1	Eine Excel-Tabelle mit allen MO berlinweit und deren Haupttätigkeitsfelder um Tandempartner gezielt suchen zu können und nicht dem Zufallsprinzip zu unterliegen, wen
	man gerade kennengelernt hat.
2	Formelle Netzwerkplattform für Dachverbände Mehr Aufträge an Dachverbände zur
	Stärkung der Vernetzung in Berlin
3	Zwei Mal jährliche Vernetzungskonferenzen für MO und weitere soziale Träger mit der
	Zielgruppe Menschen mit Zuwanderungsgeschichte
4	-
5	wir schätzen eher selbstorganisierte Vorgehensweisen und direkte Gespräche mit anderen
	Org.
6	intensiverer Erfahrungsaustausch untereinander
7	Organisation von Veranstaltungen, den auch die Projekte ohne Finanzierung durch IntMig teilnehmen.
8	Organisation von Treffen mit Organisationen, die keine Finanzierung durch IntMig erhalten.
9	Schaffung von räumlichen Zentren für Organisationen mit ähnlichen Interessen. Ausbau von
	alten bzw. stillgelegten Gewerbekomplexen für solche Netzwerke.
10	Unterstützung und Einrichtung regelmäßiger fachbezogener Netzwerke in
	integrationspolitischen Arbeitsfeldern unter Einbezug der entsprechenden Fachverwaltungen des Senats und der Bezirke
	i activet waitungen des senats und der bezirke
11	Vorschläge zur Kooperation zu konkreten Anlässen sind willkommen - keine
	Netzwerktreffen, bei denen nur diskutiert wird
12	Viele Vereine agieren derzeit im Bereich der Betreuung der vietnamesischen Bürger in Berlin.
	Ein Netzwerk dieser Vereine dient dem Erfahrungsaustausch und führt zur effizienten

Nr.	Ja - welche?
	Nutzung der vorhandenen Kapazitäten.
13	Kennenlernen Veranstaltungen.
14	Weitere Netzwerke für Flüchtlingsarbeit

Wie zufrieden waren Sie bisher mit der Begleitung Ihres Projekts seitens der Verwaltung hinsichtlich der folgenden Themen? (Beantwortet: 24 / Übersprungen: 14)

	sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	unzufrieden	Gesamt	Gewichteter Mittelwert
Projektbesuche	13,64%	36,36% 8	36,36% 8	13,64%	22	2,50
Erreichbarkeit von zuständigen Personen	37,50% 9	41,67%	16,67% 4	4,17%	24	3,13
Beantwortung von Fragen	37,50% 9	50,00%	12,50%	0,00% 0	24	3,25
Freundlicher Umgang	45,83%	37,50% 9	16,67% 4	0,00% 0	24.	3,29

Im Abschlussbericht des Qualitätsdialogs wird zwischen Leit-, Mittler- und Handlungszielen unterschieden. In den Förderrichtlinien 2015 ist nur noch von drei allgemeinen Zielen (vgl. Frage 9) die Rede. Wie schätzen Sie diese Reduzierung ein? (Beantwortet: 27 / Übersprungen: 11)



Antwortoptionen	Beantwortungen	
positiv	22,22%	6
neutral	62,96%	17
negativ	7,41%	2
kann ich nicht beurteilen	7,41%	2
Gesamt		27

Nr.	Bitte begründen Sie Ihre Meinung
1	Handlungsfelder und Handlungsziele sollten noch spezifisch unterteilt werden. Sodass man die geförderten Projekte mit den Zielvereinbarungen zum Handlungsfelder zielgerichtet einsetzen kann und folglich erreichte Verbesserungen mit Indikatoren erfassen kann.
2	Es harmonisiert nur begrenzt mit der "Wirkungsorientierung" als Ansatz, der sich national und international durchgesetzt hat.
3	Die Ziele sind so formuliert, dass Projekte sich dort zuordnen können
4	-
5	Die Änderung bietet offene Räume bei der Gestaltung der Projekte, um die Bedarfe der Betroffenen eher zu entsprechen.
6	die Unterscheidung dreier Zieldimensionen bleibt u.E. sinnvoll für einen sorgfältig durchdachten Antrag, die Unterscheidung zwischen allgemeinen Zielen ist ebenfalls sinnvoll.
7	man kann unserer Auffassung nach zwar Ziele formulieren, man kann sie aber in der Durchführung des Projektes nicht von einander los betrachten
8	In der Praxis lässt sich unsere Arbeit ohnehin nicht immer auf ein Ziel reduzieren. Unsere tagtägliche Arbeit ist sehr komplex und berührt oft mehrere dieser Ziele, insoweit ist das für uns eine eher theoretische Frage. Alles, was die Antragstellung im Sinne einer Festlegung von "Schubladen", in die man sich hineinsortieren muss, verkompliziert, halten wir daher für kontraproduktiv.
9	Es ist grundsätzlich eine Frage der praktischen Handhabung von Projekt-Dokumenten auch in der Auswertung und im Umgang mit den Ergebnissen, die erzielt werden. Rein formelle Erfassung von Zielen, Daten, Ergebnissen ist eher zusätzliche Belastung mit Verwaltungsarbeit ohne erkennbaren Mehrwert für die eigene Projektarbeit und/oder die Entwicklung einer an Bedarfslagen ausgerichteten strategisch orientierten Integrations- und Partizipationspolitik des Landes.
10	Meiner Meinung nach ist es zutreffender.
11	Die Unterscheidung von Leit-, Mittler- und Handlungszielen ist in vielen Fällen eine ziemlich akademische (die Ziele beinhalten einander oder gehen in einander über) und auf die praktische Arbeit oft nur schwer anwendbar. Deswegen begrüßen wir eine offenere, flexiblere Ausgestaltung der Richtlinien.
12	da uns das durch die erste Beantragung im ersten Förderjahr klar ist und auch der Bezirk dies übernommen hat ist uns klar was damit gemeint ist. Für neue Vereine ist es vielleicht nicht ganz klar.
13	Die aktuelle Zielstellung ist aus meiner Sicht klarer und verständlicher.

Wie schätzen Sie den Umsetzungsstand der folgenden Empfehlungen für das Programm seit 2013 ein? (Beantwortet: 27 / Übersprungen: 11)

	stark umgesetzt	eher umgesetzt	kaum umgesetzt	gar nicht umgesetzt	kann ich nicht beurteilen	Gesamt	Gewichteter Mittelwert
Stärkere strategische Ausrichtung auf Diversität und Partizipation	7,41% 2	44,44% 12	18,52% 5	0,00%	29,63% 8	27	2,00
2. Mehr Zukunfts- als Herkunftsorientierung	3,70% 1	25,93% 7	29,63% 8	3,70%	37,04%	27	1,56
Eine verbesserte Qualität von Programm und Projekten	3,70%	44,44% 12	14,81% 4	0,00% 0	37,04%	27	1,78
4. Aufbau nachhaltiger Strukturen	3,70% 1	18,52% 5	33,33% 9	11,11%	33,33% 9	27	1,48

Wie gut fühlen Sie sich seitens der Verwaltung über weitere Fördermöglichkeiten - bspw. des BAMF, von Bundesministerien oder Stiftungen -informiert? (Beantwortet: 28 / Übersprungen: 10)

	sehr gut	gut	kaum	gar nicht	kenne ich nicht	Gesamt
Internetseite des Beauftragten für Integration und Migration	7,14% 2	50,00% 14	35,71% 10	7,14% 2	0,00%	28
Rundbrief "Berlin International"	14,29% 4	46,43% 13	25,00% 7	7,14% 2	7,14% 2	28
Veranstaltungen der Senatsverwaltung	7,14% 2	28,57% 8	53,57% 15	10,71% 3	0,00%	28

Wie sehr fühlen Sie sich hinsichtlich der folgenden Themen von der Senatsverwaltung unterstützt? (Beantwortet: 28 / Übersprungen: 10)

	stark unterstützt	eher unterstützt	kaum unterstützt	gar nicht unterstützt	ich benötige keine Unterstützung	Gesamt
Fragen der	11,11%	22,22%	44,44%	11,11%	11,11%	27
Fördermittelakquisition	3	6	12	3	3	
Antragstellung	28,57%	21,43%	28,57%	7,14%	14,29%	28
	8	6	8	2	4	
Abrechnung	28,57%	35,71%	14,29%	7,14%	14,29%	28
	8	10	4	2	4	

Welche Empfehlungen haben Sie an die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen - bezogen auf das Partizipations- und Integrationsprogramm? (Beantwortet: 24 / Übersprungen: 14)

Nr.	Antworten
1	Förderung einer finanziellen Basisstruktur mit Miete, Büroausgaben, 1 Hauptamtlicher, 1 Sozialarbeiter. Das geschaffene Vertrauen der Menschen muss erhalten werden. Die tatsächliche Vernetzung ist dann nur noch eine Frage der Zeit.
2	Für die Arbeitsmarkt orientierte, sich bewährte Integrationsprojekte für neue Zuwanderer in eine Regelfinanzierungübergehen. Das gilt genauso für die Projekte im Handlungsfeld

Nr.	Antworten
	Bildung.
3	Herkunftsübergreifende Projekte stärken. Community spezifische Projekt für kleinere Herkunftsgruppe weiterhin fördern.
4	Tatsächliche Partizipation! MOs sind doch nur mit Projekten dabei, aber wirklich teilhaben können sie bei Entscheidungsprozessen nicht. Ein Schein- Gesetz!
5	- besseren Kontakt zu den Projekten halten und bei der Akquise von anderen Fördermöglichkeiten helfen - Empfehlungen geben was es für Möglichkeiten auch für institutionelle Förderungen gäbe so dass sich die Vereine nicht immer nur über Projekte finanzieren müssen
6	-
7	Das Partizipations- und Integrationsprogramm sollte auch Möglichkeiten für Strukturförderung beinhalten
8	Der DESI- Bericht enthält Einschätzungen, die noch ernster genommen werden sollten als bisher. Der dortige Rückgriff auf die Fachliteratur zur Diversitypolitik in London sollte für Berlin Anregungscharakter haben.
9	Strukturelle Förderung
10	Verstärkte Einbindung der weiteren relevanten Verwaltungen zum Erreichen der Programmziele
11	Das Programm ist im Prinzip gut konzipiert, auch die Verteilung zwischen den "altfinanzierten" und "neuen" Projekten ist gut eingehalten.
12	Weniger Schubladen-, mehr ganzheitliches Denken, weniger Theorie, mehr Praxis. Mehr Interesse an der Arbeit, die tatsächlich geleistet wird. Mehr Interesse an den Problemen, mit denen wir in der Praxis konfrontiert sind. Die Einführung einer Unterscheidung zwischen Projekt-und Strukturförderung. Mehr Transparenz über die Förderentscheidungen. Die Miteinbeziehung von anderen "Fördertöpfen", die auch Migrationsarbeit finanzieren in der Stadt, z.B. die sog. Migrationssozialberatung der Wohlfahrtsverbände. Die befinden sich seltsamerweise nicht in einem Qualitäts-, Programm- oder sonstigem Dialog. Warum nicht?
13	Migrantenorganisationen sollen in ihrer Arbeit dahingehend unterstützt werden, dass sie in ihrer Verwaltungsarbeit und Antragstellung professionalisiert werden. Hinweise auf nationale, EU- und andere Förderungsmöglichkeiten (Stiftungen etc.) geben.
14	communitybezogene Bedarfsermittlung zum Ausgangspunkt der Entwicklung von neuen Förderfeldern und Programmschwerpunkten machen Bestandsaufnahme in migrant. Communities und bei MO dringend erforderlich stärkerer Einbezug der Fach-Expertise von MO bei der inhaltlichen Entwicklung der Förderprogramme und (partizipations-)politischer Konzepte mehr Transparenz in Entscheidungsfragen, größere Öffentlichkeitswirksamkeit auf Plattformen des Senats

Nr.	Antworten
15	klare Zuständigkeiten, Erreichbarkeit
16	Die häufige Veränderung der Zuständigkeitsbereiche von verantwortlichen Sachbearbeiterinnen während der Projektphase sollten in Zukunft verbessert werden.
17	Kleine Vereine benötigen eine langfristige Finanzierung und möglichst eine Strukturförderung.
18	Nach unserem Eindruck sind vor allem die medizinische/psychosoziale Versorgung sowie die Öffnung des Programmes für Geflüchtete wichtig, um das Programm den aktuellen Entwicklungen anzupassen.
19	Wir wünschen uns, dass die kleinen Migrantengruppen nicht vernachlässigt werden. Wie auch große Migrantengruppen haben auch kleine Migrantengruppen viele Herausforderungen und viele Problemlagen die zum Teil gleich bzw. sehr ähnlich sind. Jedoch gibt es auch Herausforderungen denen kleinere Gruppen gegenüberstehen, die oftmals unbekannt sind. (z.B. die Herausforderungen aufgrund fehlender Familienstrukturen).
20	Mehre Förderungen für den Aufbau von Strukturen den Organisationen.
21	Den eingeschlagenen Weg und die damit verbundenen neuen Ansätze fortzusetzen.
22	Bewährte Projekte sollten in die Regelfinanzierung mit aufgenommen werden oder mind. für die nächste Förderperiode ohne Bürokratie mit aufgenommen werden. Bedarfsgerechte Projekte sollten in Kooperation mit den MO aufgebaut werden. Interkullurelle Öffnung der Senatsverwaltung solte durch Schulungen der Personal, bei Einstellung (auch in die Führungsebene) der Personal berücksichtigt werden.
23	Wird von einem anderen Mitwirkenden unseres Projekts beantwortet.
24	Mehr an wirklichen Bedarf zu orientieren.

Welche Empfehlungen haben Sie an die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen - bezogen auf die Herausforderungen der kommenden Jahre? Bitte nennen Sie auch die wesentlichen Herausforderungen aus Ihrer Sicht. Vielen Dank. (Beantwortet: 23 / Übersprungen: 15)

Nr.	Antworten
1	Die Senatsverwaltung kann als Regularium Empfehlungen zur vermehrten Arbeit in bestimmten Bereichen aussprechen, wenn die politische, gesamtgesellschaftliche Situation das erfordern. Eine tatsächliche Zusammenarbeit zwischen Senat - MSO(MO) und bedürftigen Teilnehmern im Dreieck nach Vorbild der Familie Vater - Mutter - Kind wird das erfolgreiche Fundament unserer Gesellschaft sein.
2	Erhöhung der Finanzierung, mehr Personal und Wertschätzung der geleisteten

Nr.	Antworten
	Projektarbeit.
3	Die Beratung von MOs wurde geschwächt, da zwei Projekte mit diesem Schwerpunkt nicht mehr gefördert werden. Der Bedarf ist aber sehr groß geworden, da neue Gruppen und Initiativen in der Hauptstadt entstehen. Der einzige Träger, der von Senat weiter gefördert wird, kann diesen Bedarf nicht allein decken.
4	Strukturförderungen! Mehr Förderung von Dachverbänden, damit sie Migrantenorganisationen und Communities wirklich unterstützen können
5	Integration der Bevölkerung mit afrikanischen Wurzeln durch Kampagnen und durch Projektförderung unterstützen; besondere Programme zur Ausbildung und Einstellung von Dolmetschern und Sozialarbeitern für die geflüchteten Menschen aus Eritrea, Somali, Sudan etc entwickeln
6	-
7	Eine Herausforderung der kommenden Jahren ist es, das richtige Handeln Angesicht der großen Zahl von Flüchtlingen in relativ kurzer Zeit zu finden. Das Programm wird für eine Gruppe konzipiert, aber darf die individuelle Situationen nicht außer Acht lassen. Auch wenn eine große Gruppe von Flüchtlingen aus einem Land kommt, ist sie in sich nicht homogen.
8	Vorausschauende Flüchtlingspolitik: benötigt beherztes Reagieren und sehr viel Improvisationstalent. Integration durch Sprachlernen: Schulen und Sprachkurse lebendiger gestalten und auf individuelle Prägungen der Menschen mehr eingehen. Erwerbsarbeit für Flüchtlinge. Arbeit gegen rechts, auch gegen Rechtspopulismus. Themenfeld Rassismus, Menschenrechte und Alltag von Diversity in Einwanderungsgesellschaften stärker in die Schule integrieren.
9	Analyse der derzeitigen sozialen Struktur der Community in Berlin und eine unbedingte strukturelle Förderung der Migrantenorganisationen, Informationen zu Fördertöpfen der anderen Senatsverwaltungen sowie die Schaffung eines Fonds zur Inanspruchnahme von EU-Mitteln
10	Entwicklung von berlinspezifischen Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung
11	Stärkere einbeziehung der MO in die Lösung der aktuellen gesellschaftlichen Problemlagen: Flüchtlinge, Bildung, Gesundheit etc.
12	Endlich Stärkung der Infrastruktur der "Projektarbeit", die längst keine mehr ist, durch Festfinanzierung! Voranbringen der Interkulturellen Öffnung der Verwaltung und auch der freien Träger durch klare Vorgaben- was Einstellungspraxis, Finanzmittelvergabe, Aufgabenbeschreibung etc. angeht! Seit über 20 Jahren reden wir von IKÖ, getan hat sich in der Praxis kaum etwas, ausser daß viel Papier dazu produziert wurde. Die z.Zt. offensichtlichste Herausforderung, die Integration der Flüchtlinge bzw. zunächst ihre humanitäre Aufnahme und Versorgung ist bezüglich der syrischen und irakischen Flüchtlinge angesichts der doch eher schwachen vorhandenen Infrastruktur für arabische Personen in Berlin sehr fraglich. Es wird auf Dauer auch nicht alles über Ehrenamtliche geregelt werden können, was manche u.U. hoffen. Hierin sehe ich eine der größten

Nr.	Antworten
	Herausforderungen der nächsten Jahre.
13	Aufbau von geigneten Infrastrukturen, Akquise von Räume, Gewerbezentren einrichten etc Die Senatsverwaltung muss sich für den Stop des Verkaufes landeseigner Immobilien einsetzen, die für den Betrieb und die Arbeit von Migrantenorgansationen geeignet ist. Sie beraubt sich sonst ihrer wichtigsten Einflussmöglichkeiten und eröffnet den Raum für Spekulationen des knapper werdenden Raumes. Das führt auch dazu, dass Fördermittel zu immer größeren Teilen in Mietzahlungen fließen, von denen der Senat und die Migranten nichts haben. Große Gewerbeflächen, die es im Ostteil Berlins noch gibt, könnten zu kreativen Zentren und Begegnungsstätten von Berlinern und zukünftigen Berlinern werden.
14	Strategisch ausgerichtete Partizipationspolitik unter Einbezug der MO Ein aktuelles Patizipations- und Integrationskonzept des Landes Berlin
15	mehr Personal (das wissen sie aber selbst und leiden darunter)
16	Die finanziellen Mittel, die zur Verwirklichung des Projektes zur Verfügung stehen, stehen in keinem Verhältnis der zu leistenden Tätigkeiten um ein noch qualitatives, effizientes und nachhaltiges Ergebnis zu erzielen.
17	Unsere Landsleute / Zielgruppen benötigen mehr Angebote hinsichtlich der Gesundheits- und Altenversorgung. Mit derzeitiger Kapazität können wir dem Bedarf nicht gerecht werden.
18	s.o.
19	Wir glauben, dass der Anteil an administrativer Arbeit unbedingt gesenkt werden muss. Für die Projektumsetzung ist die Förderung über einen Zeitraum von zwei Jahren schon verbessert worden. Jedoch könnte eine längerfristige Projektlaufzeit noch mehr Synergieeffekte erzeugen. Auch eine halbjährliche Mittelabforderung würde eine Reduzierung der administrativen Aufgaben bedeuten. Die hierdurch entstehenden Freiräume könnten für die Projektumsetzung genutzt werden.
20	Schwerpunktsetzung Übergang Schule - Arbeit sowie Mädchen- und Frauenförderung; Herkunftsübergreifende Konzepte, Förderung sozialraumorientierter Selbsthilfestrukturen und Vernetzung, Sensibilisierungsangebote an Regeldienste, Behörden und Träger bezüglich Traumata und Fluchterfahrung, Förderung von neuen Ansätzen gegen Diskriminierung.
21	Wir brauchen eine neue Förderpolitik wird gefordert. Die Ausschreibungen sowie die Abrechnungen sollten vereinfacht werden. Für die Zusammenarbeit sollte die Senatsverwaltung mehr Kooperativ sein. Migrantenorganisationen brauchen Schulungen für Professionalisierung ihrer Arbeit. Ebenso sollte aber ihre geleistete Arbeit wertgeschätzt werden. Ehrenamtlicher Einsatz sollte mit Finanzen unterstützt werden. Bei Bedarf sollten Migrantenorganisationen einen Projektbegleiter beauftragt durch den Senat bekommen. Implementierung einer unabhängigen Beschwerdestelle mit umgekehrter Beweislast und Sanktionskompetenz. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sollten diskriminierungs-, herrschafts- und rassismuskritische Einheiten in ihrer Ausbildung durchlaufen.

Nr.	Antworten
22	Wird von einem anderen Mitwirkenden unseres Projekts beantwortet.
23	Neuankömmlinge, insbesondere Flüchtlinge. Mehr Beachtung auf Öffnung von Verwaltungen. Mehr Einbeziehen von Kompetenten der MO in Regeldiensten.

Anlage 2: Auszug aus dem Qualitätsdialog

Kurzfassung

Dieser Abschlussbericht bildet den Endpunkt des moderierten Qualitätsdialogs, der von September 2012 bis Januar 2013 von der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen initiiert, mit derzeit geförderten Migranten(selbst)organisationen durchgeführt und von einem erweiterten Akteurskreis begleitet wurde.

Anlass und Ausgangssituation

Das Land Berlin unterstützt seit mehr als 30 Jahren Migranten(selbst)organisationen in ihren vielfältigen Aufgaben und fördert Projekte zur gesellschaftlichen und sozialen Integration durch Zuwendungen. Dieses Förderprogramm wurde in den Jahren 2008 bis 2010 vom Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration erstmals extern evaluiert und die laufenden Projekte einer näheren Betrachtung unterzogen (DESI 2011). Neben einer grundsätzlich positiven Bewertung wurden konkrete Veränderungsbedarfe aufgezeigt und die Weiterentwicklung des Förderprogramms empfohlen. Angesichts unterschiedlicher Auffassungen in der Verwaltung und kritischer Einwände von Migrantenorganisationen hat der Senat die Durchführung eines moderierten Qualitätsdialogs beschlossen, bei dem unter Einbeziehung der Evaluationsergebnisse differenzierte Ziele und Handlungsfelder entwickelt und daraufhin die Zuwendungskriterien überarbeitet werden sollten.

Die inhaltliche Ausrichtung orientierte sich auch an den veränderten gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und will den wachsenden Herausforderungen für Migranten(selbst)organisationen gerecht werden. Berlin versteht sich als eine offene Stadt, in der es
Partizipationsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Lebensbereichen
dauerhaft zu erweitern gilt. Die Stadtgesellschaft ist vielfältig wie nie zuvor und traditionelle Bilder
von einer homogenen "Aufnahmegesellschaft", in die sich Menschen mit Migrationshintergrund
einpassen sollen, sind brüchig geworden. Auch "die" Menschen mit Migrationshintergrund gibt es
nicht. Viele gehen erfolgreich ihren Weg, andere brauchen besondere Unterstützung durch
öffentliche Institutionen, Regelangebote und Projekte. Integration erweist sich als eine zutiefst
soziale Frage. Migrantenorganisationen leisten als zivilgesellschaftliche Akteure einen wichtigen
Beitrag zur Förderung von Teilhabe und bündeln bürgerschaftliches Engagement.

Zielsetzung und Durchführung des Qualitätsdialogs

Im Mittelpunkt des Qualitätsdialogs standen von der Verwaltung vorgeschlagene Ziele und Handlungsfelder – sie wurden bewertet, konkretisiert und leicht modifiziert. Ziel war es, im gegenseitigen Austausch über Bedarfe und Perspektiven ein weitgehend gemeinsames Verständnis zu entwickeln und für die künftige Förderpolitik verwertbare Ergebnisse zu erzielen.

Bei der Auftaktveranstaltung wurden die von der Verwaltung konzipierten Ziele und Handlungsfelder für die künftige Projektförderung sowie ein bundesweites Projekt des Paritätischen Gesamtverbands vorgestellt. Mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Projekten und dem Landesbeirat wurde der Frage nachgegangen: "Was das Berliner Integrationsprogramm leisten soll – und welche Handlungsschwerpunkte dabei wichtig sind."

In vier Werkstattgesprächen, an denen Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie aus den Projekten teilnahmen, wurden Ziele und Handlungsfelder konkretisiert und operationalisiert sowie Vorschläge für eine verbesserte Organisationsfähigkeit und Professionalisierung vor allem kleiner Vereine eingebracht. Zusätzlich fand ein Gespräch mit dem Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen statt.

Ende November 2012 wurde ein *Worldcafé* durchgeführt, an dem auch Abgeordnete des Abgeordnetenhauses, Vertreterinnen und Vertreter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, von Wohlfahrtsverbänden und Stiftungen, derzeit nicht geförderten Migrantenorganisationen sowie Integrationsbeauftragte der Bezirke teilnahmen. Dabei wurde ein breites Themenspektrum bearbeitet und eine Vielfalt von Anregungen präsentiert.

Bei der Abschlussveranstaltung würdigte die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen das Engagement von Migranten(selbst)organisationen in Berlin und beim Qualitätsdialog. Sie unterstrich, dass in der künftigen Förderpoiltik die Ansätze des Empowerments und der Erweiterung von Partizipation und Teilhabe auf Augenhöhe eine große Rolle spielen. Anforderungen an Transparenz, Vernetzung und Qualifizierung sollen in die künftige Projektförderung einfließen, die Teilnahmebedingungen gerechter ausgestaltet werden.

Ziele und Handlungsfelder des künftigen Förderprogramms

Das künftige Förderprogramm wird sich von dem bisherigen Integrationsprogramm insbesondere unterscheiden durch

- eine stärkere strategische Ausrichtung auf Diversität und Partizipation,
- mehr Zukunfts- als Herkunftsorientierung,
- eine verbesserte Qualität von Programm und Projekten sowie
- den Aufbau nachhaltiger Strukturen.

Folgende Ziele und Handlungsfelder werden das künftige Förderprogramm prägen und ihren Ausdruck in einem veränderten Titel finden: "Förderprogramm zur Stärkung von Diversität und Partizipation (Partizipationsprogramm)".

Oberziel

"Das Integrationsprogramm verfolgt das übergeordnete Ziel, die politische Partizipation und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte unter Berücksichtigung der Vielfalt ihrer Lebenswelten zu verbessern sowie Migrantenorganisationen und ihre Netzwerke zu stärken."

Handlungsfeld 1

Gesellschaftliche Teilhabe und Empowerment von Menschen mit Migrationshintergrund und ihren Organisationen (Selbstvertretung, Organisationsfähigkeit, Hilfe zur Selbsthilfe).

Leitziel: Die Maßnahmen stärken die Selbstvertretung von Menschen mit Migrationshintergrund sowie ihren Organisationen. Sie bieten qualifizierte Hilfe zur Selbsthilfe.

Handlungsfeld 2

Weiterentwicklung von herkunftsübergreifenden Kooperationen und Angeboten.

Leitziel: Die Maßnahmen zielen auf eine Öffnung der Angebote der Organisationen und befördern die Weiterentwicklung interkultureller Zusammenarbeit innerhalb der Gruppen der Menschen mit Migrationshintergrund und in der Gesamtgesellschaft. Maßnahmen in diesem Handlungsfeld unterstützen interkulturelle Dialoge, die Weiterbildung interkultureller Kompetenzen und herkunftsübergreifender Kooperationen.

Handlungsfeld 3

Strukturelle Verbesserung bestehender oder neuer Netzwerke und mehr politische Partizipation der Menschen mit Migrationshintergrund im Gemeinwesen.

Leitziel: Die Maßnahmen haben zum Ziel, die Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund durch die Vernetzung von Migrantenorganisationen und sonstigen Akteurinnen und Akteuren strukturell zu verbessern. Die geförderten Maßnahmen unterstützen die Migrantenorganisationen, ihre Belange fachlich und politisch insbesondere im öffentlichen politischen Diskurs besser zu vertreten.

Aus diesen Leitzielen der Handlungsfelder wurden Mittler- und Handlungsziele auf *Programmebene* abgeleitet und in eine überschaubare Form gebracht. Indikatoren für die Zielerreichung auf Projektebene werden die Träger aus ihren Projektthemen selbst entwickeln und Antworten auf folgende Fragen finden: Was will das Projekt kurz- und mittelfristig erreichen? An welchen Indikatoren ist die Zielerreichung ablesbar? Was folgt daraus für die praktische Durchführung und für Nachhaltigkeit?

Die gesteckten Ziele zu erreichen ist die eine Aufgabe – sie auf der Handlungsebene mit Blick auf die allgemein anerkannte Trias von Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität umzusetzen die andere. Für das künftige Förderprogramm werden Professionalisierung und Qualifizierung, Erfahrungsaustausch und Vernetzung als wesentliche Elemente angesehen, für die insbesondere kleine Vereine die Unter-stützung der Verwaltung oder von erfahrenen Trägern benötigen.

Anregungen und Empfehlungen für das künftige Partizipationsprogramm

Vor diesem Hintergrund werden im Abschlussbericht folgende Anregungen und Empfehlungen für die Ausgestaltung des künftigen Partizipationsprogramms gegeben:

Künftige Struktur des Förderprogramms

Das künftige Förderprogramm sollte sich auf Projektförderung konzentrieren und die bisherige institutionelle Förderung (Werkstatt der Kulturen) davon abtrennen. Die Projektförderung im engeren Sinne könnte sich auf innovative Projekte mit Impulswirkung beziehen, eine eher strukturell ausgerichtete Förderung auf unverzichtbare Projekte zur Sicherung von Arbeitsbedingungen und Dienstleistungsangeboten von Migranten(selbst)organisationen.

Inhaltliche und strategische Orientierung

Das künftige Partizipationsprogramm richtet sich an Akteure, die mit ihren Projekten einen innovativen oder unverzichtbaren Beitrag zu den beschriebenen Zielen und Handlungsfeldern leisten. Die Projekte sollen auf vergleichbare Angebote übertragbar und nachhaltig, qualitätsvoll und gendersensibel ausgerichtet sein. Insbesondere sollen Migranten(selbst)organisationen die Teilhabechancen von Menschen mit Migrationshintergrund verbessern und dafür ihre eigene Position durch Professionalisierung, Qualifizierung und Vernetzung stärken.

Zweistufiges Antragsverfahren

Das Antragsverfahren sollte zweistufig in Form einer Interessensbekundung und einer anschließenden Antragstellung durchgeführt werden. Dies erleichtert den interessierten Projektträgern und kleinen Vereinen die Teilnahme und der Verwaltung die Bewertung der eingereichten Projektanträge.

Kooperative Trägerkonstellationen

Neben den klassischen und traditionellen Formen der Projektträgerschaft werden Trägerschaften von Netzwerken oder im Tandem von erfahrenen Trägern und kleinen Migrantenorganisationen empfohlen. Dadurch sind erfahrungsgemäß intensivere Lernprozesse möglich und können herkunftsübergreifende Kooperationen entstehen.

Zielvereinbarungen, Unterstützung

Zwischen Verwaltung und Projektträgern sollten Zielvereinbarungen abgeschlossen werden, welche die angestrebten quantitativen und qualitativen Ziele und Ergebnisse umfassen. Auch wird eine kontinuierliche Selbstevaluierung empfohlen. Ins besondere für bisher wenig erfahrene Vereine sind Qualifizierung, Beratung und Unterstützung vorzusehen.

Erfahrungsaustausch

Bei der Abschlussveranstaltung wurde ein jährlicher Erfahrungsaustausch der Projekte verabredet. Auch Auftakt- und Abschlussveranstaltungen tragen zur Weiterführung einer Dialogkultur und zu gemeinsamen Bewertungen bei.

Profilierung von Programm und Projekten

Schließlich ist die Profilierung des Partizipationsprogramms im Kontext bestehender Integrationsund Partizipationsinstrumente von Bedeutung, was durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und durch Ergebnispräsentationen auch von Seiten der Projekte und im eigenen Interesse unterstützt werden kann.

Anlage 3: Auszug aus der externen Evaluation

Zusammenfassung der Evaluationsergebnisse und Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Förderprogramms

Die Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen gesellschaftlichen Diskurs und Konfliktfeldern in Deutschland. Das Thema polarisiert, wird häufig instrumentalisiert und eignet sich in besonderer Weise für die Mobilisierung archaischer Ängste und rassistischer Ressentiments durch rechte Parteien und Bewegungen. Kennzeichnend für das Politikfeld ist aber auch die Diskrepanz zwischen politischen und wissenschaftlichen Diskursen und der Wahrnehmung von Erfolgen und Schwierigkeiten in weiten Teilen der Bevölkerung. Das gilt insbesondere auch für Berlin. Neuere Umfragen deuten hier auf ein - im deutschen und europäischen Vergleich - eher ungünstiges Meinungsbild zur Integration von Migranten (Schöb2010) und eine .deutliche Polarisierung der Meinungen. (SVR 2011) hin. Diese Debatten und Meinungsbilder zeigen, wie weit wir noch von einer Gesellschaft der Gleichberechtigung und Vielfalt entfernt sind. Unsere Evaluation ist vor diesem Hintergrund von dem Wunsch getragen, zum Ziel einer interkulturellen Gesellschaft beizutragen und den Blick auf die vielfältigen und zum Teil noch nicht ausgeschöpften zivilgesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Potenziale zu lenken, die Berlin durch Einwanderung zur Verfügung stehen.

Die Berliner Integrationspolitik erfährt zu Recht eine hohe Anerkennung. Früher als in vielen anderen Orten standen die Themen Eingliederung und Beteiligung von Zuwanderern auf der politischen Agenda. Mit dem Integrationskonzept von 2007 und dem Integrationsmonitoring wurden strategische Steuerungsinstrumente geschaffen, die sich im Städtevergleich sehen lassen können. Eine Vorreiterrolle wurde lange Zeit auch der Förderung der Selbstorganisation von Migranten zuerkannt. In Berlin gibt es nicht zuletzt deshalb ein breites Spektrum von Migrantenvereinen und Projekten, die sich wesentlich auf das freiwillige Engagement ihrer Mitglieder stützen können, sich selbstbewusst in die Integrationsdebatte einmischen und eigene praktische Wege mit interkultureller Perspektive gehen. Zugleich weisen wesentliche Bereiche der Gleichstellung von Zugewanderten und deutschstämmiger Bevölkerung beachtliche Defizite auf, die nur durch strukturelle Veränderungen im Bildungssystem, beim Übergang von der Schule in den Beruf und auf dem Arbeitsmarkt behoben werden können.

In Berlin liegt das jährliche Fördervolumen für integrationsrelevante Maßnahmen bei schätzungsweise 500 Mio. Euro. Hierunter fallen Programme und Projekte für Migrantinnen und Migranten, die von einzelnen Berliner Fachverwaltungen, von den Berliner Bezirken, vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), von der Bundesagentur für Arbeit, von Bundesministerien, Europäischen Fonds und Stiftungen gefördert werden. Die Förderung durch den Integrationsbeauftragten und insbesondere das im Rahmen dieser Evaluation näher betrachtete Programm zur Förderung von Migrantenselbstorganisationen und anderen freien Trägern bilden dabei nur kleine Segmente in einem sehr viel größeren Fördervolumen. Die Programme des Integrationsbeauftragten insgesamt und auch das hier untersuchte Förderprogramm können aber wichtige Impulse geben und Wege zu Gleichstellung und Chancengerechtigkeit aufzeigen. Einen Ausstrahlungseffekt erhoffen wir uns auch von dieser Evaluation, auch wenn diese nur ein kleines, aber keineswegs unwichtiges Segment der Berliner Integrationsförderung auszuleuchten vermag.

Die Evaluation der Vergabe von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration fand von Juli 2008 bis Ende 2010 statt. Ziel der Evaluation war es, sowohl den programmatischen Zusammenhang der Förderung zu untersuchen als auch eine Analyse der Projektarbeit zu leisten. Berücksichtigt wurden insgesamt 36 Projekte, die sich zu dieser

Zeit in der Förderung des Integrationsbeauftragten befanden. Für die Evaluation der Projekte wurde ein methodisches Verfahren aus qualitativen Interviews, einer standardisierten schriftlichen Befragung sowie externen Expertengesprächen und wissenschaftlicher Recherche verwendet. Besonderer Wert wurde auf den partizipativen Charakter der Evaluation gelegt, der eine kontinuierliche Rückspiegelung von gewonnenen Ergebnissen an die untersuchten Projekte und die daran Beteiligten vorsah.

Bei der Förderung des Beauftragten für Migration und Integration handelt es sich um ein in mehreren Phasen entstandenes Programm, das in seinem Ursprung auf die Selbsthilfeförderung der 1980er Jahre zurückgeht. Das Programm zielte zunächst auf die Eigenorganisation von Migrantinnen und Migranten in Berlin ab. Seitdem wurden entlang neu entstehender integrationspolitischer Notwendigkeiten weitere thematische Bereiche erschlossen. In den vergangenen Jahren wurden zudem Projekte in das Programm aufgenommen, die mit einem professionellen Ansatz Themen einer sich insgesamt wandelnden Einwanderungsgesellschaft bearbeiten, so beispielsweise eine bessere Eingliederung von Migrantinnen und Migranten in das Schul- und Ausbildungssystem und die interkulturelle Öffnung der gesellschaftlichen Institutionen. Alle diese Förderansätze besitzen ihre fachliche Berechtigung und haben grundsätzlich nichts an ihrer Aktualität verloren. Insgesamt weist das Programm eine bemerkenswerte Vielseitigkeit der geförderten Formate auf, die positiv zu bewerten ist.

Gleichzeitig stellt die damit verbundene Heterogenität des Programms eine Herausforderung dar. Für Träger wie Südost Europa Kultur e.V., Club Dialog e.V., Mitra e.V. und den Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg e.V., die heute als wichtige Akteure in der Berliner Integrationslandschaft gelten können, hatte die Förderung durch den Integrationsbeauftragten eine bedeutsame Initialwirkung. Auch hat die Förderung entschieden dazu beigetragen, Innovationen in der Berliner Integrationspolitik voranzutreiben. Aus dem Kreis der geförderten Projekte kommen wichtige Anregungen zu neuen Modellen schulischer Bildung in der Einwanderungsstadt, zur interkulturellen Öffnung und zu einer aktivierenden Beratungs- und Sozialarbeit mit Migrantinnen und Migranten. Neben solchen Leuchttürmen bleibt aber auch ein Bestand an Projekten, die nach langen Jahren der Förderung in ihrer inhaltlichen Orientierungstagnieren oder die Kraft zum Generationenwechsel nicht aufbringen. Eine wichtige Herausforderung für den Integrationsbeauftragten sehen wir in einer entsprechend differenzierten Förderpolitik, die dieser Heterogenität gerecht wird.

SCHWERPUNKTE DES FÖRDERPROGRAMMS

Die Integrationsförderung des Beauftragten für Migration und Integration setzt Schwerpunkte in den folgenden fünf thematischen Bereichen:

- Beratung von Migrantinnen und Migranten,
- Bildung und Integration,
- Berufliche Orientierung und selbstständige Erwerbstätigkeit,
- Politische Partizipation,
- Förderangebote für spezifische Gruppen von Migrantinnen und Migranten.

Beratung von Migrantinnen und Migranten: Beratungsprojekte und -angebote bilden ein zentrales Querschnittsthema im Förderprogramm. Die in der Evaluation gewonnenen Informationen weisen auch weiterhin auf einen andauernden Bedarf an migrantenspezifischen Beratungsleistungen hin. Bei den Beratungsleistungen handelt es sich überwiegend um sogenannte funktionale Angebote, d.h. die psychosoziale Beratung wird mit weiteren Angeboten, wie Hilfeplanung, Begleitung, Informationsangebote und die Unterstützung von Selbsthilfegruppen der Betroffenen kombiniert.

Insgesamt lassen sich die Beratungsangebote durch eine große Varietät charakterisieren, für die künftig in stärkerem Maß vergleichbare Qualitätsstandards entwickelt werden sollten.

Bildung und Integration: Der Integrationsbeauftragte erfüllt mit seiner Förderung eine wichtige Funktion für die Weiterentwicklung von Bildungskonzeptionen in der Einwanderungsstadt Berlin. Bei den geförderten Projekten handelt es sich um ein breites Spektrum zumeist niedrigschwelliger Angebote, die von Beratungsgesprächen und Informationsveranstaltungen über Hausaufgabenhilfe und Sprachkurse bis hin zur Eltern- und Familienarbeit reichen und die in vielen Fällen eine Brückenfunktion zwischen sozialräumlicher Entwicklung und dem öffentlichen Bildungssektor erfüllen. In einigen Projekten werden innovative Ansätze der Bildungsarbeit entwickelt und umgesetzt. In diesem Segment der modellhaften Erarbeitung innovativer Formate und der Unterstützung kommunaler Bildungslandschaften unter Einbeziehung aller für Bildung relevanter Akteure könnte auch künftig die spezifische Rolle des Integrationsbeauftragten liegen.

Berufliche Orientierung und selbstständige Erwerbstätigkeit: Beiden Bereichen kommt im Berliner Integrationskonzept eine große Bedeutung zu. Der Integrationsbeauftragte hat insbesondere im Bereich des Übergangs in die berufliche Ausbildung eine strategisch wichtige Position aufgebaut, indem durch entsprechende Förderungen die Berufsorientierung von jugendlichen Migrant/innen an den Schulen vorangetrieben und der Abbau diskriminierender Strukturen bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben Berlins zielgerichtet unterstützt wird. Hingegen ist bei der Unterstützung der beruflichen Selbstständigkeit von Migrant/innen eine komplizierte Gemengelage von Kompetenzen und Zuständigkeiten in der Berliner Förderlandschaft festzustellen, in deren Kontext sich die Förderung des Integrationsbeauftragten künftig klar verorten sollte.

Politische Partizipation: Die kulturelle und politische Repräsentation von Migrantinnen und Migranten ist von Beginn an ein zentrales Anliegen der Förderung gewesen. Die mit dieser Förderung verbundenen politischen Erwartungen haben sich mit der Zeit verändert und sind vielfältiger geworden. War die Förderung ursprünglich mit dem Konzept der Selbsthilfe verbunden, so bestätigen die evaluierten Organisationen heute das besondere Gewicht der politischen Dimension ihrer Arbeit, wobei Vernetzungsaktivitäten und die Mitwirkung der Träger in Arbeitskreisen und Beiräten dominieren. Mithin wird aber der Beitrag, den die geförderten Migrantenorganisationen zur Partizipation leisten, nach außen zu wenig sichtbar. Er könnte zudem bei der strategischen Weiterentwicklung des Berliner Integrationskonzepts stärker berücksichtigt werden. Das hohe Niveau des gesellschaftlich-politischen Engagements sollte jedoch nicht vergessen lassen, dass die geförderten Migrantenorganisationen mehrheitlich auf einzelne Herkunftsgruppen ausgerichtet sind und eine interkulturelle Öffnung dieser Projekte vorangetrieben werden sollte.

Förderangebote für spezifische Gruppen von Migrantinnen und Migranten: Auch unter dem zweifellos vorrangigen Postulat einer interkulturellen Öffnung der Gesellschaft und ihrer Institutionen bestehen weiterhin spezielle Bedarfe und Problemlagen in den Communities, deren Bearbeitung durch Migrantenorganisationen und andere freie Träger am meisten Erfolg versprechend erscheint. Dazu gehören beispielsweise Angebote, die die Integration von Flüchtlingen, von älteren Migrant/innen und in manchen Herkunftsgruppen auch von Frauen unterstützen. Die Förderung des Integrationsbeauftragten ist relativ wenig auf Gruppen mit einem besonderen Förderbedarf fokussiert. Jedoch zeigt das Programm durch seine starke ethnien- und nationalitätenspezifische Ausrichtung eine funktionierende Aufnahmefähigkeit für die Anliegen von stärker benachteiligten Gruppen. Insgesamt fehlt für Berlin aber ein fundierter Überblick über

solche speziellen Bedarfe in einzelnen Zuwanderergruppen, die ohne eine starke Einbindung von Migrantenorganisationen nicht zu bearbeiten sind.

Einen Sonderfall bildet die **Werkstatt der Kulturen**, die als einzige geförderte Einrichtung an einen festen Standort gebunden ist und über eine institutionelle Förderung für einen festen Mitarbeiterstamm verfügt. Seit einigen Jahren befindet sich die Werkstatt der Kulturen in einer internen Debatte um die zukünftige Ausrichtung des Hauses. Mittlerweile hat die ursprünglich vor allem auf eine Selbstrepräsentation von Migrantenvereinen ausgelegte Werkstatt Schritte auf dem Weg zu einer professionell arbeitenden Einrichtung eingeschlagen, in der die verschiedenen Genres einer (post-) migrantischen Kultur ein Präsentationsforum finden. Hinsichtlich ihrer konzeptionellen Weiterentwicklung muss im Kreis der an der Trägerschaft und Geschäftsführung beteiligten Personen eine Interessenabwägung in zentralen Fragen erst noch erzielt werden.

EMPFEHLUNGEN

In den folgenden Empfehlungen möchten wir zwischen Empfehlungen unterscheiden, die auf die konzeptionelle (programmatische) Entwicklung der Förderung zielen, und solchen, die die konkret zu leistende Projektarbeit in den Blick nehmen.

Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Förderprogramms

Im Hinblick auf die konzeptionelle Entwicklung der Förderung empfehlen wir eine gezielte Weiterentwicklung in den folgenden Bereichen:

Die Ziele der Förderung formulieren und kommunizieren: Berlin verfügt mit dem Berliner Integrationskonzept und vielfältigen Aktivitäten und Programmen auf Landes- und Bezirksebene über eine reichhaltige Integrationslandschaft. Es wäre wünschenswert, wenn in diesem Zusammenhang die Zielrichtung der Projektförderung deutlich formuliert und kommuniziert würde. Die mit der Förderung verbundenen Ziele sollten geklärt werden; insgesamt sollte eine engere Verzahnung von konzeptorientierter Integrationspolitik in Berlin und der Projektförderung des Integrationsbeauftragten stattfinden. Dazu wären auch Erweiterungen des Berliner Integrationskonzepts sinnvoll und notwendig, die sich insbesondere auf die vielfältige Praxis von Migrantenorganisationen, Partizipation und bürgerschaftlichem Engagementbeziehen, da diese bislang im Integrationskonzept nicht die ihnen angemessene Würdigung erfahren. Insgesamt könnten die Zielsetzungen und Orientierungen des Programms stärker mit den Erfordernissen, die sich aus dem Integrationskonzept und dem jüngst verabschiedeten Partizipationsgesetz ableiten, in einen Zusammenhang gebracht werden, so beispielsweise mit der interkulturellen Öffnung der Regeldienste.

Das Programm für neue Themen und Träger öffnen: In einem Förderprogramm, das derzeit immerhin 36 Träger ausweist, muss ein Mindestmaß an Fluktuation selbstverständlich sein. Dadurch können auch neue Themen und Bedarfe berücksichtigt werden. Insbesondere sollte auch einer jüngeren Generation von Migrant/innen die Chance auf die Repräsentation ihrer Themen im Förderprogramm gegeben werden. Wir schlagen vor, dass jährlich zumindest zwei bis drei neue Träger (bzw. Projekte) in das Programm aufgenommen werden. Ermöglicht werden könnte eine solche Rotation, indem ein Teil der Projekte als Modellprojekt mit von vornherein begrenzter Laufzeit (ca. 3 bis 5 Jahre) ausgelegt wird. Damit erhielten neue Träger die Chance, sich zu profilieren, und die Innovationsfähigkeit des Programms würde unterstützt.

Migrantenorganisationen qualifizieren: In der gegenwärtigen Lage bleibt das Angebot von Integrationsleistungen durch Migrantenorganisationen alternativlos. Zum einen ist die

interkulturelle Öffnung der gesellschaftlichen Institutionen noch nicht weit genug fortgeschritten; zum anderen gibt es Bereiche der Integrationsarbeit, die die Nähe der Communities bzw. von Menschen mit eigenem Migrationshintergrund erfordern. Wichtig ist es aber, dass Migrantenorganisationen konsequent in die Übernahme von Regelangeboten einbezogen werden. Als Zuwendungsgeber sollte sich der Integrationsbeauftragte künftig verstärkt darauf konzentrieren, durch die Bereitstellung bzw. Unterstützung gezielter Qualifizierungsangebote das integrationspolitische Potenzial der geförderten Träger zu stärken.

Qualifizierte integrationspolitische Angebote fördern: In der künftigen Förderung sollte grundsätzlich solchen Projektträgern der Vorzug gegeben werden, die herkunftsübergreifende Angebote bereit stellen und damit ihrerseits zu einer interkulturellen Öffnung in der Einwanderungsgesellschaft beitragen. Notwendig ist aber auch eine öffentlich nachvollziehbare Klärung der Frage, welche aktuellen Bedarfe in einer bestimmten Migranten-Community bestehen und wie diese Bedarfe in einer angemessenen Weise bearbeitet werden können. So gibt es nach wie vor spezifische Themen in der Integrationsförderung (z.B. die Integration von Flüchtlingen), die bei der Projektvergabe zu berücksichtigen sind. Unter einer angemessenen Bearbeitung von migrantenspezifischen Bedarfen verstehen wir eine Handlungslogik, die die Handlungsfähigkeit von Individuen stärkt und ihnen die Orientierung in einer durch eine zunehmende Diversität geprägten, leistungs- und aufstiegsorientierten Gesellschaft ermöglicht.

Den demographischen Wandel in den Blick nehmen: In der künftigen Förderausrichtung sollte der demographische Wandel in den Communities verstärkt in den Blick genommen werden. So zeichnen sich in einigen Communities gravierende Probleme der gesundheitlichen und sozialen Versorgung alternder Personen ab. Die künftige Förderpolitik sollte darauf aufmerksam ein, inwieweit Migrantenorganisationen und andere Träger Antworten auf diese Herausforderung entwickeln können.

Interkulturalität fördern: Die geförderten Träger sollten künftig verstärkt in einen Ausbau interkultureller Austauschmöglichkeiten auf allen Ebenen der Stadtgesellschaft einbezogen werden. Wir halten eine interkulturelle Orientierung und Vernetzung in jede Richtung, die die Begegnung und den Austausch zwischen Gruppen, Institutionen und Milieus bezweckt, für ein konstituierendes Element einer zukunftsweisenden Integrationspolitik. Anzuregen wären in diesem Kontext beispielsweise Tandemprojekte mit Trägern aus dem Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, in welchem die Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz von Verschiedenheit eine herausragende Rolle spielt.

Netzwerke für Erfahrungsaustausch und Transfer schaffen: Die Verknüpfung des Förderprogramms mit einem strategischen Netzwerk zur Umsetzung des Berliner Integrationskonzepts könnte einen Austausch zwischen konkreter Projektarbeit, konzeptorientierter Integrationspolitik und wissenschaftlicher Expertise schaffen und ein besonderes Anregungspotenzial für die Weiterentwicklung des Förderprogramms bieten. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist beispielsweise in eine Reihe von strategischen Netzwerken eingebunden, zu denen unter anderem das "Berliner Beratungsnetzwerk" und der "Ratschlag für Demokratie" gehören. Solche Vernetzungsgremien bieten ein besonderes Anregungspotenzial für die Weiterentwicklung des Förderprogramms, das auch für die Förderung von Integrationsprojekten beispielgebend sein könnte.

Empfehlungen zur Stärkung der Projektarbeit

Im Hinblick auf die einzelnen Träger sehen wir folgende Entwicklungs- und Unterstützungsbedarfe:

Ehrenamtliche Arbeit qualifizieren: Neben der öffentlichen Anerkennung und Unterstützung sollte im Rahmen der Projektförderung auch eine beständige Weiterqualifizierung von ehrenamtlicher Arbeit ermöglicht werden. Die Vereine sollten in ihren Ressourcen und Kompetenzen so ausgestattet werden, dass neue Bereiche ehrenamtlichen Engagements erschlossen werden können, etwa bei der Mitgestaltung der bezirklichen Bürgerhaushalte, bei der Beteiligung in Beiräten der Quartiersmanagementgebiete oder in Kinder- und Jugendbeiräten. Im Rahmen der Förderung durch den Integrationsbeauftragten könnten Fort- und Weiterbildungsangebote Migrant/innen und ihre Eigenorganisationen qualifizieren, um diese Beteiligungschancen stärker auszubauen.

Qualifizierung unterstützen: Die Evaluierung der geförderten Projekte hat deutlich gemacht, dass die meisten Träger eine spezielle Qualifizierung und Unterstützung benötigen, um im System der sozialen Versorgung als Anbieter konkurrenzfähig zu werden und zu bleiben. Zu diesem Zweck müsste der Gedanke der Qualifizierung der Projektträger künftig wesentlich stärker im Förderprogramm verankert werden. Im Evaluationsbericht werden die speziellen Qualifizierungsbedarfe im Abschnitt .Dimensionen der Qualitätsentwicklung. Spezifiziert aufgelistet. Diese Darstellung kann als erste Orientierung für die Konzeption geeigneter Maßnahmen dienen. Zugleich sollten qualifizierte Träger, die einen bedeutenden integrationspolitischen Beitrag leisten, längerfristig im Programm abgesichert werden.

Serviceleistungen für Träger anbieten: Im Hinblick auf Qualitätsentwicklung sind die geförderten Vereine bemüht, ihre Arbeit den sich ändernden Bedarfslagen anzupassen und die Qualität der eigenen Arbeit trotz häufig begrenzter Ressourcen kontinuierlich zu verbessern. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Qualität wird allerdings stark von Charakter, Größe und Professionalisierungsgrad der Trägereinrichtung, den personellen und Rahmenbedingungen, den Schwerpunkten der Projektarbeit sowie nicht zuletzt auch von der Höhe der Förderung geprägt. Insbesondere kleine und mittlere Träger benötigen gezielte Angebote zur Professionalisierung der Vereinsarbeit. Notwendig wäre auch eine Qualifizierung bzw. Unterstützung im Hinblick auf die Akquise von Drittmitteln. Es wäre denkbar, den Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA) in die Lage zu versetzen, eine solche Unterstützung im Rahmen des Förderprogramms zu organisieren. Alternativ wäre die Institutionalisierung eines landesweiten, programmübergreifenden Angebots der Qualifizierung von Trägern in der Integrationsarbeit denkbar.

Beratungsarbeit der Träger qualifizieren: In den geförderten Projekten spielt die Beratung von Migrantinnen und Migranten eine große Rolle. Qualität in der Beratung setzt daher eine Qualitätsentwicklung von Beratungsorganisationen voraus, die vor allem über die Steigerung der eigenen Reflexivität erfolgen muss (z.B. Verständigung über Leitziele und Beratungsverständnis, Organisationsprozesse und Arbeitsabläufe; Festlegung von Qualitätsmerkmalen). Diese ist bei den geförderten Projekten vielfach noch einzufordern. Vor diesem Hintergrundhalten wir einen Dialog zwischen Zuwendungsgeber und Projekten über die Ziele und Methoden der Beratung für außerordentlich wünschenswert.

Zielvereinbarungen konkretisieren und abrufen: In den vergangenen Jahren entstand im Büro des Integrationsbeauftragten eine Praxis der gemeinsamen Verständigung von Zuwendungsgeber und Projekten auf konkrete Zielvereinbarungen. Allerdings ist die Projektberichterstattung bislang nicht einheitlich. Die Entwicklung geeigneter Standards könnte erheblich dazu beitragen, einerseits die Selbstreflexion innerhalb der Projekte selbst hinsichtlich der Projektwirksamkeit anzuregen und andererseits eine Transparenz der Projektarbeit nach außen zu gewährleisten und damit die öffentliche Akzeptanz der Mittelvergabe zu steigern.

Öffentlichkeitsarbeit ausbauen: Eine geeignete Form der Öffentlichkeitsarbeit gehört bei den meisten Projektformaten zu den unverzichtbaren Voraussetzungen einer erfolgreichen Arbeit, wobei eine eigene, regelmäßig aktualisierte Webseite zu den Mindestanforderungen einer öffentlichen Projektförderung gehören sollte. Träger, die bislang über keine eigene Webseite verfügen, könnten vom Integrationsbeauftragten mit einer einmaligen Förderpauschale für die Einrichtung unterstützt werden. Ausbaufähig scheint auch die Erstellung und Veröffentlichung von regelmäßigen Tätigkeitsberichten zu sein, die einer interessierten Öffentlichkeit einen raschen und fundierten Überblick zu der mit öffentlichen Geldern finanzierten Vereinsarbeit ermöglichen sollten. Wir schlagen zudem vor, auch auf der Webseite des Integrationsbeauftragten für eine verbesserte Darstellung der Projektarbeit zu sorgen.

Impressum

Herausgeber:

Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration Potsdamer Str. 65 10785 Berlin

Tel.: (030) 90 17 23 51 Fax: (030)90 17 23 20

www.berlin.de/lb/intmig/ Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de

Text, Layout und Satz:

BÜRO BLAU – räume. bildung. dialoge. gemeinnützige GmbH Wundtstraße 5 14059 Berlin

Tel.: (030) 63 960 37 0 Fax: (030) 63 960 37 27

www.bueroblau.de kontakt@bueroblau.de

Fotos:

Till Budde

http://www.tillbudde.com/

Copyright © 2016

Berlin, April 2016